

# fonction publique

**CGFP**  
Organe de la Confédération Générale  
de la Fonction Publique

numéro 260  
janvier 2019  
51<sup>e</sup> année  
paraît 4 fois par an

Antrittsbesuch bei Minister Marc Hansen

## CGFP stellt deutliche Forderungen



Trotz Neuauflage der Dreierkoalition zogen die Landeswahlen vom vergangenen Oktober einen Wechsel an der Spitze des Ministeriums für den öffentlichen Dienst nach sich: Minister Dan Kersch, mit dem die CGFP in den vergangenen Jahren gute Kontakte gepflegt hatte, überreichte das Zepter an Marc Hansen.

Bei ihrem ersten Treffen mit dem neuen Hausherrn begrüßte die CGFP-Exekutive Marc Hansen für dessen Nominierung und wünschte ihm bei der Ausübung seines Amtes eine glückliche Hand. Dem frisch ernannten Ressortchef wurde zugleich versichert, dass die CGFP einen konstruktiven Sozialdialog, statt Konfrontation bevorzuge. Voraussetzung dafür sei jedoch, dass auch die politischen Entscheidungsträger gewillt seien, eine auf Konsens beruhende Politik zu gestalten. Der CGFP-Antrittsbesuch verlief in einer positiven und entspannten Atmosphäre. Einig waren sich beide Seiten, dass das Zusatzpapier zum Gehälterabkommen für 2016 zügig umgesetzt werden soll. Bei Redaktionsschluss stand der Gesetzentwurf zur Abschaffung der 80/80/90-Regelung kurz davor, auf den Instanzenweg geschickt zu werden. Eine Übereinstimmung gab es auch, was die mit der Regierung vereinbarten Verhandlungen mit den CGFP-Fachverbänden betrifft. Die CGFP-Delegation, angeführt von Nationalpräsident Romain Wolff und Generalsekretär Steve Heiliger, nahm mit Genugtuung zur Kenntnis, dass der Minister im März/April mit den ersten Gesprächen beginnen möchte.

Nähere Einzelheiten dazu erfahren Sie auf Seite 5



### BCEE-Konflikt tritt in eine entscheidende Phase

Seit mehr als drei Jahren drückt sich die Regierung im „Spuerkeess“-Konflikt vor ihrer politischen Verantwortung. Die erfolgreiche CGFP/APBCEE-Protestveranstaltung vom vergangenen 27. November hat inzwischen Spuren hinterlassen. Zum ersten Mal in der beinahe 163-jährigen Geschichte der Staatsbank ist der berechnete Unmut innerhalb der Belegschaft nach außen an die Öffentlichkeit gedrungen. Die Politik und das Management müssen sich nun bewegen, andernfalls sieht sich die CGFP gezwungen, den Druck weiter zu erhöhen. Am 6. Februar findet eine von der CGFP und der APBCEE beantragte Sitzung der letzten Chance mit den Ministern Gramigna und Hansen statt.

Mehr zu diesem Thema auf Seite 14



### Zusammenhalten wie Pech und Schwefel

Von der CGFP-Vorstandskonferenz, die am vergangenen 10. Dezember zum 52. Mal stattfand, ging eine starke Botschaft aus: Die CGFP lässt sich nicht auseinanderdividieren, auch wenn der Gegner noch so stark ist. Die Regierung Bettel-Schneider-Braz II werde u.a. an der angekündigten Steuerreform gemessen, hieß es. Diesbezüglich gebe es noch reichlich Klärungsbedarf. Die CGFP-Redner sparten auch nicht mit Kritik. Im Visier stand dieses Mal insbesondere der Präsident der luxemburgischen Bankenvereinigung, der jüngst mit seinen polemischen Aussagen im Zusammenhang mit den Anfangsgehältern beim Staat versucht hat, den öffentlichen Dienst und die Privatwirtschaft gegeneinander auszuspielen.

Mehr zu diesem Thema auf den Seiten 6-11



### Luxemburgs kometenhafter Aufstieg

Seit dem Zweiten Weltkrieg hat Luxemburg eine beachtliche wirtschaftliche Entwicklung hingelegt: Der Lebensstandard stieg ununterbrochen und der soziale Frieden konnte jahrzehntelang gewährleistet werden. Dieser Aufschwung ist jedoch kein Produkt des Zufalls. Immer wieder schaffte es der Staat, neue wirtschaftliche Standbeine zu errichten. Nach dem Niedergang der Stahlindustrie begann in den 60<sup>er</sup> Jahren der Aufbau des Finanzplatzes. Vor exakt 30 Jahren wurde der erste SES-Satellit in Betrieb genommen. Initiator dieses Projektes war erneut der Staat, der das finanzielle Risiko auf sich nahm. Ein Rückblick.

Mehr zu diesem Thema auf den Seiten 22-25

PERIODIQUE

POST  
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:  
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ  
PS/141



# L'évasion est proche

**LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:**

**Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger**

**Voyages organisés**

**Billets d'avion, de train et de bateau**

**Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier**

**Tarif spécial pour membres CGFP**

**OUVERT  
LE SAMEDI MATIN**



## LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg  
Tél. 47 00 47 -1 • Fax 24 15 24 • e-mail: luxvoyages@cgfp.lu  
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

Europawahlen 2019

## Demokratische Kräfte stärken!

Der 23. Juni 2016 ist schon jetzt ein Tag, der auch in Zukunft, wenn auch nicht im positiven, in den europäischen Geschichtsbüchern immer wieder Erwähnung finden wird. Eine ganz knappe Mehrheit der Briten hatte sich ja bekanntlich per Referendum für einen Ausstieg aus der Europäischen Union entschieden. Damals wie heute hinterlässt diese knappe Entscheidung der Wähler Großbritanniens ein mehr als gespaltenes Land, hatten sich doch die Schotten, genauso wie die Nordiren, für einen Verbleib in der Europäischen Union ausgesprochen. David Cameron, der nach dem von ihm initiierten Referendum vom Amt des Premierministers zurückgetreten war, überließ den angerichteten Scherbenhaufen seiner Nachfolgerin Theresa May.

Die verbleibenden Wochen bis zum wahrscheinlich endgültigen EU-Austritt Großbritanniens werden zeigen, ob doch noch ein Brexit in geordneten Bahnen möglich sein wird, oder ob es bei einer Nichteinigung nur Verlierer auf beiden Seiten geben wird. Manchen Mehrheits- und Oppositionspolitikern scheint die politische Karriere viel wichtiger zu sein, als das Wohl ihrer Mitbürger, was ein ganz schlechtes Licht auf sie wirft und die Politikverdrossenheit der Wähler noch verstärkt wird. Neben den noch zu klärenden Punkten all jener britischen Arbeitnehmer, die in anderen EU-Ländern einer Arbeit nachgehen oder jenen, die aus EU-Staaten in den zum Vereinigten Königreich zählenden Ländern arbeiten, wird es von größter Wichtigkeit sein, ob eine zufriedenstellende Lösung in der Nordirland-Frage auch die Zustimmung

des Parlaments in London finden wird. Hier geht es schlicht und ergreifend um den Erhalt des Friedens auf der irischen Halbinsel. Es darf hier auf keinen Fall zur erneuten Einführung einer „harten“ Grenze kommen.

Gerade hier sind jetzt selbstlose Politiker gefragt, denen allein am Wohl der Bürger gelegen ist.

Doch egal wie der Brexit schlussendlich ausgehen wird, so wird es am 26. Mai 2019 in Luxemburg zu den alle fünf Jahre stattfindenden Europawahlen kommen. Standen diese Wahlen ganz oft in der Vergangenheit im Schatten der nationalen Parlamentswahlen, so wird dieses Mal das Augenmerk einzig und allein auf diesen gerade zum jetzigen Zeitpunkt so enorm wichtigen Wahlen liegen.

Zu bedauern bleibt, dass sich in den letzten Jahren die Vertreter der Bürger auf europäischer Ebene in Brüssel nur allzu oft gerade von deren berechtigten Anliegen und Sorgen entfernt haben und dass gerade dieses Verhalten mit dazu beigetragen hat, dass auf viel zu vielen politischen Ebenen zahlreiche, insbesondere jene Parteien, die die europäischen Werte infrage stellen, immer mehr Zulauf bekamen.

Doch damit muss jetzt Schluss sein. Deshalb müssen all jene, die glauben, die Europawahlen wären nur zweitrangig, sich bewusst sein, dass jeder freiwillige Nichtwähler gerade denjenigen das Feld überlässt, die gegen Europa sind, wohlwissend, dass es sich in Europa dank der Europäischen Union, mit all ihren Fehlern und Schwächen, besser lebt, als ohne

sie. Dennoch wurde die soziale Dimension Europas viel zu lange sträflichst vernachlässigt und vieles, das einem aus Gewerkschaftssicht am Herzen liegt, wurde in den letzten Jahrzehnten auf den Altären des Binnenmarktes, der Wettbewerbsfähigkeit oder der Liberalisierung geopfert.

Die finanziellen Möglichkeiten der in Brüssel allgegenwärtigen Patronatslobbyisten hat ganz sicher sein Übriges zu dieser fragwürdigen Entwicklung beigetragen.

Darüber hinaus ist Folgendes immer wieder zu beobachten: Läuft etwas gut, dann ist es das Verdienst der nationalen Politiker, läuft jedoch etwas schief, dann wird mit dem Finger auf Brüssel gezeigt, ganz so, als hätten die jeweiligen Volksvertreter Luxemburgs mit diesen Entscheidungen rein gar nichts zu tun. Dem ist jedoch beileibe nicht so.

Die EU wäre gut beraten, nach außen hin noch geschlossener aufzutreten. Falls nicht, wird sie es gegen egoistische „Big Player“ wie zum Beispiel China oder die USA zunehmend schwer haben, ihre Interessen auf internationaler Ebene durchzusetzen und auch weiterhin als glaubwürdiger, verlässlicher Partner in der Welt angesehen zu werden.

Obwohl auf Kommissionsebene nach Ansicht so mancher Bürger einiges schiefgelaufen ist, gibt es momentan objektiv betrachtet keine auch nur ansatzweise befriedigende Alternative zur Europäischen Union.

Deshalb und damit die Bürger Europas wieder eine positivere Einstellung

gegenüber den Brüsseler Institutionen bekommen, muss viel mehr über das Positive geredet werden, das die Europäische Union bewirkt hat. Beispiele gibt es zuhauf: Arbeitsrecht, Arbeitsschutz, Chancengleichheit, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf usw., usf.

Von größter Wichtigkeit ist auch die Europäische Säule Sozialer Rechte, die eine Vielzahl von Rechten und Prinzipien festgelegt hat und die auf keinen Fall ein Text von rein symbolischem Charakter bleiben darf, erwarten sich die Bürger Europas doch gerade jetzt konkrete Maßnahmen in diesem Bereich.

Zu Europa gehören nun eben nicht nur die Marktfreiheiten, zu einem Europa der Bürger gehören auch soziale Sicherheit und gut funktionierende öffentliche Dienste.

Die Europäische Union war in den letzten Jahrzehnten – und dies wird sehr oft von Euroskeptikern verschwiegen – ein Garant für Frieden, Wohlstand, Sicherheit, Freiheit, Nichtdiskriminierung, Freizügigkeit und politische Stabilität.

All dies darf nicht in Frage gestellt werden und dies gelingt nur dann, wenn bei den kommenden Wahlen die demokratischen Kräfte in Europa massiv gestärkt werden und vor allem rechtspopulistische Parteien in ihre Schranken verwiesen werden.

Wir Wähler haben es jetzt in der Hand. Sich trotz Wahlpflicht der Stimme zu enthalten, ist keine Option, im Interesse eines demokratischen, sozialeren Europas!

**Romain Wolff,**  
CGFP-Nationalpräsident



**EU19** FOR A EUROPE THAT PROTECTS.  
#thistimeimvoting / May 23-26, 2019

**CESI**  
ALL WORKERS COUNT



**Bâloise**  
Assurances



**BIEN CHEZ VOUS**  
**ET BIEN PROTÉGÉ**

**HOME**

L'assurance habitation  
100% personnalisable

[www.cgfp-assurances.lu](http://www.cgfp-assurances.lu)



**CGFP**  
Assurances

16, rue Érasme  
L-1468 Luxembourg  
tél.: (+352) 27 04 28 01  
[info@cgfp-assurances.lu](mailto:info@cgfp-assurances.lu)

# CGFP-Exekutive zum Antrittsbesuch bei Minister Marc Hansen

Die Exekutive der Confédération Générale de la Fonction Publique CGFP stattete dem Minister des öffentlichen Dienstes, Marc Hansen, am Mittwoch, dem 16. Januar 2019, einen Antrittsbesuch ab. Die erste Unterredung zeugte von einem konstruktiven und offenen Gespräch. Die CGFP-Führung bezog Stellung zu allen Kapiteln des Regierungsprogramms, die den öffentlichen Dienst betreffen, und legte zugleich ihre hohen Erwartungen an die Neuaufgabe der Dreierkoalition dar.

Für die CGFP hat die Umsetzung des Zusatzpapiers zum Gehälterabkommen von 2016 oberste Priorität. Die mit der vorigen Regierung getroffene Vereinbarung muss schnellstens auf den Instanzenweg gebracht und vom Parlament verabschiedet werden, damit jene Praktikanten, deren „Stage“-Zeit bereits begonnen hat, noch vor dem Ablauf ihrer Ausbildung in den Genuss der Abschaffung der berüchtigten 80/80/90-Regelung gelangen. Die CGFP wird darauf achten, dass das Abkommen Punkt für Punkt verwirklicht wird.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Zusatzabkommens betrifft die sektoriellen Belange der mehr als 60 CGFP-Fachverbände. Noch vor der Sommerpause hatte sich Blau-Rot-Grün zu einem Umdenken verpflichtet. Statt wie bislang lediglich mit der CGFP-Exekutive zu verhandeln, werden nun die CGFP-Mitgliedsorganisationen eingebunden.

Mit Genugtuung nahm die Berufsorganisation aller öffentlich Bediensteten zur Kenntnis, dass der neue Hausherr im Ministerium des öffentlichen Dienstes an diesem Engagement der Regierung festhält. Die ersten Gespräche werden im März/April stattfinden, bekräftigte der Minister bei dem jüngsten Treffen. Die CGFP sichert den Fachverbänden ihre Unterstützung zu: Sie wird darüber wachen, dass die Gespräche korrekt ablaufen. Sollte sich herausstellen, dass dies nicht der Fall ist, wird sich die CGFP nicht davor scheuen, einzugreifen.

Ausdrücklich begrüßt wurde die Verabschiedung des Gesetzes zur Einführung der Zeitsparkonten im öffentlichen Dienst. Die Umsetzung dieser Regelung, die auf dem Prinzip „eng Stonn ass eng Stonn“ beruht, ist jedoch vor allem in Verwaltungen, in denen Schichtarbeit geleistet wird, schwierig umzusetzen.



Der Minister des öffentlichen Dienstes, Marc Hansen, (3. v. r.) umgeben von den Mitgliedern des CGFP-Exekutivbüros (v.l.n.r.): Patrick Remakel, Gilbert Goergen, Steve Heiliger, Romain Wolff und Claude Heiser.

Diese Probleme müssten rasch in Angriff genommen werden, hieß es weiter.

Gegenstand des Gespräches war auch der langjährige Konflikt mit der Sparkasse. Die Gewerkschaftsdelegation, angeführt von CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff und CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger, erneuerte den Vorwurf, dass sowohl die Regierung als auch die Direktion der „Banque et Caisse d'Epargne de l'Etat“ sich nicht bewegt haben. Hauptknackpunkt ist und bleibt die unterschiedliche Auslegung in Bezug auf die Beförderungen bei der „Spuerkeess“.

Nach der erfolgreichen Protestkundgebung am vergangenen 27. November hat die APBCEE, die Berufsorganisation der BCEE-Mitarbeiter, eine Umfrage bei der Belegschaft durchgeführt. Die Auswertung der Antworten hat ergeben, dass 80 % die vom Mediateur eingereichten Vorschläge zur Lösung des Konflikts ablehnen.

Aufgrund des vorliegenden Resultats hat die CGFP gefordert, dass kurzfristig ein Dringlichkeitstreffen mit dem Finanz-

minister und dem Minister des öffentlichen Dienstes zustande kommt. Sollte die Regierung im BCEE-Konflikt nicht einlenken, sieht sich die CGFP dazu gezwungen, künftig auf drastischere gewerkschaftliche Mittel zurückzugreifen.

Ein kategorisches Nein gab es seitens der CGFP-Vertreter zum Bewertungssystem im öffentlichen Dienst. Auch die abgeschwächte Version überzeugt nicht. Dieses Konzept mag vielleicht in einem rein profitorientierten Umfeld einen Sinn ergeben. Im Staatsdienst jedoch, der prinzipiell darauf bedacht ist, für das allgemeine Wohl der Bürger zu sorgen, hat dieses Modell keine Daseinsberechtigung. Zudem gibt es eine krasse Diskrepanz zwischen dem Aufwand und dem Endergebnis. Aus all diesen Gründen wird die CGFP in Zukunft ihre Bemühungen zur Beseitigung dieses fragwürdigen Bewertungssystems verdoppeln.

Stichwort Schutz der Staatsbeamten: Die Arbeitsgruppe, die sich jüngst mit diesem Thema beschäftigte, ist an einem Punkt angelangt, wo Entscheidun-

gen auf politischer Ebene unumgänglich geworden sind, betonten die Vertreter der CGFP. Zu klären bleibt zum Beispiel die Frage, ob bei einem Staatsbeamten, der nach einem Gerichtsverfahren recht bekommt, die Anwaltskosten gänzlich vom Staat zurückerstattet werden oder nicht. Um einen Stillstand in dieser Angelegenheit zu vermeiden, verlangt die CGFP ein Treffen, an dem die CGFP-Exekutive, die betreffende Arbeitsgruppe und der zuständige Minister teilnehmen.

Schließlich versicherte die CGFP dem Minister des öffentlichen Dienstes, dass sie auf einen konstruktiven Sozialdialog, statt auf pure Konfrontation setze. Sollte der Minister in der laufenden Legislaturperiode eine Konsenspolitik im Interesse aller Bürger und im Sinne des öffentlichen Dienstes befürworten, so könne er sich einer Rückendeckung seitens der CGFP sicher sein. Wie bereits in der Vergangenheit werde der Dachverband aller Staatsbediensteten seiner Rolle als verantwortungsbewusster und zuverlässiger Sozialpartner gerecht.

ml



## CGFP-Baukredit

**Ihr Vorteil:**

Ein **Direkt**-Abschluss Ihres Bausparvertrages bei der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement, der Facheinrichtung der Berufsorganisation des öffentlichen Dienstes, sichert Ihnen den landesweit schnellsten und günstigsten Kredit.

Für unverbindliche, vertrauliche und kompetente Beratung:

**Tel.: 47 36 51**



52. Vorstandskonferenz der CGFP

# CGFP zieht an einem Strang

Die 52. CGFP-Vorstandskonferenz am vergangenen 10. Dezember war ein eindrucksvoller Beweis von Stärke und Solidarität innerhalb der eigenen Reihen. „Wer sich mit einem von uns anlegt, legt sich mit uns allen an“, lautete die Kernbotschaft. Nur wenige Tage nach der Zusammensetzung der neuen Regierung verzichtete die CGFP-Führung auf Provokationen und legte stattdessen die Ziele der Gewerkschaft für die kommenden Monate fest. Ganz oben auf der Agenda stehen die Umsetzung der CGFP-Abkommen in den öffentlichen Einrichtungen, die Verabschiedung des Zusatzpapiers zum Gehälterabkommen von 2016 sowie die Abschaffung des fragwürdigen Bewertungssystems.

Der restlos belegte Festsaal des „Parc Hotel Alvisse“ in Dommeldingen erbrachte bei der 52. CGFP-Vorstandskonferenz erneut den Beweis, dass die Berufsorganisation aller öffentlich Bediensteten nach wie vor geschlossen auftritt und dass sich keinen Keil zwischen ihre Mitgliedsorganisationen treiben lässt.

Gleich zu Beginn begrüßte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff die mehr als 400 geladenen Gäste – unter ihnen zahlreiche Vertreter von Ministerien und Verwaltungen, die Mitarbeiter der Berufskammer der öffentlich Bediensteten um Direktor Georges Muller sowie die Exekutive des Kooperationspartners FGFC, der Gewerkschaft des Gemeindepersonals. Wie bereits in den Vorjahren, nahmen auch Abgeordnete von DP, déi Gréng, ADR und déi Lénk sowie die Vorsitzenden der Piraten und der KPL an diesem wichtigen CGFP-Ereignis teil. Die CSV und die LSAP glänzten hingegen durch Abwesenheit.

Zum Auftakt der „Conférence des Comités“ ging der Erste Vizepräsident der CGFP, Claude Heiser, auf das Zusatzpapier zum Gehälterabkommen von 2016 sowie auf die Einstellungspolitik beim Staat ein (siehe im nebenbei stehenden Kasten).

Anschließend ergriff der CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff das Wort. Im Vorfeld der Europawahlen im Mai 2019 zeichnete er ein düsteres Bild bezüglich der jüngsten Entwicklung in Europa. Die ungeahnten Folgen des Brexit und die angespannte Haushaltslage in Italien



Der Konflikt mit der Staatssparkasse war eines der Kernthemen der jüngsten Vorstandskonferenz. In ihren Reden riefen CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff und CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger die Regierung dazu auf, sich nicht vor ihrer politischen Verantwortung zu drücken, sondern Sorge dafür zu tragen, dass die CGFP-Abkommen auch bei der „Spuerkeess“ angewandt werden. Reichlich Kritik einstecken musste unterdessen der ABBL-Präsident für seine unangebrachten Aussagen in puncto Anfangsgehälter.

**Entsprechend groß war das Interesse an der 52. Vorstandskonferenz der Conférence Générale de la Fonction Publique: Mehr als 400 eingeladene Gäste nahmen an dem Treffen der Vorstände von über 60 CGFP-Mitgliedsorganisationen teil. Die „Conférence des Comités“ ist unter den statutarischen Organen der CGFP von großer Bedeutung. Die Teilnehmer gaben dem überarbeiteten CGFP-Aktionsprogramm grünes Licht. Zuvor hatten die einzelnen Redner Stellung zu aktuellen Themen bezogen, die vorwiegend den öffentlichen Dienst betreffen.**

müssten einem schwer zu denken geben. Inzwischen würden außerdem viele Regierungen den europäischen Werten immer weniger Bedeutung schenken. Eine überwiegende Mehrheit der Politiker weigere sich dennoch, diesbezüglich Ursachenforschung zu betreiben. Viele von ihnen würden die Probleme der Durchschnittsbürger gar nicht wahrnehmen, da sie zum Teil in ganz anderen Sphären lebten.

Seine These machte Wolff am Beispiel der Protestbewegung fest, welche die Gelbwesten („gilets jaunes“) in Frankreich 2017 losgetreten haben. Gewalt sei in all ihren Formen ohne jedes Wenn und Aber abzulehnen. Falls es dennoch zu Ausschreitungen komme, müssten die Beschäftigten, die sich in den Dienst der Allgemeinheit stellen, den Kopf hinhalten, damit wieder Ruhe einkehre: Polizisten, Soldaten, Feuerwehrleute, Rettungshelfer usw.



bis Ende 2020 reicht, am 15. Juni 2018 geschnürt worden. Bevor die Einigung zustande kam, habe es lange und zähe Verhandlungen gegeben. Das von der CGFP mit der Regierung erzielte Zusatzabkommen komme den künftigen Generationen entgegen. Mit Wirkung zum 1. Januar 2019 werde die unsägliche 80/80/90-Regelung rückgängig gemacht.

## Klärungsbedarf bei der angekündigten Steuerreform

Ausdrücklich begrüßte der CGFP-Nationalpräsident die Einführung der Zeitsparkonten, die zum 1. Oktober 2018 im öffentlichen Dienst in Kraft getreten sind. Dies dürfe jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass in den Verwaltungen, in denen Schichtarbeit geleistet wird, schnell und wirksam nachgebessert werden müsse, damit die entsprechenden Dienstleistungen auch künftig im Einklang mit dem Gesetz abgedeckt werden können.

In seinem Rückblick auf das vergangene Jahr erinnerte Romain Wolff daran, dass sich die CGFP bereits im Vorfeld der Parlamentswahlen kategorisch gegen eine Pensions- und Rentenreform ausgesprochen habe. Die neue Regierung teile diese Ansicht und plane nach eigenem Bekunden keine derartige Reform in dieser Legislaturperiode.

Mit der Abschaffung der Steuerklasse 1A werde eine weitere CGFP-Forderung vom Dreierbündnis berücksichtigt, hieß es weiter. Als erste Gewerkschaft hierzulande habe die CGFP bereits Mitte 2015 die Rücknahme dieser anachronistischen Maßnahme gefordert.

Wie sich jedoch die beabsichtigte Individualbesteuerung konkret auswirken werde, sei zu diesem Zeitpunkt noch nicht erkennbar. Nachdem die Koalition versichert habe, dass niemand Einbußen in Kauf nehmen müsse und sie zugleich Verbesserungen für die Menschen der Steuerklasse 1A in Aussicht gestellt habe, bleibe abzuwarten, ob die künftige Steuerreform im Endeffekt zu mehr Gerechtigkeit führe oder nicht.

In den kommenden fünf Jahren werde das blau-rot-grüne Dreiergespann an diesem Vorhaben gemessen. Die schrittweise Abschaffung der sogenannten „Stock-Options“ und die Missbräuche, die die Regierung im Zusammenhang mit den Spezialfonds („Fonds d'investissement spécialisés“) bekämpfen wolle, seien Themen, die bereits in der Vergangenheit von der CGFP angeschnitten worden seien. Auch in Zukunft werde man ein wach-

Die französische Protestbewegung sei das Ergebnis eines wirtschaftsfreundlichen Präsidenten, der kein offenes Ohr für die Bürger seines Landes habe. Oft werde behauptet, die Gesellschaft brauche „mündige“ Bürger. Aus diesem Grund hätten die Menschen ein Recht darauf, ihren Unmut über politische Entscheidungen auf eine friedliche Art und Weise auszudrücken. Dieses Recht müsse insbesondere für Menschen gelten, deren Existenz bedroht sei. Derzeit würden leider immer mehr Bürger in eine solch prekäre Lage geraten.

Aus nationaler Sicht sei 2018 für den öffentlichen Dienst ein ereignisreiches Jahr gewesen, so Wolff. Nach einer langen Geduldsprobe sei das Gehälterabkommen vom 5. Dezember 2016 schlussendlich im April 2018 im Parlament verabschiedet worden. Rund zwei Monate später sei das entsprechende Zusatzpapier, dessen Laufzeit



CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff (3.v.l.) umgeben von Gilbert Goergen (Vizepräsident), Patrick Remakel (Finanzverwalter), Claude Heiser (Erster Vizepräsident), Steve Heiliger (Generalsekretär) und Max Lemmer (Presseattaché) v.l.n.r.

## „Hört endlich auf mit derartigen ‚Fake News.‘“

Romain Wolff

sames Auge darauf haben und sich aktiv einbringen.

In seiner Rede ging der CGFP-Nationalpräsident auch auf den neuen Hausherrn im Ministerium des öffentlichen Dienstes ein. Nach dem vollzogenen Führungswechsel bleibe zu hoffen, dass der faire Umgang, den die CGFP in den vergangenen fünf Jahren mit Dan Kersch gepflegt habe, auch mit dessen Nachfolger Marc Hansen fortgesetzt werden könne.

### Noch kein Durchbruch beim Konflikt mit der BCEE

Trotz der zahlreichen Forderungen, die die CGFP in den vergangenen zwölf Monaten mit Erfolg durchgesetzt habe, sei eine vernünftige Lösung im Konflikt mit der Staatssparkasse noch immer nicht in Sicht. Die Protestkundgebung vor dem Hauptsitz der „Spuerkeess“ wertete Wolff als einen großen Erfolg. Den 400 Demonstranten, die dem Aufruf der CGFP und der APBCEE Folge geleistet hatten, sprach er einen großen Dank aus.

Die Aussagen, zu denen sich die Regierung und die Direktion der Sparkasse nach der Protestkundgebung in den Medien hinreißen ließen, bezeichnete Romain Wolff als skandalös und inakzeptabel. Die Behauptung seitens der Regierung und des Managements, man habe beim Beförderungssystem der Bankbediensteten ein großes Entgegenkommen gezeigt, entspreche nicht dem Wahrheitsgehalt.

Im Gegensatz zu den Gewerkschaftsvertretern habe sich die Gegenseite nicht im Geringsten bewegt, sagte Wolff unter tosendem Beifall: „Hört endlich auf mit derartigen ‚Fake News‘. Das steht weder der Regierung noch einer Direktion gut zu Gesicht.“ An die Regierung ging der Appell, Sorge dafür zu tragen, dass die BCEE-Chefetage die großherzogliche Verordnung im Zusammenhang mit den Beförderungen integral umsetzt.

### Weitere Privatisierung bei der Post befürchtet

Auch bei der Post seien die Auswirkungen der Liberalisierungstendenzen jetzt schon erkennbar. Vor allem die Briefträger müssten täglich Überstunden schieben. Aufgrund des Personalmangels werde an manchen Tagen ortsweise sogar überhaupt keine Post mehr ausgetragen, auch wenn die Direktion stets das Gegenteil behaupte.

Die Post und vor allem der Staat als Hauptaktionär stünden nun in der Verantwortung, diesen Missstand zum Wohl der Postboten und im Interesse der Bürger zu verbessern. Im Koalitionsabkommen gebe es erste Anzeichen für eine mögliche weitere Privatisierung der Post. Die CGFP werde diesbezüglich wachsam bleiben und – falls notwendig – sich dagegen zur Wehr setzen.

In seinen Ausführungen befasste sich der CGFP-Nationalpräsident mit den enormen Herausforderungen, die es infolge der rasanten und unaufhaltbaren Digitalisierung zu meistern gelte. Die vierte industrielle Revolution führe dazu, dass sich die Arbeit zunehmend vom Arbeitsplatz, von den gängigen Arbeitszeiten sowie von den Mitarbeitern und Vorgesetzten entkopple. Die Gewerkschaften würden diese gefährliche Entwicklung kritisch beäugen.

Der digitale Wandel bringe zweifelsohne Vor- und Nachteile. Die neuen Ar-

Im 21. Jahrhundert, in einem Land, in dem der Wohlstand hoch sei, die Arbeitsbedingungen gut, die gesetzliche Krankenversicherung garantiert, könne Gewerkschaftsarbeit Außenstehenden manchmal wie ein Anachronismus erscheinen, so Claude Heiser, Erster Vizepräsident der CGFP, anlässlich seiner Rede zur 52. Vorständekonferenz. Noam Chomsky liefere aber in seinen *1001 ideas that changed the way we think* ein wesentliches Argument: „Labor Unions are the leading force for democratization and progress.“ In der Tat könne eine Gesellschaft nur dann funktionieren, wenn das Kräfteverhältnis stimme, ein jeder ein Wort mitzureden habe und so als wohlwollender Kritiker den Regierenden regelmäßig den Spiegel vorhalte. Das sei gelebte Demokratie, und das bedeute Fortschritt, ein Weiterbringen der Gesellschaft zugunsten aller einzelnen Bürger. Wichtig sei dies aber vor allem im Sinne einer ehrlichen Sozialpartnerschaft, die im gegenseitigen Respekt und mit Hilfe konstruktiver Kritik verwirklicht werden müsse. Die CGFP sei stets gesprächsbereit, wenn es darum gehe, das Luxemburger Land im Allgemeinen oder den Staat im Spezifischen voranzubringen. Wenn man das vergangene Jahr Revue passieren lasse, so habe man als Sozialpartner einige Erfolge verbuchen können; nichtsdestotrotz behaupte sich in verschiedenen Sektoren noch immer die Tendenz, den eigenen Willen und die eigenen Interessen mit dem Brecheisen durchzusetzen – eine Geisteshaltung, die früher oder später in einer Sackgasse münden werde.

Der Fortschritt innerhalb einer Gesellschaft werde auch dadurch vorangetrieben, dass den Menschen bei der Bewältigung ihres Alltags geholfen werde. In diesem Kontext müsse man den hohen Stellenwert der Beamtenschaft des Öffentlichen Dienstes hervorheben. In keinem anderen Sektor setze man sich dermaßen tagtäglich für seine Mitmenschen ein, ob es sich um Behördengänge, die Sicherheit des Einzelnen oder die Bildung unserer Kinder handle. Daher verdiene dieser Sektor auch ganz klar großen Respekt, umso mehr als unsere Beamtenschaft europaweit als eine der besten eingestuft werde. Damit dies auch so bleibe, seien weiterhin gute Arbeitsbedingungen vonnöten, die zusammen mit den politischen Führungskräften diskutiert und realisiert werden müssten.

Das lang herbeigesehnte Zeitsparkkonto, durch das zweifelsohne – falls verantwortungsvoll angewandt – die Arbeit effizienter und die Vereinbarung von Berufs- und Privatleben vereinfacht werde, liefere ein Beispiel hierzu. Hier obliege es den Gewerkschaftsvertretern, Acht zu geben, dass vernünftiger Gebrauch von diesem neuen Hilfsmittel gemacht werde. Einer Gewerkschaft müsse an erster Stelle eine effiziente Arbeit sowie eine gute Qualität der Dienstleistungen am Herzen liegen; diese steigerten das Berufssehen und unterstützten die Menschen unseres Landes. Nur wenn im Alltag eine gute Arbeit geleistet und die richtige Arbeitsmoral an den Tag gelegt werde, sei die CGFP als Gewerkschaft glaubwürdig und weiterhin befugt, sich für weitere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen einzusetzen.

Ferner habe die Vorständekonferenz der CGFP dieses Jahr bewiesen, dass sie unter legitimen Umständen bereit sei, den eigenen Profit (was bei einer Gewerkschaft durchaus gerechtfertigt wäre) in den Hintergrund zu rücken, um im Gegenzug das Interesse am Anderen und am Staatsbetrieb in den Vordergrund zu stellen. Sie alle zusammen hätten es geschafft, die bedenkliche 80-80-90-Regelung abzuschaffen und so die jungen Menschen, insbesondere den Nachwuchs der Öffentlichen Verwaltung zu unterstützen. Wenn das Abschaffen der 80-80-90-Regelung mit Sicherheit dazu beitrage, dass der Staatsdienst wieder attraktiver werde, so müssten auch die Aufnahmeverfahren den zeitgemäßen Anforderungen angepasst werden. Hier habe in den letzten Jahren ein Umdenken stattgefunden. Man könne von dem neuen Auswahlverfahren, den neuen Tests halten, was man wolle – alles sei verbesserungsfähig – aber er sei überzeugt, dass trotz allem die Geisteshaltung, welche hinter der neuen Prozedur stecke, die richtige sei. Praxisorientierte Situationen hätten längst bewiesen, dass das rein schulische Wissen alleine nicht ausreichte, um im Berufsleben bestehen zu können. Darum sei es legitim, fortan andere Fähigkeiten zu testen. Ein angehender Beamter oder Angestellter solle in erster Linie auf seine Eignung für den angestrebten spezifischen Dienstbereich und seine Einsetzbarkeit geprüft werden. Claude Heiser drückte seine Überzeugung aus, dass man die richtige Richtung eingeschlagen habe, wenn man in Zukunft vor allem das Profil, die Fähigkeiten, die Erfahrungen und Talente der Leute stärker bewerte, ein ganzes, ein holistisches Bild von einer Person berücksichtige, um effizienter zu rekrutieren. Es sei nicht von der Hand zu weisen, dass es in Bezug auf die Entwicklung wirklich guter Tests noch Raum nach oben gebe. Es verlange viel Fingerspitzengefühl, um ein solches System mit der nötigen Objektivität auszustatten, wohlwissend, dass es keine hundertprozentige Objektivität gebe. Fest stehe jedoch, dass unser Staat und unsere Öffentliche Verwaltung es verdienen, die besten, d. h. die für ein Amt geeignetsten Leute zu bekommen.

Auch wenn er die eher positiven Aspekte des letzten Jahres kommentiert habe, so sei leider nicht alles im grünen Bereich. Die Kolleginnen und Kollegen der *Spuerkeess* hätten mit einer Direktion zu tun, die nicht verstehe, dass zufriedene, weil gerecht behandelte Mitarbeiter gute Mitarbeiter seien. Die Kolleginnen und Kollegen der Polizei wüssten, dass effiziente Reformen nur dann greifen könnten, wenn auf die Leute vor Ort gehört werde. Es bliebe noch eine Reihe weiterer Baustellen, die die Daseinsberechtigung einer CGFP mehr als legitimierten. In dem Sinne und am Anfang einer neuen Legislaturperiode könne er, Claude Heiser, allen Anwesenden nur wünschen, dass sie auch weiterhin bereit seien, die gute Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung fortzusetzen, wie das dieses Jahr der Fall gewesen sei.





Fortsetzung von Seite 7

beitsformen würden dazu führen, dass immer mehr Menschen in eine brenzlige Arbeitslage geraten. Die Anzahl der Mitarbeiter, die regelmäßig von zu Hause aus arbeiten, nehme weiter zu. Insbesondere für Luxemburg werfe die Telearbeit viele Fragen auf. Homeoffice führe vermutlich dazu, dass Unternehmen, die hierzulande ansässig sind, ihre Aufträge teilweise in einem der drei Nachbarländer Luxemburgs abwickeln.

In diesem Zusammenhang würden viele Fragen offenbleiben, so Wolff. Wie werden zum Beispiel Arbeitsunfälle bei der Telearbeit geregelt? Wie verhält es sich mit der Einsatzbereitschaft beim „E-Work“? Haben betroffene Mitarbeiter ein Recht auf „Abschalten“? Müsste nicht ein Grundrecht zum „digitalen Abschalten“ eingeführt werden? In welchem Land wird die geleistete Arbeit besteuert, wenn der Telearbeitnehmer im Ausland wohnt? Wie werden sensible Daten verarbeitet? Bleibt der soziale Kontakt mit den Arbeitskollegen bei der Heimarbeit nicht auf der Strecke? All diese Fragen gelte es, in einem rechtlichen Rahmen zu klären. Ziel müsse es sein, die Arbeitnehmer besser vor Gefahren zu schützen, die die neuen Arbeitsmodelle bergen.

### „Die Maschine muss dem Menschen dienen und nicht umgekehrt!“

Was auch immer im Zuge der Digitalisierung kommen mag, die Gewerkschaften müssten alle Hebel in Bewegung setzen, damit der Mensch im Mittelpunkt dieses Umwandlungsprozesses stehe. Allzu oft seien jedoch die Arbeitgeber die großen Nutznießer der digitalen Revolution. Die Produktionsgewinne, die bei der Verwendung neuer Technologien am Arbeitsplatz entstehen, müssten gerechter verteilt werden. Die Ausbildungsprogramme müssten verstärkt auf die Bedürfnisse der Beschäftigten zugeschnitten werden. Zudem dürfe eine mögliche Verringerung der Arbeitszeit kein Tabuthema sein.

Seine Rede rundete Romain Wolff mit einem Zitat von CESI-Generalsekretär Klaus Heeger ab: „Auch in Zukunft muss die Maschine dem Menschen und nicht der Maschine dienen.“ An erster Stelle müsse der Mensch, dann das Kapital stehen – nicht umgekehrt, fügte Wolff hinzu. In dieser Hinsicht würde auf die Gewerkschafter noch eine Menge Arbeit warten. Abschließend bedankte sich der CGFP-Nationalpräsident bei allen Mitgliedern für die tatkräftige gegenseitige Unterstützung, bevor er mit Blick auf das kommende Jahr Albert Einstein zitierte: „Wenn's alte Jahr erfolgreich war, dann freue dich aufs neue. Und war es schlecht, ja dann erst recht.“

Als nächstem Redner oblag es CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger, die jüngsten Erfolge der CGFP nochmals Revue passieren zu lassen. Im Zuge der überaus erfolgreichen Protestkundgebung vom 27. November 2017 sei es der CGFP im darauffolgenden Jahr gelungen, mindestens drei Kernforderungen

„An erster Stelle muss der Mensch stehen, dann das Kapital.“

Romain Wolff

umzusetzen. Neben der Abschaffung der 80/80/90-Regelung und der damit verbundenen Reduzierung der Praktikumsdauer von drei auf im Prinzip zwei Jahre, gehöre auch die Neuaufwertung staatlicher Laufbahnen dazu. Diese Maßnahme betreffe immerhin rund 3.000 Mitarbeiter.

Den Blick nach vorne gerichtet, ging Heiliger sofort zu einer weiteren Forderung über. Jene Abkommen, die die CGFP mit der Regierung für den öffentlichen Dienst erziele, müssten auch in den „établissements publics“ ihren Niederschlag finden. Die drei Mehrheitsparteien, die in den kommenden fünf Jahren die Geschicke des Landes leiten, hätten diesem eisernen CGFP-Prinzip im Rahmen der CGFP-„Wahlprüfsteine“ zugestimmt. Zudem würde ein Großteil der rund 70 öffentlichen Einrichtungen, die Luxemburg zählt, diese Abkommen einhalten.

Die Sparkasse jedoch, die zu 100 % dem Staat gehört, weigere sich, diesen Weg einzuschlagen. Die Haltung der Regierung sei keineswegs nachvollziehbar. Einerseits versuche sie, ihre politische Verantwortung auf den Verwaltungsrat und die Direktion abzuwälzen. Dies geschehe mit der fadenscheinigen Begründung, es stehe ihr nicht zu, sich in das Tagesgeschäft einzumischen. Andererseits habe die Regierung jedoch keine Bedenken, die Mitglieder des BCEE-Verwaltungsrats und der BCEE-Direktion sowie einen Regierungskommissar zu ernennen.

### Die Hintergründe des BCEE-Konfliktes

Außerdem beruhe der von der Sparkasse getätigte Erwerb des Arbed-Gebäudes auf einem Regierungsbeschluss. Wenn es jedoch darum gehe, die CGFP-Abkommen bei der Staatsbank umzusetzen, verweise die Regierung systematisch auf die Direktion. Die oberste Führungsetage der BCEE habe es zudem nicht für nötig empfunden, an der entscheidenden Phase der Mediation teilzunehmen. Stattdessen habe sich das Management durch Unterhändler vertreten lassen, die nicht dazu befugt waren, Entscheidungen zu treffen. Die Regierung – insbesondere der Finanzminister sowie der für den öffentlichen Dienst zuständige Minister – müssten ab sofort ihre Verantwortung übernehmen. (siehe Seite 14)

Steve Heiliger erklärte den rund 400 Zuhörern die Hintergründe des BCEE-Konfliktes. Bevor die Dienstrechtsreform in Kraft trat, seien die Mitarbeiter des ehemaligen „cadre fermé“ (obere Gehaltsstufen) nur dann befördert worden, wenn eine Stelle frei wurde. Dies habe dazu geführt, dass die Beförderungen in den Verwaltungen je nach Alterspyramide zu unterschiedlichen Zeiten erfolgten. Erst Jahre später sei der sogenannte „Avancement en traitement“ im Besoldungsabkommen von 2002 verankert worden. Somit sei Mitarbeitern, die seit zwölf Jahren keine Beförderung mehr erhalten hatten, eine Gehaltsaufbesserung ermöglicht worden.

Schon damals habe sich die Sparkasse systematisch geweigert, diese Maßnahme anzuwenden, ärgerte sich Heiliger. Bei der Dienstrechtsreform habe die CGFP schließlich durchsetzen können, dass die automatischen Beförderungen auch für die oberen Gehaltsstufen gelten. Umso perverser sei es, dass ausgerechnet die Sparkasse – die durch ihre eigenartige Auslegung der Texte sozusagen am Ursprung der neuen Bestimmungen steht – auch heute noch immer ablehne, die entsprechende Regelung aus dem Reformpaket von 2015 anzuwenden.

Merkwürdigerweise seien jedoch jene Bestandteile der Reform, die sich negativ auf die Mitarbeiter auswirken, rasch umgesetzt worden. Um ihre Vorgehensweise zu rechtfertigen, führe die Gegen-

seite fantasievolle Argumente ins Feld. Die großherzogliche Verordnung aus dem Jahr 1993, die sich auf die Sparkasse bezieht, sei unmissverständlich, fuhr Heiliger fort. In diesem Reglement sei ausdrücklich definiert, in welchen Graden eine Bewertung zwecks einer Beförderung erforderlich sei und in welchen nicht.

Konfrontiere man die BCEE-Chefetage mit der Frage, wieso Bewertungen auch in den anderen Graden durchgeführt werden, laute die lakonische Antwort, die Welt habe sich seit 1993 verändert, so Heiliger. Dies ändere jedoch nichts daran, dass bestehende Texte einzuhalten seien. Die Fahrzeuge, die heute auf der Straße rollen, seien auch nicht mehr die gleichen als diejenigen vor 25 Jahren. Dennoch müsse man an einer roten Ampel stehenbleiben. „Aert Liewen, Är Bank“, so der Werbespruch der Sparkasse. „Majo dann...anerer géife soen: Merde alors!“, ereiferte sich Heiliger.

Nach der gescheiterten Schlichtung sei auch in der Mediation keine Einigung erzielt worden. Die einseitigen Empfehlungen des Vermittlers hätten zu 90 % die Sicht der Regierung berücksichtigt. Die unterbreiteten Vorschläge seien deshalb für die Gewerkschaftsdelegation untragbar gewesen. Die Empfehlungen des Mediateur seien sowohl vom CGFP-Nationalvorstand als auch vom Verwaltungsrat der APBCEE, der Berufsorganisation der Sparkassen-Mitarbeiter, einstimmig abgelehnt worden.

## 52. CGFP-Vorständekonferenz

### Die Gäste

#### déi gréng:

Stephanie Empain,  
Abgeordnete  
Marc Hansen,  
Abgeordneter

#### déi lénk:

David Wagner,  
Abgeordneter

#### Demokratische Partei (DP):

Eugène Berger,  
Fraktionspräsident  
Gusty Graas,  
Abgeordneter

#### Kommunistische Partei (KPL):

Ali Ruckert,  
Parteipräsident

#### Alternativ Demokratisches Reformpartei (ADR):

Gaston Gibéryen,  
Abgeordneter  
Jean Schoos,  
Parteipräsident

#### Piraten

Sven Clement, Abgeordneter  
und Parteipräsident

#### Fédération Générale de la Fonction Communale (FGFC):

Marco Thomé,  
Präsident

Jean-Paul Kertz,  
Vizepräsident

Alain Spies,  
Kassierer

#### Conseil Economique et Social (CES):

Jean-Claude Conter

#### Berufskammer des öffentlichen Dienstes:

Georges Muller, Direktor

Georges Trauffer

Marc Poos

Roland Rinnen

Yannick Huberty



Gleichzeitig habe der CGFP-Nationalvorstand ohne Gegenstimme beschlossen, eine Protestkundgebung am 27. November 2018 vor dem Hauptsitz der „Banque et Caisse d'Épargne de l'État“ zu organisieren. Dieser Beschluss sei ein Novum und zugleich ein beeindruckender Ausdruck von Solidarität seitens der CGFP-Mitgliedsorganisationen gewesen. Auch der CGFP-Kooperationspartner FGFC, die Gewerkschaft des Gemeindepersonals, habe sich solidarisch gezeigt. Gleiches treffe auch für den Syprolux, die Aleba und den OGBL zu, so Heiliger, der sich für deren Unterstützung bedankte.

Sofort danach sprach der CGFP-Generalsekretär eine deutliche War-

nung an die Politiker aus: „Wer sich mit einem von uns anlegt, legt sich mit uns allen an!“ Innerhalb der CGFP sei man sich darüber im Klaren, dass das, was sich heute in einem bestimmten Bereich abspiele, künftig auch in anderen Sektoren des öffentlichen Dienstes der Fall sein könne. „Die CGFP lässt sich nicht auseinanderdividieren. ‚Divide et impera‘ – nicht mit uns, das muss auch die neue Regierung verstehen“, setzte Heiliger nach, bevor er sich eine weitere öffentliche Einrichtung zur Brust nahm.

Anfang Oktober machte der Staats-sender 100,7 Schlagzeilen, nachdem die Chefredaktion in einer sehr kritischen Medienchronik auf angebliche

Fortsetzung siehe Seite 10

52<sup>e</sup> Conférence des Comités – 10 décembre 2018

## Résolution

Les délégués de la Confédération Générale de la Fonction Publique (CGFP), réunis en Conférence des Comités à Luxembourg en date du 10 décembre 2018,

après avoir pris connaissance de la ligne de conduite de la CGFP et de la prise de position du Comité exécutif sur les problèmes d'actualité:

**approuvent** le programme d'action de la CGFP portant sur la situation politique, économique et sociale, ainsi que sur les réformes en cours;

### en matière de réformes:

**exigent** que les accords en matière statutaire et salariale conclus entre la CGFP et le gouvernement soient appliqués dans tout le secteur public d'une façon conforme à la lettre et à l'esprit des textes et non réinterprétés arbitrairement par le gouvernement, voire les organes de décision;

**insistent** que, tant dans les administrations que dans les établissements publics, les représentations du personnel participent au processus décisionnel dans l'esprit d'un véritable dialogue social honnête et constructif;

**demandent** que les imperfections constatées soient corrigées et que les mesures qui se sont avérées douteuses, voire inutiles soient éliminées dans les meilleurs délais;

**demandent** d'adapter davantage les conditions d'accès à la Fonction publique de sorte qu'un recrutement efficace et continu d'agents de l'Etat soit garanti;

**insistent** pour que les laissés-pour-compte des réformes soient reconnus comme des cas de rigueur à traiter non pas aux calendes grecques, mais aussi rapidement que possible;

**estiment** que la réforme constitutionnelle doit être le résultat d'un consensus général et non pas une pomme de discorde divisant la communauté nationale;

**sont d'avis** que la connaissance des institutions luxembourgeoises ainsi que de la langue luxembourgeoise sont primordiales non seulement pour l'obtention de la nationalité, mais également pour l'intégration dans la société luxembourgeoise;

**considèrent** que le luxembourgeois comme langue nationale doit trouver sa juste place au sein du multilinguisme, marque distinctive de notre identité nationale et notre atout majeur au niveau européen et international;

**rappellent** que le dialogue social authentique ne doit pas être une simple vue de l'esprit mais une réalité incontournable à la base même de la communauté nationale;

**estiment** qu'en matière fiscale, il convient de rééquilibrer le fardeau financier entre les personnes physiques et les collectivités;

### en matière politique:

**réaffirment** la position d'indépendance politique de la CGFP et sa vocation à défendre les intérêts professionnels, moraux et matériels de ses membres, quelle que soit l'évolution politique du pays;

**estiment** que le Luxembourg doit résolument défendre ses intérêts nationaux sur la scène internationale, comme le font les autres Etats membres de l'Union européenne;

**mettent en garde** contre l'amalgame entre la lutte contre le terrorisme et l'afflux des réfugiés politiques qui submergent l'Europe alors que les Etats démocratiques doivent coordonner leurs actions pour répondre fermement à la menace terroriste et se montrer solidaires, dans la mesure des moyens disponibles, avec les victimes des conflits dans le monde;

### en matière économique et sociale:

**rappellent**, concernant la «3<sup>e</sup> révolution industrielle» selon Jeremy Rifkin, que la dimension sociale ne doit pas être sacrifiée sur l'autel de la compétitivité;

**demandent** au gouvernement de redoubler d'efforts en matière de lutte contre le chômage des jeunes, contre la pauvreté et contre l'augmentation des inégalités au Luxembourg;

**exhortent** le gouvernement à s'ouvrir plus largement à l'écoute des attentes et aspirations de la majorité silencieuse;

**se prononcent** résolument contre la démagogie populiste de l'extrême droite;

**rappellent** l'importance des valeurs morales que sont l'honnêteté intellectuelle, le travail bien fait, l'engagement personnel, le respect de l'autre, la loyauté et la solidarité;

**insistent** sur l'importance de l'ajustement régulier des salaires et des pensions à l'évolution générale des prix à la consommation;

\* \* \*

**adressent** un appel pressant aux membres de la CGFP à resserrer les rangs et à faire preuve de solidarité et d'unité dans l'action, garantes de son succès et de son rôle sur la scène sociale et nationale;

**renouvellent** leur confiance dans les instances dirigeantes de la CGFP.

Fortsetzung von Seite 9

Missstände in der „Gouvernance“ des öffentlich-rechtlichen Radios hingewiesen hatte. Diese Stellungnahme rief damals zahlreiche Reaktionen hervor. Nach dem Rücktritt des Direktors wurde eine Interimsdirektion damit beauftragt, das Tagesgeschäft zu überwachen. Inzwischen hat Medienminister Xavier Bettel eine breit gefächerte Debatte im Parlament vorgeschlagen, um über eine mögliche Verbesserung der „Gouvernance“ zu diskutieren.

### Beim Staatssender 100,7 drängt sich ein Umdenken auf

Wenn schon eine derartige Debatte in Erwägung gezogen werde, sollten doch bitte auch die Personalfragen darin einfließen, betonte Heiliger. Auch beim Radio 100,7 – d.h. ebenfalls einer öffentlichen Einrichtung – lasse die Umsetzung des Gehälterabkommens von 2016 noch immer auf sich warten. Die Mitarbeiter seien zwar aufgrund eines privatrechtlichen Statuts eingestellt worden, doch bewege man sich immer noch in einem „staatlichen Umfeld“.

Die vorige Direktion habe die Abkommen, die den öffentlichen Dienst betreffen (Punktwerterhöhung, Prämien,...), stets ohne Abstriche befolgt. Von einem Tag zum anderen habe die Direktion allerdings davon Abstand genommen. In Anbetracht dieser Tatsache sei es wenig verwunderlich, dass zahlreiche Mitarbeiter dem einzigen staatlichen Sender Luxemburgs den Rücken gekehrt hätten, was der Qualität des Senders nicht dienlich sei. Mit einem jährlichen Budget von mehr als sechs Millionen Euro müsse es doch möglich sein, den Angestellten angemessene Gehälter auszahlend, erzürnte sich der CGFP-Generalsekretär.

Nach Einberufung eines neuen Verwaltungsrates sei die Zahl der befristeten Arbeitsverträge drastisch zurückgegangen. Dies stelle sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung dar, doch reiche diese Maßnahme nicht aus. An die künftige Direktion ging deshalb der Aufruf, wieder schnell zurück in die alte Spur zu finden und die CGFP-Abkommen umzusetzen. Die neue Regierung wurde dazu aufgefordert, ihre politische Verantwortung in den „établissements publics“ nicht auf die Direktion oder auf den Verwaltungsrat abzuwälzen.

Bei der Vorstandskonferenz brachte Steve Heiliger auch die Erwartungen der CGFP an die neue Regierung zum Ausdruck. Bereits am Wahlabend sei er in einem Interview gefragt worden, ob

„Hört auf mit dieser Schwarzmalerei!“

Steve Heiliger

die CGFP ein Dreierbündnis oder eine Koalition aus zwei Parteien bevorzuge. Als ideologisch neutrale und parteipolitisch unabhängige Berufsorganisation komme die CGFP mit jeder Regierung klar und falls erforderlich, könne sie auch mit jeder Regierung hadern, stellte Heiliger klar. Die CGFP genieße den Vorteil, ihrem Gegenüber in absoluter Neutralität entgegenzutreten zu können, ohne dabei auf irgendwelche ideologische Empfindlichkeiten Rücksicht nehmen zu müssen. Diese Unabhängigkeit und Neutralität, die die CGFP seit mehr als 50 Jahren bewahre, sei auch heute noch der Schlüssel zu ihrem Erfolg.

### Rasche Umsetzung des Zusatzabkommens

Wenn nötig, könne die CGFP bei Provokationen jedem die Stirn bieten. Wie in der Vergangenheit werde die CGFP auch in Zukunft zunächst auf einen konstruktiven Dialog mit den politisch Verantwortlichen setzen. Die Erwartungen seitens der CGFP seien glasklar, unterstrich der Orator.

Das Zusatzpapier zum Gehälterabkommen von 2016 müsse schnellstmöglich auf den Instanzenweg gebracht und unverzüglich im Parlament verabschiedet werden, auch wenn es rückwirkend zum 1. Januar 2019 in Kraft trete. Damit jedoch auch die Praktikanten, deren „Stage“-Zeit bereits begonnen hat, noch in den Genuss der neuen Bestimmungen kommen, dürfe bei der Umsetzung keine wertvolle Zeit vergeudet werden.

Ein weiterer Kernpunkt des besagten Abkommens seien die bevorstehenden Verhandlungen mit den CGFP-Mitgliedsorganisationen über deren sektoriellen Anliegen. Die CGFP werde mit Argusaugen darauf achten, dass diese Gespräche sofort nach dem Jahreswechsel beginnen. Dabei sei es nicht zwingend erforderlich abzuwarten, bis der entsprechende Gesetzestext vorliege. Eine rasche Wiederaufnahme der sektoriellen

Verhandlungen sei die Voraussetzung für eine gesunde Sozialpartnerschaft. Eine weitere Kernforderung der CGFP ist die Abschaffung des fragwürdigen Bewertungssystems. Das initiale Vorhaben sei haarsträubend gewesen, so Heiliger. Ursprünglich sollte die Bewertung nämlich auf vier verschiedenen Ebenen durchgeführt werden (Selbstbewertung, Bewertung durch den Vorgesetzten und den Verwaltungschef, eine Mediationsstelle, falls der Staatsbedienstete das Ergebnis anfechte, und schließlich eine Beschwerdeinstanz nach allgemeinem Recht). Die gesamte Prozedur sollte jedes Jahr bei insgesamt 47.000 Mitarbeitern durchgeführt werden – auch in den assimilierten und konventionierten Sektoren.

### Das Bewertungssystem ist im öffentlichen Dienst fehl am Platz

Letztendlich sei es zum Glück nicht so schlimm gekommen wie befürchtet. Nach den Parlamentswahlen im Oktober 2013 habe die CGFP mit dem damaligen Minister des öffentlichen Dienstes nachverhandelt. Beide Seiten hätten sich auf eine abgeschwächte Fassung geeinigt, bei der nach dem Praktikum, je nach Laufbahn, nur noch zwei bis drei Bewertungen vorgesehen sind. Doch auch diese Variante stelle die CGFP noch immer nicht zufrieden, schärfte Heiliger den geladenen Gästen ein.

Der Grund dafür liege auf der Hand: Nach Auffassung der CGFP gebe es kein Bewertungssystem, das völlig neutral und objektiv sei. Gerade im öffentlichen Dienst sei es jedoch wichtig, Missbräuche, Unregelmäßigkeiten und Günstlingswirtschaft auf Kosten anderer Menschen zu verhindern. Solange auch nur das minimale Risiko einer Willkür bestehe, sei ein Bewertungssystem im Staatsdienst fehl am Platz.

Anders als die Privatwirtschaft, die nach Gewinnmaximierung ausgerichtet ist, stelle sich die öffentliche Funktion in den Dienst aller Bürgerinnen und Bürger des Landes. Die deutsche Partnerorganisation, beamtenbund und tarifunion (dbb), bringe es mit ihrem Slogan treffend auf den Punkt: „Wer tut das? – Wir. Wer sonst?“

Aus den regelmäßig durchgeführten Umfragen gehe hervor, dass die Bürger den öffentlichen Dienst als engagiert und leistungsstark empfinden. Auch über die Landesgrenzen hinaus ernte der Staatsdienst für seine enorm gute Arbeit stets viel Lob und Anerkennung. „Wozu brauchen wir da noch eine Bewertung, zumal bei diesem fragwürdigen System Aufwand und Ergebnis in

keinem Verhältnis zueinanderstehen?“ bemerkte der CGFP-Generalsekretär.

Das Bewertungssystem lasse sich mit einem Federstrich beseitigen und ermögliche zudem Ersparnisse. Auf Druck des CGFP-Fachverbandes Féduse-Enseignement werde im Bildungswesen das Bewertungssystem bis auf Weiteres auf Eis gelegt. Dieser positive Schritt verdiene Respekt und Anerkennung. Die CGFP werde auch künftig an ihrer Forderung festhalten, versicherte Heiliger: „Schluss mit dem fragwürdigen Bewertungssystem im gesamten öffentlichen Dienst!“

### CGFP wehrt sich gegen Leistungsver schlechterungen

Nicht unerwähnt blieb auch das Renten- und Pensionsthema. Die CGFP sehe diesbezüglich nicht den geringsten Handlungsbedarf, hieß es. Vor genau 20 Jahren sei das traditionelle Pensionssystem zerschlagen (siehe „fonction publique“ Nummer 259) und die damalige Regierung wegen Vertragsbruchs zum symbolischen Franken verurteilt worden.

Bereits in der Vergangenheit hätten hohe Patronatsvertreter, die auch heute noch glauben, überall ihren Senf dazugeben zu müssen, die Rentenmauer für 2015 angekündigt. „Hört auf mit dieser Schwarzmalerei“, forderte Heiliger. Sollten in weiter Zukunft dennoch Engpässe bei der Finanzierung der Pensionen entstehen, werde man sich gemeinsam an einen Tisch setzen und versuchen, eine Lösung zu finden. Unter diesen Umständen wäre die CGFP mit Sicherheit bereit, ihren Beitrag zu leisten. Warum jedoch über Probleme nachdenken, die es noch nicht gibt, fuhr der CGFP-Generalsekretär fort.

Anlässlich der jüngsten Quadripartite hätten die Arbeitgebervertreter erneut den Teufel an die Wand gemalt, als sie erfuhren, dass 2019 dem Gesundheitssektor ein Defizit von zehn Millionen Euro bevorstehe. Diesem Minusbetrag stünden jedoch Reserven in Höhe von 860 Millionen Euro gegenüber, stellte Heiliger klar. Zudem sei nicht auszuschließen, dass der Haushalt im kommenden Jahr dennoch einen Überschuss verzeichnen werde.

### Zwölf Millionen Euro im Weltall verpulvert

Zum einen würden nämlich die Ausgaben traditionsgemäß auf einem hohen Niveau eingestuft werden. Zum anderen würden rund 20 Millionen Euro aus der Mutterschaftsversicherung anfallen. Bei einem geschätzten Defizit von zehn Mil-



lionen Euro im Gesundheitssektor würden beim Patronat die Alarmglocken läuten. Werden jedoch Steuergelder in Höhe von zwölf Millionen Euro im Weltall verpulvert, gebe es im Arbeitgeberumfeld keinen Aufschrei der Entrüstung.

Ob im Gesundheits- oder im Pflegebereich, die CGFP werde sich auch in Zukunft mit aller Entschlossenheit gegen Leistungsverschlechterungen wehren. Sollten in ferner Zukunft finanzielle Engpässe auftreten, dürften dennoch keine derartigen Verschlechterungen eintreten. Nur im äußersten Fall könnten Beitragserhöhungen in Erwägung gezogen werden, allerdings nach dem bewährten paritätischen Prinzip, bei dem alle Akteure Verantwortung übernehmen: der Staat, die Versicherten und die Arbeitgeber! Unter gar keinen Umständen dürften die Kosten einzig und allein auf die Haushalte abgewälzt werden.

Stichwort Gehälterstruktur im öffentlichen Dienst: Im Rahmen der CGFP-„Wahlprüfsteine“ hätten sämtliche Regierungsparteien Abstand von einer Kürzung der Anfangsgehälter im öffentlichen Dienst genommen. Das Ziel, die Attraktivität des Staatsdienstes zu erhalten, wurde damals als Begründung angeführt.

### ABBL-Präsident im Kreuzfeuer der Kritik

Hart ins Gericht ging der CGFP-Generalsekretär unterdessen mit dem Präsidenten der Luxemburger Bankenvereinigung (siehe Seite 15). Der ABBL-Präsident hatte kürzlich in einem Interview behauptet, er kenne kein Land auf der ganzen Welt, wo der Unterschied zwischen den Gehältern der Privatwirtschaft und jenen des öffentlichen Dienstes so groß sei, wie dies derzeit in Luxemburg der Fall sei (siehe LW, Ausgabe vom 8. Oktober 2018).

Der Bankenlobbyist gelangte damals zum Schluss, ihm leuchte es nicht ein, warum alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst Gehälter beziehen würden, die bis zu einem Drittel über denen der Privatwirtschaft liegen würden. So könne eine Wirtschaft auf längere Sicht nicht funktionieren.

Jeder müsse sich vor Augen führen, dass der ABBL-Vorsitzende zugleich auch eine Bank leite, die enge Geschäftsbeziehungen mit der Post pflege, einem Unternehmen also, das viele Staatsbedienstete in seinem Kundenportfolio habe, gab Heiliger zu bedenken. In seiner Eigenschaft als Direktor des besagten Finanzinstitutes hätte der ABBL-Frontmann vermutlich keine derartige Stellungnahme abgegeben.

„Im öffentlichen Dienst gibt es die Einheitsgewerkschaft bereits.“

Steve Heiliger

Um seiner Kritik Nachdruck zu verleihen, rief der CGFP-Generalsekretär eine Zahl in Erinnerung, die der Ex-Minister des öffentlichen Dienstes bereits während eines Streitgesprächs im Wahlkampf als Beispiel angeführt hatte. Ein junger Mensch, der nach dem Abitur seine ersten beruflichen Schritte beim Staat absolviert, erhalte unter einstiger Anwendung der 80/80/90-Regelung ein Gehalt von gerade mal 2.500 Euro (groupe de traitement B1).

Ziehe man die Mietkosten vom Lohn ab, stünden dem Berufseinsteiger nur noch 1.000 bis 1.300 Euro pro Monat zur Verfügung, um über die Runden zu kommen und eventuell noch etwas Geld zur Absicherung seiner Existenz anzusparen. „Ist der ABBL-Vertreter tatsächlich der Ansicht, dass ein derartiges Gehalt überzogen ist? Müssen nicht eher die Unternehmen ihre soziale Verantwortung übernehmen?“, konterte Heiliger. Die Gewinne, die die Banken einfahren, seien vorwiegend von den Mitarbeitern erwirtschaftet worden. In Anbetracht dieser Tatsache gebe es keinen vernünftigen Grund, die Beschäftigten nicht daran teilnehmen zu lassen.

### Beide Sektoren gegeneinander ausgespielt

Im Umkehrschluss könne man auch die Frage aufwerfen, ob nicht einige Arbeitsstellen in der Privatwirtschaft wesentlich lukrativer sind als im öffentlichen Dienst. Trotz finanzieller Einbußen würden dennoch manche Beschäftigten es vorziehen, zum Staatsdienst überzuwechseln. Dies lasse tief blicken und werfe viele Fragen auf. Der ABBL-Vorsitzende habe mit seinen provokanten Aussagen beide Sektoren – den Staatsdienst und die Privatwirtschaft – öffentlich gegeneinander ausgespielt,

schimpfte Heiliger: „So etwas tut man nicht! Wir machen das jedenfalls nicht.“ Würde die CGFP ähnlich vorgehen, dränge sich die Frage auf, wieso die Einkünfte von Spitzenbeamten und Topmanagern nicht miteinander verglichen werden.

Die CGFP lasse sich nicht auf solche Spielchen ein, ergänzte Heiliger. Beide Sektoren gegeneinander auszuspielen, sei wenig hilfreich, da es eine Wechselwirkung zwischen dem öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft gebe. Die CGFP sei stolz darauf, dass manche Verbesserungen, die sie im öffentlichen Dienst erzielt habe, auch die Privatwirtschaft inspirieren würden. Als jüngstes Beispiel nannte er das Zeitsparkonto („compte épargne-temps“). Der öffentliche Dienst habe unter anderem vor fast 100 Jahren auch beim Indexsystem eine Vorreiterrolle übernommen.

Einer zusätzlichen Öffnung des öffentlichen Dienstes erteilte der kämpferische Redner eine klare Absage. Die seit 2009 geltenden Regeln dürften nicht infrage gestellt werden. Derzeit bestehe keine Notwendigkeit, weitere Schritte einzuleiten. Diese Ansicht hätte ein Großteil der Parteien im Rahmen der CGFP-„Wahlprüfsteine“ geteilt.

### „Die CGFP braucht keine externe Hilfe“

Am Ende seiner Rede erörterte der CGFP-Generalsekretär die neuen Zugangsbestimmungen sowie die Einstellungsprobleme beim Staat. Infolge der katastrophalen Ergebnisse beim Staatsexamen sei es für die CGFP offensichtlich gewesen, dass Handlungsbedarf bestehe. Es hätten Zweifel bestanden, dass so viele junge Menschen wegen mangelnder Kompetenzen am Staatsexamen scheiterten. Schnell habe sich herausgestellt, dass eine Mehrzahl dieser Kandidaten im Nachhinein unter einem anderen Statut und für ein wesentlich geringeres Gehalt eingestellt worden seien.

Aus diesem Grund habe sich die CGFP einer Reform des Staatsexamens nicht verschlossen. In seiner letzten Sitzung habe der CGFP-Nationalvorstand den Entschluss gefasst, zusammen mit dem Kooperationspartner FGFC eine Arbeitsgruppe einzusetzen, um eine tief greifende Analyse durchzuführen. Die CGFP werde nicht davor scheuen, dort Kritik zu üben, wo es angebracht und nötig sei. Gleichzeitig werde man konstruktive Verbesserungsvorschläge unterbreiten.

Die CGFP sei felsenfest davon überzeugt, dass die neue Rekrutierungspolitik unter keinen Umständen zu

einem Leistungsabfall führen dürfe. Wie in der Vergangenheit, brauche der Wirtschaftsstandort Luxemburg einen leistungsstarken öffentlichen Dienst, frei von Korruption, Unregelmäßigkeiten und sozialen Unruhen. Wichtig sei es, die Weichen der Zukunft so zu stellen, dass der Staat auch weiterhin auf die besten verfügbaren Arbeitskräfte zurückgreifen könne.

Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, sei die CGFP nicht auf externe Hilfe angewiesen. Als einzige national repräsentative Gewerkschaft im öffentlichen Dienst erhebe die CGFP auch künftig den Anspruch, die Verhandlungen für den gesamten öffentlichen Dienst zu führen. So wie die CGFP derzeit aufgestellt sei, lasse sich die Frage der Repräsentativität schnell beantworten, schob Heiliger nach: „Wir brauchen die Einheitsgewerkschaft nicht zu fordern, denn im öffentlichen Dienst gibt es sie schon längst!“

Zum Abschluss bedankte sich der CGFP-Generalsekretär bei allen Anwesenden für die vorbildliche Arbeit, die in den vergangenen zwölf Monaten sowohl in den CGFP-Fachverbänden als auch in den jeweiligen CGFP-Gremien geleistet wurde. Am Beispiel der „Spuerkeess“ habe man gesehen, dass Solidarität und Zusammengehörigkeit innerhalb der CGFP keine leeren Worthülsen seien, sondern dass ein jeder für den anderen da sei, falls er gebraucht werde.

### Ein zuverlässiger Sozialpartner

Dieser Zusammenhalt bleibe auch in Zukunft eine Stärke der CGFP. Diejenigen, die sich mit der Berufsorganisation aller öffentlich Bediensteten anlegen möchten, sollten im Vorfeld alles mehrmals gründlich abwägen, bevor sie zur Tat schreiten. Stellvertretend für das gesamte CGFP-Exekutivbüro wünschte Steve Heiliger den CGFP-Mitgliedern und deren Familien viel Erfolg auf beruflicher und privater Ebene für das kommende Jahr und das bei allerbesten Gesundheit.

Die letzten Worte seiner Rede widmete Heiliger der Politik: Die Regierung und der Minister, die sich dazu verpflichten würden, eine vernünftige Politik im Interesse des Landes und im Sinne des öffentlichen Dienstes zu gestalten, könnten sicher sein, die CGFP als zuverlässigen und verantwortungsbewussten Sozialpartner an ihrer Seite zu haben.

Max Lemmer



52. CGFP-Vorstandskonferenz

# Ein Empfang zu Ehren der Delegierten und Gäste





Keine Entwarnung beim „Spuerkeess“-Konflikt

# Vorschläge des Mediators stoßen auf breiten Widerstand

1856 wurden die Weichen für den wirtschaftlichen Aufschwung Luxemburgs gestellt. 17 Jahre nachdem auf der Londoner Konferenz dem Großherzogtum seine Unabhängigkeit zugesichert worden war, wurde die nationale Eisenbahngesellschaft gegründet und die Entwicklung der Stahlindustrie vorangetrieben. Im selben Jahr gab das Parlament grünes Licht für das Rahmengesetz zur Gründung der Sparkasse. Seitdem eilt Luxemburgs ältestes Finanzinstitut von einem Erfolg zum anderen.

Die Sparkasse, die am 12. April 1972 per Ministererlass ermächtigt wurde, den Begriff „Staatsbank“ ihrem Namen beizufügen, wurde 1994 zum ersten Mal von den Ratingagenturen Standard&Poors und Moody's bewertet. Seitdem gehört die BCEE aufgrund ihrer Traumnoten zu den besten Banken der Welt.

Alles in Butter könnte man fast meinen, doch weit gefehlt! Obwohl die Bank jedes Jahr dank ihrer kompetenten Mitarbeiter üppige Gewinne einfährt, lehnt die Chefetage es nach wie vor ab, dem Personal das zu geben, was ihm zusteht. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass das Image des einstigen Musterschülers in den vergangenen Wochen mächtige Kratzer bekam. Seit Wochen legt sich die Belegschaft quer. Sie will nicht länger hinnehmen, dass die BCEE-Direktion auf stur schaltet.

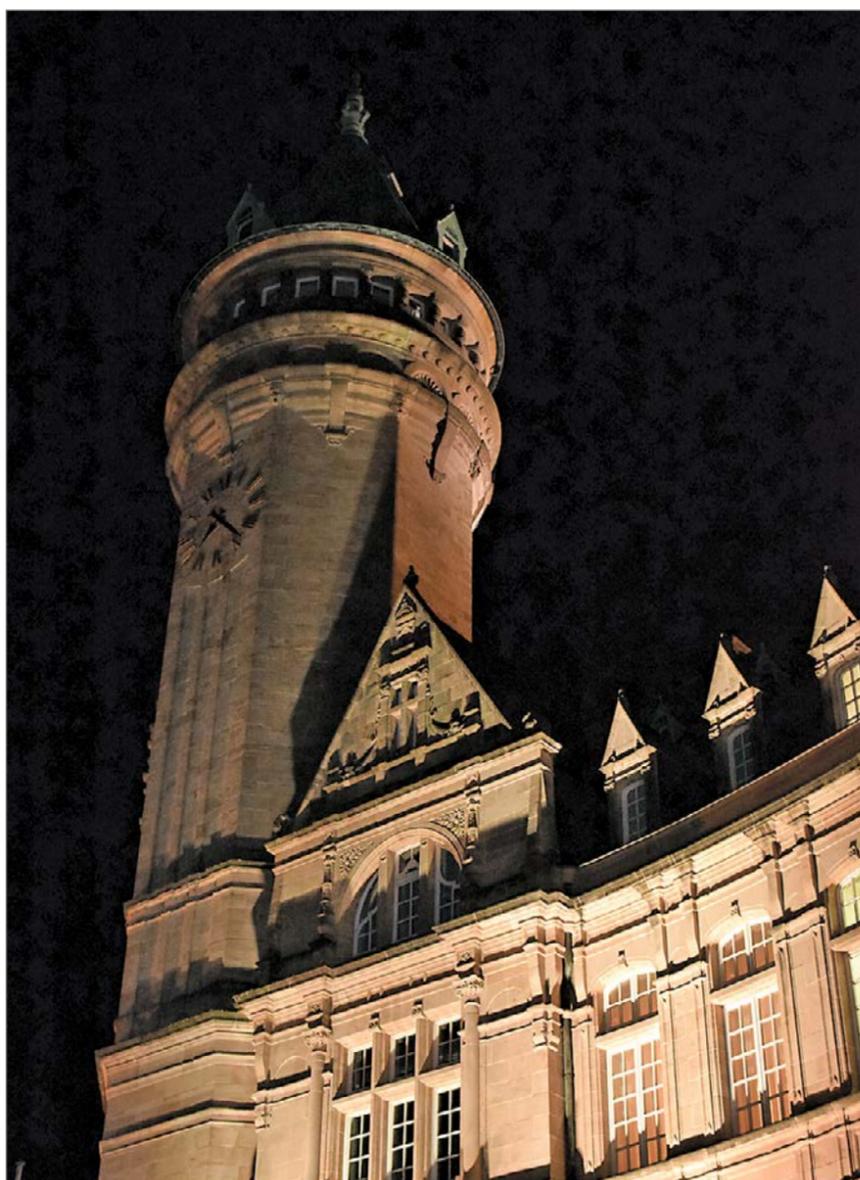
Hauptstreitpunkt ist und bleibt die unterschiedliche Auslegung in Bezug auf die Beförderungen bei der Sparkasse. Die CGFP und die „Association du Personnel de la Banque et Caisse d'Epargne de l'Etat“ (APBCEE) bestehen darauf, dass die großherzogliche Verordnung aus dem Jahr 1993 betreffend das Statut der BCEE-Mitarbeiter anstandslos angewandt wird. Unermüdlich fordert die Gewerkschaftsseite, dass die entsprechenden Bestimmungen aus der im Jahr 2015 in Kraft getretenen Reform des öffentlichen Dienstes auch in den „établissements publics“ – also auch bei der „Spuerkeess“ – umgesetzt werden.

Der wachsende Unmut der Mitarbeiter gipfelte in eine Protestkundgebung, zu der die CGFP und die APBCEE am vergangenen 27. November aufgerufen hatten. Die von Erfolg gekrönte Aktion vor dem BCEE-Hauptsitz auf der „Place de Metz“ in Luxemburg-Stadt stellte ein Novum in der beinahe 163-jährigen Geschichte der Staatsbank dar.

## Vernichtendes Ergebnis für die Regierung

Trotz Einschüchterungsversuchen hatten sich damals rund 400 Demonstranten vor dem BCEE-Direktionsgebäude eingefunden, um ihrem Ärger Luft zu machen. Durch die Reihen der CGFP ging ein Ruck: Zahlreiche Vertreter anderer Mitgliedsorganisationen waren an jenem Tag vor Ort, um ihre Solidarität mit den BCEE-Beschäftigten zu bekunden, getreu dem Motto „Wer sich mit einem von uns anlegt, legt sich mit uns allen an!“

Zumindest nach außen hin scheinen Regierung und Management diesen Warnschuss weitgehend zu ignorieren.



*Seit mehr als drei Jahren dauert der Konflikt bei der „Banque et Caisse d'Epargne de l'Etat“ bereits an. Trotz großer Kompromissbereitschaft von Gewerkschaftsseite zeichnet sich noch immer keine Lösung ab. Inzwischen hat die Berufsorganisation APBCEE eine Umfrage bei der BCEE-Belegschaft durchgeführt. Aus den eingereichten Antworten geht hervor, dass eine breite Mehrheit die Vorschläge des Mediators für inakzeptabel hält. Dieses Ergebnis ist ein deutliches Zeichen. Falls sich die Regierung und das BCEE-Management auch künftig weigern, in dieser Angelegenheit einzulenken, wird die CGFP den Druck erhöhen und weitere gewerkschaftliche Maßnahmen beschließen, die über die Protestkundgebung hinausgehen. Inzwischen haben die CGFP und die APBCEE mit den zuständigen Ministern ein für den 6. Februar geplantes Dringlichkeitstreffen der letzten Chance vereinbart.*

Hinter vorgehaltener Hand ist jedoch zu vernehmen, dass die negative Presse, die die BCEE im Zuge der jüngsten Protestkundgebung bekommen hat, für eine gewisse Nervosität bei den Entscheidungsträgern sorgt.

Am liebsten würden sie die ganze Angelegenheit fernab vom Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit unter den Teppich kehren. In knappen Stellungnahmen gegenüber den Medien haben die Regierung und die BCEE-Führungskräfte

lediglich betont, sie hätten sich während der Verhandlungen im Schlichtungsverfahren und anschließend in der Mediation viel bewegt.

Bei den anderen Verhandlungsteilnehmern sorgt diese nicht wahrheitsgetreue Aussage für fassungsloses Kopfschütteln. Auch in politischen Kreisen geriet Finanzminister Pierre Gramegna zunehmend in Erklärungsnot. In seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage des Déi Lénk-Abgeordneten David

Wagner, betonte der Ressortchef, das Statut der BCEE-Beamten sei in der Regel mit jenem der Staatsbeamten gleichzusetzen.

Um jedoch einen reibungslosen Ablauf des Bankgeschäfts zu gewährleisten, könnten für die BCEE-Beamten in Ausnahmefällen andere Bedingungen herrschen als bei den Staatsbeamten, hieß es weiter. Die Sparkassen-Beamten hätten zwar ein ähnliches aber nicht identisches Statut, lautete die Schlussfolgerung.

Diese holprige und nicht sehr schlüssige Argumentation stellt das Personal nicht zufrieden. Das einzig Positive, was die CGFP der schriftlichen Stellungnahme des Finanzministers abgewinnen kann, ist dessen Bereitschaft, den Dialog fortzusetzen. Inzwischen hat die APBCEE eine Umfrage bei der BCEE-Belegschaft durchgeführt. Die Ergebnisse, die seit kurzem vorliegen, sind für die Regierung und die BCEE-Chefetage niederschmetternd.

## Weitere gewerkschaftliche Maßnahmen nicht auszuschließen

Die Auswertung der Fragebögen hat ergeben, dass satte 80 % nicht bereit sind, sich mit den Empfehlungen des Mediators abzufinden. Der Ausgang dieser Abstimmung ist insofern keine Überraschung, da nahezu 90 % der Vorschläge, die der Mediator nach der gescheiterten Schlichtung unterbreitet hat, die Argumente der Gegenseite wiedergeben.

Die überwältigende Mehrheit, die sich aus der Umfrage ergab, spricht Bänder. Sie bekräftigt die CGFP in ihrer Annahme, dass bei der BCEE dringender Handlungsbedarf besteht, um zu vermeiden, dass die Bank an Attraktivität einbüßt und weitere Mitarbeiter dem Finanzinstitut den Rücken kehren. Die CGFP ist fest entschlossen, einen Gang höher zu schalten, sollte sich dies als notwendig erweisen.

Am vergangenen 10. Januar wurden sowohl der Finanzminister als auch der für den öffentlichen Dienst zuständige Minister schriftlich dazu aufgefordert, kurzfristig ein „Dringlichkeitstreffen der letzten Chance“ einzuberufen, um dennoch einen Ausweg aus der verfahrenen Situation zu finden. Die entsprechende Unterredung wird am 6. Februar 2019 stattfinden.

Die CGFP ist der Ansicht, dass mit etwas gesundem Menschenverstand auf Regierungsseite es möglich sein müsste, eine Einigung zu erzielen. Sollte jedoch die Dreierkoalition im BCEE-Konflikt nicht bereit sein, einzulenken, wird der CGFP nichts anderes übrig bleiben, als weitere gewerkschaftliche Schritte zu beschließen, um somit ihren berechtigten Forderungen Nachdruck zu verleihen. Dabei muss sich die Gegenseite auf Maßnahmen gefasst machen, die weit über die Protestkundgebung hinausreichen.

Max Lemmer



<http://www.cgfp.lu>

Search



Visitez notre site Internet:  
[www.cgfp.lu](http://www.cgfp.lu)

CGFP bezieht Stellung zur Regierungserklärung

# Eine Weltpremiere mit vielen Fragezeichen

**Die Lösung der Mobilitätsprobleme und die angekündigte Neuauflage der Steuerreform bilden zwei Schwerpunkte, an denen die Regierung am Ende der laufenden Legislaturperiode gemessen wird. Für die geplante Senkung der Kilometerpauschale, die keinesfalls zur Gegenfinanzierung des kostenlosen öffentlichen Transports dienen soll, zeigt die CGFP kein Verständnis. Zu klären bleibt unterdessen, welche Folgen die generelle Einführung der Individualbesteuerung haben wird.**



Sorgt Luxemburg für internationale Schlagzeilen, dann geschieht dies oft im Zusammenhang mit Steuernischen und dergleichen. Am vergangenen 11. Dezember trat das Gegenteil ein. Als Premierminister Xavier Bettel in seiner ersten Regierungserklärung nach den Parlamentswahlen die Einführung des kostenlosen öffentlichen Transports ankündigte, ging die Nachricht um die Welt und die ausländischen Medien überschlugen sich mit Lob.

Ab dem 1. März 2020 können hierzulande alle öffentlichen Verkehrsmittel gratis genutzt werden. „Luxemburg wird somit das erste Land der Welt sein, in dem man den öffentlichen Nahverkehr spontan oder geplant nutzen und überall ein- oder aussteigen kann, ohne sich Gedanken darüber zu machen, welche Fahrkarte man am besten kauft“, betonte Bettel im Parlament. Eine derartige Maßnahme stehe dem Land gut zu Gesicht und trage enorm zum Image und zur Attraktivität Luxemburgs bei, fügte der Regierungschef stolz hinzu.

Mit dieser Ankündigung mag der Regierung ein aufsehenerregender Marketingcoup gelungen sein. Anfangs hieß es in Medienberichten, die Regierung werde die Kilometerpauschale zur Gegenfinanzierung des kostenlosen öffentlichen Transports senken. Inzwischen betonte Mobilitätsminister François Bausch bei einer Pressekonferenz, die Kilometerpauschale stehe

nicht in direktem Zusammenhang mit dem Gratisangebot im öffentlichen Verkehr.

Die CGFP hält die geplante Reduzierung der Kilometerpauschale dennoch für äußerst ungerecht: Zahlreiche Arbeitnehmer, für die der öffentliche Nahverkehr aus unterschiedlichen Gründen keine vernünftige Alternative zum eigenen Auto darstellt, werden durch die Neuregelung der Kilometerpauschale zur Kasse gebeten. Davon betroffen sind zum Beispiel Menschen, die wegen ihrer Schichtarbeit auf ihren Wagen angewiesen bleiben.

Hinzu kommt, dass insbesondere in vielen ländlichen Regionen das Angebot des öffentlichen Transports noch immer Schwachstellen aufweist, sodass die betroffenen Einwohner keine andere Wahl haben, als mit dem Auto zur Arbeit zu fahren. Aus all diesen Gründen widersetzt sich die CGFP einer Reduzierung der Kilometerpauschale. Für die Regierung wäre es ratsam, zuerst die nötigen Infrastrukturen zu schaffen, die einen wirklich leistungsstarken öffentlichen Transport ermöglichen.

## Viel Ungewissheit für die Beschäftigten

Der unentgeltliche öffentliche Transport sei kein Wundermittel, dass mehr Menschen Bus, Bahn und Tram nutzen werden, so Bausch. Bei dem Vorhaben handele es sich um eine rein soziale

Maßnahme. Dieses fragwürdige Argument ist jedoch wenig überzeugend. Familien mit geringem Einkommen werden durch den Beschluss der Regierung nicht finanziell entlastet. Ihnen wird nämlich schon jetzt ein Jahresabonnement („carte de libre parcours“) für Tram, Bahn und Bus zur Verfügung gestellt. Nicht schlüssig ist derzeit auch, ob die Pläne für den kostenfreien öffentlichen Nahverkehr ebenfalls für den Transportdienst von behinderten Menschen gelten.

Die Pläne der Regierung werfen auch in Bezug auf die Belegschaft eine Menge Fragen auf. Welcher beruflichen Tätigkeit werden zum Beispiel in naher Zukunft die Schaffner nachgehen? Die gleiche Frage drängt sich unter anderem auch bei einem Teil der Mitarbeiter auf, die den Kunden an den Schaltern die Fahrkarten aushändigen. Die Befürchtung, dass demnächst Abgänge nicht mehr ersetzt werden, scheint somit nicht ganz von der Hand zu weisen zu sein.

## Entlastung für die Mittelschicht

In seiner jüngsten Regierungserklärung stellte der Premierminister außerdem eine sehr ehrgeizige Steuerreform in Aussicht. Bereits vor Jahren hatte sich die CGFP als erste Gewerkschaft in Luxemburg für die Abschaffung der Steuerklasse 1A starkgemacht, die seit Jahren zu Unrecht Alleinerziehende

und Verwitwete stark belastet. Die CGFP zeigt sich erfreut darüber, dass die Regierung dieser langjährigen Forderung nun endlich Folge leisten will. Wie die praktische Umsetzung dieses Vorhabens aussehen wird, bleibt jedoch abzuwarten.

Viel Klärungsbedarf gibt es bei der angepeilten Abschaffung der Steuerklassen zugunsten einer einzigen Steuerklasse. Für die CGFP kommt es nicht infrage, dass die Neuauflage der Steuerreform zu Verschlechterungen bei den Haushalten führt. Die besagte Reform muss eine weitere finanzielle Entlastung der Mittelschicht nach sich ziehen, zumal die letzte Steuerreform den Haushalten nicht genug entgegenkam.

Das frisch ausgehandelte Koalitionsabkommen sieht vor, dass jeder Steuerzahler – unter Berücksichtigung seiner Familiensituation – künftig individuell besteuert wird. Dieses Vorhaben ist derzeit in vielen Hinsichten noch recht vage. Wie Blau-Rot-Grün dieses heiße Eisen schmieden möchte, entzieht sich unserer Kenntnis.

## Dialog statt vollendete Tatsachen

Die CGFP wird akribisch überprüfen, wie sich die generelle Einführung der Individualbesteuerung auf die Verwaltungen und deren Mitarbeiter auswirkt. Die Regierung täte gut daran, die Berufsorganisation aller öffentlich Bediensteten von Anfang an bei der Ausarbeitung der anspruchsvollen Steuerreform einzubinden, statt sie vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Infolge einer EU-Richtlinie haben die Abgeordneten kurz vor den Weihnachtsferien den Gesetzentwurf 7318 verabschiedet, der sowohl Maßnahmen gegen die Steuerflucht als auch eine Anpassung von verschiedenen Steuervorteilen beinhaltet. Die CGFP ist erbost darüber, dass mittels des Artikels 168, der Begriff „intérêts notionnels“ im Steuergesetz verankert wurde. Sie hegt den Verdacht, dass diese fiktiven Zinsen somit durch die Hintertür Einzug erhielten.

Sollte sich dieser Verdacht als richtig erweisen, wird die CGFP resolut dagegenhalten. Seit jeher lehnt sie diese strittige Maßnahme konsequent ab. Die wenigen Länder, in denen die „intérêts notionnels“ angewandt werden, hatten drastische Einbrüche bei den Steuereinnahmen zu verzeichnen. **Max Lemmer**

# ABBL-Schwachsinn

Früher mischten sich die Banker nicht in die politischen Angelegenheiten ein. Ähnlich verhielten sich damals auch die „Big Four“, indem sie sich von den Koalitionsverhandlungen fernhielten, getreu dem Motto: „Über Geld spricht man nicht, Geld hat man!“

Diese vornehme Zurückhaltung ging verloren, als mit dem Chef der luxemburgischen Deutsche Bank-Niederlassung ein Ausländer an die Spitze der hiesigen Bankenvereinigung ABBL gelangte. Herr Contzen prophezeite den Luxemburgern, dass unsere Sozialleistungen, unsere Beamtengehälter und unser Pensionsniveau das Land rasch in den Konkurs führen würden. Niemand hörte damals auf ihn. Jahre später geht es dem Land immer noch auszeichnet.

Der jetzige ABBL-Präsident befindet sich auf dem gleichen Egotrip. Dabei handelt es sich nicht einmal um einen Spitzenbanker, der sich für fremde profitgierige Aktionäre abrackern muss. Besonders die Anfangsgehälter des Staates haben es ihm angetan. Fragt sich bloß, ob Generaldirektoren, die sich in völlig anderen Sphären als die Durchschnittsbürger bewegen, wirklich dafür geeignet sind, um über niedrige Einkommen und Anfangslöhne zu urteilen.

Statt über die Anfangsgehälter beim Staat zu schwafeln, sollte der ABBL-Vorsitzende vielmehr der Frage nachgehen, ob nicht die Anfangslöhne der Banken zu niedrig sind. Obwohl uns dies nichts angeht, so fällt uns doch auf, dass es hier eine enorme Diskrepanz zum Einkommensniveau gibt, das erforderlich ist, um in einer Bank einen Wohnkredit gewährt zu bekommen.

Die Löhne, welche die jungen Schalterangestellten von Banken beziehen, reichen lediglich für ein Darlehen aus, mit dem höchstens eine 20-25 Qm große Wohnung erworben werden kann.

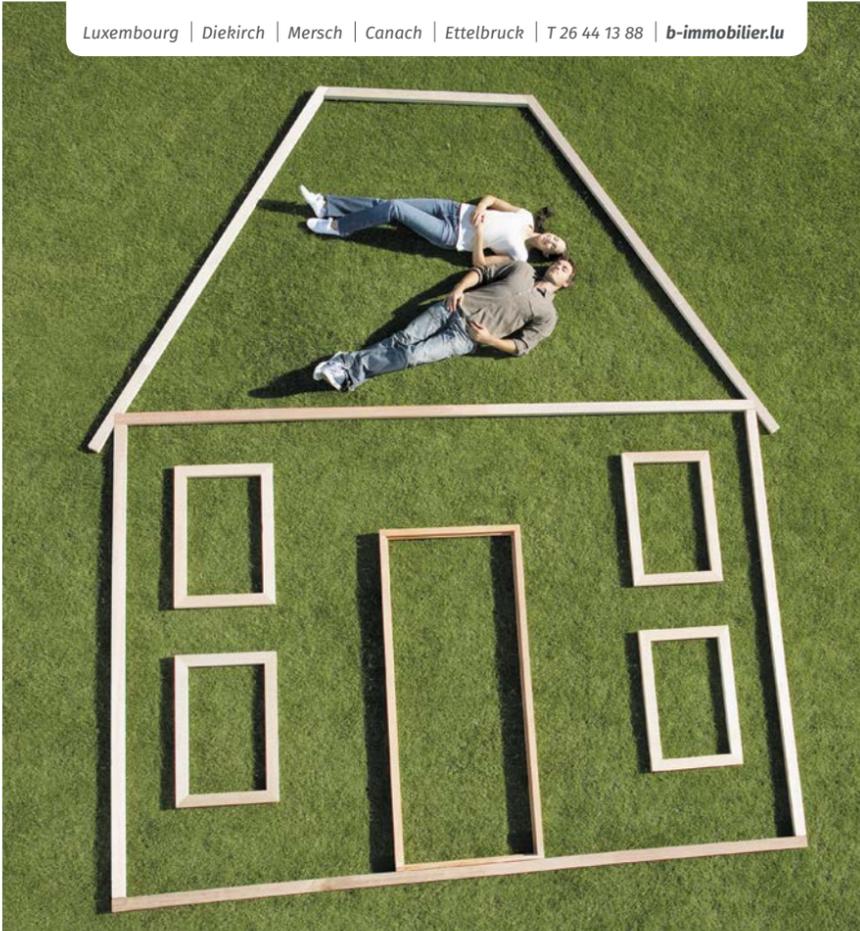
Luxemburg ist zwar das Land mit dem weltweit höchsten Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und dem höchsten Durchschnittseinkommen. Gleichzeitig sind die Lebenshaltungskosten jedoch hier so hoch, wie nirgendwo anders. Vor allem aber kann sich niemand etwas von theoretischen Mittelwerten kaufen. Hierzulande verdienen Zigtausende Menschen mehr als unser Staatsminister. Deren Einkünfte beeinflussen das Durchschnittseinkommen. Zu den Großverdienern zählen jedoch weder die Berufsanfänger irgendeines Wirtschaftssektors noch die Staatsbediensteten.

In Luxemburg werden große Gewinne eingefahren. Das Land gilt als extrem wettbewerbsfähig. Der ABBL-Chef wäre gut beraten, das skandalöse Lohngefälle im Finanzwesen und in anderen Bereichen der Privatwirtschaft zu analysieren. Es ist nicht nur eine statistisch einwandfrei belegte Tatsache, sondern vor allem auch ein handfester Skandal, dass in den letzten Jahrzehnten die niedrigen Einkommen in der gesamten industrialisierten Welt, trotz Wachstum stagnierten oder deutlich weniger gewachsen sind, als jene der Hoch- und Höchstverdiener.

Und deshalb sind die gewagten ABBL-Sprüche ein sozialer Affront! Si tacuisses! (Wenn du geschwiegen hättest, wärest du ein Philosoph geblieben.)

**f.p.**

Luxembourg | Diekirch | Mersch | Canach | Ettelbruck | T 26 44 13 88 | [b-immobilier.lu](http://b-immobilier.lu)



*Cherchons terrains  
et vieilles maisons à rénover.  
Réalisation de nouveaux projets immobiliers.*



## MON PATRIMOINE GÉRÉ PAR MA BANQUE PRIVÉE À LUXEMBOURG

- MON PROJET IMMOBILIER À BRUXELLES
- LE MBA DE MA FILLE À LONDRES
- MA RÉSIDENCE SECONDAIRE À CANNES
- LA START-UP DE MON FILS À MUNICH
- MON VOILIER À MONACO



Réseau européen. Siège luxembourgeois.



EUROPEAN  
PRIVATE BANKERS



*Frame designed by Iosa Ghini.*

**snaidero**  
CUCINE PER LA VITA

by  
**KITCHEN Store**

204, Route d'Arlon  
L-8010 Strassen

Tél (00352) 26 11 98 50

[www.kitchenstoreluxembourg.com](http://www.kitchenstoreluxembourg.com)

L'activité continue pendant les travaux...  
Encore une cuisine d'expo à vendre à **-60%**, dépêchez-vous !

Traditioneller CGFP-Neujahrsempfang

# Dicke Brocken zu bewältigen

Rund 200 geladene Gäste wohnten am vergangenen 21. Januar dem alljährlichen Neujahrsempfang der CGFP im „Parc Hotel Alvisse“ in Dommeldingen bei. Nach einem kurzen Jahresrückblick warf CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger zielstrebig den Blick nach vorn. Fazit: Auf den neuen Minister des öffentlichen Dienstes, der ebenfalls an der Feier teilnahm, wartet viel Arbeit. CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff richtete unterdessen in seiner Ansprache den Fokus auf Europa und befasste sich u.a. mit den möglichen Folgen eines harten Brexit ohne Deal.



In Anwesenheit von Minister Marc Hansen (rechts) hat die CGFP-Exekutive bei Gelegenheit vom Neujahrsempfang Stellung zu aktualitätsbezogenen Themen genommen, die insbesondere den öffentlichen Dienst betreffen.

„Im Großen und Ganzen war 2018 gar nicht einmal so ein schlechtes Jahr“, stellte CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger in seiner Ansprache während des traditionellen CGFP-Neujahrsempfangs fest, der am vergangenen 21. Januar im „Parc Hotel Alvisse“ in Dommeldingen stattfand. Unter den Gästen befanden sich der neue Minister des öffentlichen Dienstes, Marc Hansen, sowie Vertreter der Berufskammer der öffentlich Bediensteten um ihren Direktor Georges Muller, Gewerkschafter vom CGFP-Kooperationspartner FGFC, der Gewerkschaft des Gemeindepersonals, und der Präsident der Arbeitnehmerkammer, Jean-Claude Reding.

Als Steve Heiliger die vergangenen zwölf Monate Revue passieren ließ, erinnerte er daran, dass ein Großteil des Gehälterabkommens von 2016 rückwirkend zum 1. Januar 2018 umgesetzt worden sei. Neben der erfolgten Punktwerthöhung sei im selben Jahr die Essenszulage ein erstes Mal angehoben worden. Zudem seien drei CGFP-Kernforderungen, die auf der CGFP-Protestveranstaltung im November 2017 erhoben worden waren, berücksichtigt worden: die Aufwertung zahlreicher Laufbahnen, die Verpflichtung der Regierung mit den CGFP-Fachverbänden über die sektoriellen Anliegen zu verhandeln, und letztendlich die Abschaffung der 80/80/90-Regelung.

In seiner Rede nutzte der CGFP-Generalsekretär auch die Gelegenheit, auf die bevorstehenden Herausforderungen einzugehen. Im Vordergrund stehe die rasche Umsetzung des Zusatzpapiers zum Gehälterabkommen von 2016, das die CGFP im Juni vergangenen Jahres mit der Regierung vereinbart hat. Auch wenn die neuen Bestimmungen retroaktiv zum 1. Januar 2019 eingeführt werden, stehe man unter Zeitdruck, zumal die Praktikanten, die bereits mit ihrer Ausbildung begonnen haben, Nutzen aus der Abschaffung der 80/80/90-Regelung tragen sollen.

Ein weiterer Schwerpunkt des Zusatzpapiers sind die bevorstehenden Verhandlungen mit den CGFP-Mitgliedsorganisationen. Es sei begrüßenswert, dass nun auch bei der Regierung die Erkenntnis herrsche, mit den jeweiligen Fachverbänden, statt mit der Dachorganisation, über die sektoriellen Anliegen verhandeln zu müssen.

Dies bedeute jedoch nicht, dass die CGFP die Sorgen ihrer Mitgliedsorganisationen nicht teile. Das Gegenteil sei der Fall. Die Fachverbände, deren Forderungen durchaus berechtigt seien, könnten auf die Unterstützung der CGFP zählen, so Heiliger. Solidarität werde innerhalb der CGFP stets großgeschrieben. Die jüngste Protestveranstaltung vor dem BCEE-Hauptsitz sei ein eindrucksvoller Beweis dafür gewesen.

Die sektoriellen Verhandlungen mit den CGFP-Mitgliedsorganisationen könnten sofort beginnen, ohne dass dafür ein Gesetzestext vorliegen müsse, betonte Steve Heiliger mit Nachdruck. Dabei richtete er sich an den anwesenden neuen Minister

des öffentlichen Dienstes, Marc Hansen: „Schauen Sie sich die Anwesenden gut an. Sie werden mit ihnen zu tun bekommen!“ Anschließend brachte er seine Hoffnung auf konstruktive Verhandlungen zum Ausdruck, dies ganz im Sinne eines gesunden Sozialdialogs. Die Gespräche müssten am Ende jedoch zu konkreten Ergebnissen führen.

## Handlungsbedarf bei den Personalvertretungen

Auch innerhalb der einzelnen Abteilungen, Verwaltungen und staatlichen Diensten sei eine gesunde Sozialpartnerschaft von großer Bedeutung, fuhr der Redner fort. Handlungsbedarf gebe es im Zusammenhang mit der Personalvertretung. Seit den Reformen von 2015 sei es nahezu unmöglich geworden, derartige Vertretungen aufzubauen. Manche Verwaltungschefs, die zu demselben Schluss gelangt seien, hätten inzwischen ihrer Belegschaft eine Alternative vorgeschlagen. Dabei sei die Rede von einer Art Beirat („Comité consultatif“ oder „Comité de liaison“) gewesen.

Diese im Grunde genommen positive Absicht, die Mitarbeiter in den Entscheidungsprozess einzubinden, habe nur einen Haken, warnte der CGFP-Generalsekretär. Laut Statut gebe es nämlich keine gesetzliche Grundlage für derartige Strukturen. Im Zusammenhang mit der Freistellung der betreffenden Personen und deren Absicherung gelte es deshalb, viele offene Fragen zu klären.

Um Herr der Lage zu werden, müsse das Statut demnach so angepasst werden, dass Personalvertretungen wieder in geordneten Bahnen entstehen können. Diese Herangehensweise werde sich sowohl für die Beschäftigten als auch für die Verwaltungen als nützlich erweisen. Dabei reiche es jedoch nicht aus, lediglich einen „Alibi-Artikel“ im Statut beizufügen.

Bei den zahlreichen sektoriellen Anliegen dürften jedoch auch jene Themen, die von allgemeinem Interesse sind, nicht zweitrangig behandelt werden, hieß es weiter. Nach wie vor bleibe das Bewertungssystem ein rotes Tuch für die CGFP, bekräftigte Heiliger. Ein weiterer Punkt, der ganz oben auf der „To-Do“-Liste des Ministers stehen müsse, sei die Umsetzung der CGFP-Abkommen in den öffentlichen Einrichtungen („établissements publics“).

## Die Ausbildung darf nicht zu kurz kommen

Nach diesen mahnenden Worten sendete der CGFP-Generalsekretär zum Schluss eine positive Botschaft. Auch in Zukunft wünsche sich die CGFP einen konstruktiven und fairen Sozialdialog. Dem frisch ernannten Minister des öffentlichen Dienstes wünschte Steve Heiliger eine glückliche Hand bei der Ausübung seines Amtes.

Der neue Ressortchef genieße den großen Vorteil, einen leistungsstarken und engagierten öffentlichen Dienst an seiner

Seite zu haben. Damit diese blendende Ausgangsposition erhalten bleibe, sei es unabdingbar, gerade in Zeiten des digitalen Wandels weiterhin auf eine solide Ausbildung zu setzen, sowohl was das „Lifelong-Learning“ betrifft als auch die Grundausbildung beim Berufseinstieg.

Jedem Staatsbediensteten, unabhängig von seinem Statut, stehe dieses Recht zu. „Der öffentliche Dienst steht im Wettbewerb mit anderen Sektoren, die sich ebenfalls um die besten Arbeitskräfte reißen. Wir sollen ihnen das Feld nicht kampflös überlassen“, unterstrich Heiliger.

Die große Herausforderung bestehe darin, nicht nur Arbeitsplätze zu schaffen, sondern diese auch mit qualifizierten Mitarbeitern zu besetzen. Die Voraussetzung dafür seien eine angemessene Entlohnung, individuelle Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, zuverlässige Laufbahnperspektiven sowie flexibel gestaltete Arbeitszeitmodelle im Interesse der Beschäftigten.

Wie bereits in der Vergangenheit werde die CGFP auch in Zukunft Verantwortung übernehmen und ihren Beitrag für einen gesunden und nützlichen Sozialdialog leisten. Auftrag der CGFP sei es, die Interessen ihrer Mitglieder sowie all jener Menschen, die beim Staat oder auf kommunaler Ebene beschäftigt sind, zu verteidigen. Diese Aufgabe werde die Berufsorganisation aller öffentlich Bediensteten niemals aus den Augen verlieren, versicherte Steve Heiliger.

## Schicksalsentscheidenden Wahlen

Anschließend zog CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff rund vier Monate nach dem Inkrafttreten der Zeitsparkonten eine erste Bilanz. Nach wie vor sei die CGFP der festen Überzeugung, dass der „compte épargne-temps“ (CET) eine äußerst sinnvolle Maßnahme sei, die sich auch viele Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft herbeisehen. Bei der Umsetzung des CET seien vereinzelte Probleme aufgetaucht, dies vor allem im Zusammenhang mit der Schichtarbeit. Deshalb müsse jetzt stellenweise nachgebessert werden, um somit den Bedürfnissen von sämtlichen Verwaltungen gerecht zu werden.

Der Dauerkonflikt mit der Staatssparkasse beschäftige die CGFP noch immer sehr, fuhr Wolff fort. Die „Banque et Caisse d'Épargne de l'Etat“ habe indirekt Druck auf ihre Mitarbeiter ausgeübt, sodass einige von ihnen beschlossen hätten, aus Angst der Protestveranstaltung von CGFP und APBCEE fernzubleiben. Die Hoffnungen würden nun auf einem Treffen der letzten Chance ruhen, das Anfang Februar mit den zuständigen Ministern Gramegna und Hansen stattfinden wird.

Diese Unterredung müsse in konkrete Ergebnisse münden, unterstrich ein fest entschlossener CGFP-Nationalpräsident: „Falls notwendig, werden wir bis am darauffolgenden Tag am Verhandlungstisch sitzen.“ Schon jetzt wisse die CGFP zum

Teil, welche nächsten Schritte unternommen werden, sollte es zu keiner Einigung kommen. „Ich hoffe, dass diese Maßnahmen nicht erforderlich sein werden. Niemand hat Interesse daran, dass die BCEE in den Negativschlagzeilen verharrt“, mahnte Wolff.

Ein Jahr vor den Sozialwahlen im öffentlichen Dienst, die insgesamt 47.000 Beschäftigte betreffen, hätten die ersten Vorbereitungen begonnen, versicherte Romain Wolff. Zusammen mit ihrem Kooperationspartner FGFC, der Gewerkschaft des Gemeindepersonals, werde die CGFP alles daransetzen, ein ähnlich gutes Ergebnis zu erzielen wie bei den vorigen Sozialwahlen.

Zum Abschluss seiner Rede blickte der CGFP-Nationalpräsident sorgenvoll auf die schicksalsentscheidenden Europawahlen im Mai dieses Jahres. In Zeiten schwindender Begeisterung für die EU seien derzeit rechtspopulistische Kräfte im Aufwind. Um diesen gefährlichen Trend zu stoppen, gelte es jene Parteien zu stärken, die für demokratische Werte eintreten. Auch wenn hierzulande die allgemeine Wahlpflicht gelte, sei es wichtig, dass alle eingetragenen Wähler auch tatsächlich von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen.

## „Längst überlebte Klischees“

„Der Druck ist vorhanden, die Ziele sind hoch gesetzt“, mit diesen Worten richtete sich der neue Minister des öffentlichen Dienstes als letzter Redner an die rund 200 Anwesenden. Dieses wichtige Ressort leiten zu dürfen, sei für ihn eine große Ehre, bestätigte Marc Hansen. Er sei bereit, sich der neuen Herausforderung zu stellen. Der öffentliche Dienst müsse zunehmend gestärkt werden. Auch in die Ausbildung müsse weiter investiert werden. Zudem müsse sich der Staat die nötigen Mittel geben, um den Staatsbediensteten optimale Arbeitsbedingungen zu bieten.

Nachdem er jahrelang in der Privatwirtschaft tätig gewesen sei, habe er gleich zu Beginn seiner politischen Laufbahn als Regierungsmitglied zahlreiche sehr engagierte Staatsbedienstete vorgefunden, die es ihm in politisch schwierigen Zeiten ermöglicht hätten, mehrere Vorhaben umzusetzen, betonte Hansen. Einem Land wie Luxemburg stehe es daher nicht gut zu Gesicht, einen Graben zwischen zwei Sektoren zu ziehen: „Diese Klischees, wenn es sie denn jemals gab, sind längst überlebt“, hieß es weiter. Weitaus sinnvoller sei es, Probleme gemeinsam anzupacken.

Als sehr ehrgeizig bezeichnete der Minister das Koalitionsabkommen. Dabei räumte er ein, dass nur wenige Seiten dieses Abkommens dem öffentlichen Dienst gewidmet seien. Die Vorhaben der Regierung könnten jedoch nur mithilfe von kompetenten, motivierten und gut qualifizierten Beamten umgesetzt werden.

Die Abschaffung der 80/80/90-Regelung konkretisiere sich, unterstrich Hansen. In den vergangenen Wochen habe diesbezüglich ein reger Austausch zwischen der Regierung und der CGFP stattgefunden. Der entsprechende Text befinde sich mittlerweile auf der letzten Zielgeraden und könne in Kürze vom Ministerrat gebilligt werden.

Die bevorstehenden Verhandlungen mit den CGFP-Fachverbänden, die im März/April starten werden, bereiten dem Minister eigenen Aussagen zufolge keine Angst. Er setze auf konstruktive Gespräche. Die jeweiligen Sozialpartner sollten einen fairen Umgang zueinander pflegen und sich darüber im Klaren sein, wie weit sie gehen können. Nur so könnten Fortschritte erzielt werden. Die Diskussionen sollten der Sache dienlich sein und nicht in der Öffentlichkeit geführt werden.

Max Lemmer

In der nächsten Ausgabe des „fp-compact“ werden wir eine Fotostrecke zum Neujahrsempfang der CGFP veröffentlichen.



# Eigenheiminteressenten

Die eigenen vier Wände sind der Wunsch eines jeden

## BHW und CGFP

bieten ihnen hierzu die Möglichkeit  
und zwar zu den allergünstigsten Bedingungen

## Unschlagbares Angebot

für:	mit:
Wohnungsbau/-kauf	Sofortkredit
Modernisierung	CGFP-Vorzugsdarlehen
Grundstückwerb	Steuervorteilen

**Lassen Sie sich unverbindlich beraten!**

Bitte ausfüllen und einsenden an:

**OEL/CGFP**

Oeuvre CGFP  
d'Épargne-Logement  
B.P. 595  
L-2015 Luxembourg

Baukredit:

Ich bitte um  
unverbindliche  
Beratung durch einen  
CGFP/BHW-Berater

(Name)

(Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(Plz. /Wohnort)

(Telefon)

(Dienstbezeichnung)

(Dienststelle)



**Sichern Sie sich Ihre Steuervorteile 2019**

# Baufinanzieren aktuell

Informationen • Meinungen • Tipps

Mitgeteilt von der BHW Bausparkasse und der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement

BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparen Plus

## Bauen und Sparen

Die neuen Tarife BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparen Plus sind ideal zum Sparen und Bauen. Sie entscheiden sich für Ihr Ziel, BHW und die Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement ebnen Ihnen den Weg.

### Zinsgünstiges Darlehen

BHW Wohnbausparen Plus bietet Ihnen ein zinsgünstiges Darlehen mit Festzinsgarantie über die gesamte Laufzeit. Das heißt, Sie machen sich unabhängig von den Kapriolen des Kapitalmarktes und stellen Ihren Wohnraum vom ersten Tag an auf eine verlässliche Basis.

Sie entscheiden selbst, ob und wann Sie Ihr Baugeld haben möchten.

Das Prinzip ist einfach: Je höher die Tilgung, desto schneller ist das Darlehen verfügbar.

Wie hoch das Darlehen ist, ergibt sich aus Ihrem Sparguthaben, der Spardauer und der Tilgungsrate, die Sie bestimmen.

Egal, ob Sie Ihr Darlehen nun früher oder erst später in Anspruch nehmen. Entsprechend Ihren Wünschen haben Sie die Wahl zwischen zwei Darlehensvarianten zu 2,35 % oder sogar 1,25 %.

### Baugeld schon nach kurzer Zeit

Mit BHW Wohnbausparen Plus kommen Sie ohne festes Mindestsparguthaben zum Baugeld. Für jene, die sofort mit dem Bauen anfangen möchten, gibt es die Möglichkeit, ihren Finanzierungsplan mit Hilfe eines BHW-Sofortkredits aufzustellen. Und als CGFP-Mitglied haben Sie zusätzlich Anspruch auf ein Gewerkschaftsdarlehen zum Vorzugszinssatz.

### Staatlich gefördert

Die Einzahlungen auf Ihr Bausparkkonto können Sie steuerlich absetzen: jährlich bis zu 672 Euro für jede zum Haushalt zählende Person. Für ein Ehepaar mit zwei Kindern ergibt das z.B. 2.688 Euro. Seit der Umsetzung der Steuerreform sind weitere Verbesserungen der staatlichen Förderung in Kraft getreten, so zum Beispiel die doppelte Absetzbarkeit der Sparbeiträge für Bausparer bis 40 Jahre. Zudem sind die Zinserträge auf Bausparguthaben von der Quellensteuer befreit (ein CGFP-Erfolg). Das lohnt sich!

## Regenwasser: Alles Gute kommt von oben



Im Monat August sank die Niederschlagsmenge dramatisch. Regen aufzufangen und zu nutzen, gewinnt daher für Hausbesitzer an Bedeutung. Das sieht auch die Mehrheit der Deutschen so: Viele wollen Regenwasser-nutzungsanlagen bei Neubauten zur Pflicht machen, so das Ergebnis einer aktuellen Umfrage der BHW Bausparkasse.

Regenwasser wird künftig knapper, da sind sich Experten einig. Viele Gartenbesitzer nutzen bereits das wertvolle Gut, indem sie das vom Dach abfließende Wasser in eine Regentonnen leiten. Der Vorteil: Die Aufstellung verursacht geringe Kosten. Doch der Nutzen ist begrenzt.

### Trinkwasser ersetzen

Nachhaltiger, doch mit Anschaffungskosten zwischen 2.500 und 5.000 Euro auch aufwendiger, ist eine unterirdisch installierte Zisterne. „Mit einer Komplettanlage spart

eine vierköpfige Familie bis zu 300 Euro pro Jahr“, sagt Angelika Sosnowski von der BHW Bausparkasse. Rund 40 Kubikmeter Trinkwasser kann der Haushalt so ersetzen. Ist eine Waschmaschine angeschlossen, kommen 20 Kubikmeter hinzu. Durch eine Zisterne lässt sich auch bares Geld sparen. Sie reduziert die Kosten für Frisch- und Abwasser.

### Umgebung klimatisieren

Je weniger Regenwasser ungenutzt abfließt, desto geringer ist das Risiko für Überschwemmungen und Hochwasser. Auch ein Gartenteich speichert den „Segen“ von oben. „Wichtig für das Klima ist, dass Wasser lokal verdunsten kann“, erläutert die BHW Expertin. „Dadurch kühlt die Umgebung ab, das Mikroklima verbessert sich.“ Parkplätze, Asphalt und enge Bebauung haben den gegenteiligen Effekt und verschlimmern die Folgen extremer Wetterereignisse.

## Ergonomisches Kochen



Unter Profis gehört die Küche auf „Augenhöhe“ schon längst zum Standard. Jetzt hält sie auch in privaten Haushalten Einzug. Per Knopfdruck höhenverstellbare Arbeitsplatten, Backofen und Kochherd in Sichthöhe und das ganze auch noch selbstreinigend – Kochen wird kinderleicht und macht auch Technikfreaks Spaß!

### Bequemer kochen – auf Augenhöhe

Moderne Ausstattungen in der Küche sind vor allem eins: anpassungsfähig. Geboten wird ergonomisches Design, pflegeleichter Edelstahl, digitale Kontrolle und Steuerung per Display. Auf Wunsch gibt es sogar Garprogramme, mit denen Speisen bis zu 70

Prozent schneller fertig werden sollen. Das kommt gut an, denn die Mehrheit der Deutschen legt größten Wert auf die schnelle und unkomplizierte Zubereitung von Mahlzeiten. Gefragt sind Arbeitsflächen, die individuell und einfach einstellbar sind. Elektrisch höhenverstellbare Arbeitsplatten gibt es ab 1.000 bis 3.000 Euro. „Küchenhersteller arbeiten heute mit smarten Geräten, die bequem per Display oder via App für mobile Geräte zu bedienen sind“, sagt Tim Rehkopf von der BHW Bausparkasse. Das erleichtert nicht nur die punktgenaue Zubereitung, es steigert auch die Effizienz beim Kochen. Backöfen sowie Herde werden heute zudem mit Autopilot- und Selbstreinigungsfunktionen ausgestattet. Das erspart dann auch viel Ärger rund ums Thema „Aufräumen“.



Ranking der wichtigsten Entscheidungsträger Luxemburgs

# Top-10-Platzierung für CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff

Alle zwei Jahre kürt die unabhängige Jury der „Paperjam“-Redaktion die 100 einflussreichsten Entscheidungsträger Luxemburgs. Die Auswahl erfolgt aufgrund von Kriterien, die vom Verlagshaus „Maison Moderne“ festgelegt werden.

Dieses Mal sicherte sich Norbert Becker den Spitzenplatz. Der Multiunternehmer reiht sich somit in die Garde der vorigen Preisträger ein: Romain Bausch (2006), Michel Wurth (2008), Ernst Wilhelm Contzen (2010), Gaston Reinisch (2012), Pierre Ahlborn (2014) und Marc Giorgetti (2016).

Die Wirtschaft wird nicht nur von Industriekapitänen und Finanzgurus, sondern auch von Persönlichkeiten aus anderen Bereichen beeinflusst, betonten die Jurymitglieder am vergangenen 19. Dezember bei einer nobel inszenierten Zeremonie in der Rockhal in Belval. Bei der Aufstellung des Rankings werden die politisch Verantwortlichen nicht berücksichtigt.

Im Vergleich zum vorigen Klassement gab es viele Veränderungen. Unter den Top 10 rangierten dieses Mal zahlreiche Neueinsteiger. CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff ist bei seiner ersten Nominierung sofort auf Platz 10 gerückt. Den Sprung unter die besten Zehn schafften außerdem Alain Kinsch (EY Luxembourg), Caroline Mart (RTL Télé Lëtzebuerg), Bob Kneip (Gründer vom Kneip-Unternehmen), Jean-Louis Schiltz (Anwaltskanzlei Schiltz&Schiltz), Pit Hentgen (LaLux), Michel Wurth (ArcelorMittal, UEL, Handelskammer), Nicolas Buck (Fedil, Seqvoia) und René Elvinger (CEBI).

Regelmäßig melde sich Romain Wolff öffentlich zu Wort und verschaffe sich damit offensichtlich viel Gehör, unterstrich Jurymitglied Laurent Loschetter in seiner Lobrede. Manche würden behaupten, dass eine Schelte des CGFP-Nationalpräsidenten den Staatshaushalt finanziell mehr belastet als der Teilabschnitt einer dreispurigen Autobahn, fuhr der Festredner fort. Andere seien der Überzeugung, dass kein Gesetz in Luxemburg ohne Wolffs Zustimmung verabschiedet werde. Manchmal würden die Politiker den Nationalpräsidenten der „mächtigen CGFP“ gar fürchten. Nur wenige würden es wagen, ihn zu ig-



© Maison Moderne

norieren, schlussfolgerte Loschetter. Bei der Preisübergabe zeigte sich Romain Wolff in seiner kurzen Ansprache etwas überrascht über seine Auszeichnung. Seit nunmehr 17 Jahren setze er sich für die Belange der öffentlich Bediensteten ein. Ein gut funktionierender öffentlicher Dienst sei für alle Bürger des Landes äußerst wichtig. Anschließend widmete Wolff seine Ehrung dem gesamten CGFP-Team. Nur mit dessen Mitwirken könnten die gesteckten Ziele erreicht werden.

Als er vor zwei Jahren zum CGFP-Nationalpräsidenten gewählt wurde, habe er sich fest vorgenommen, alles Erdenkliche in Bewegung zu setzen, damit die unfaire 80/80/90-Regelung endlich abgeschafft werde, verriet Romain Wolff dem „Paperjam“-Magazin in einem kürzlich erschienenen Interview. Nach dem mit der Regierung erzielten Abkommen müsse nun der entsprechende Gesetzentwurf schnellstmöglich noch vom Parlament verabschiedet werden. Der Tag, an dem diese Abstimmung erfolge, werde für ihn von großer Bedeutung

sein. Als das Sprachrohr von mehr als 30.000 Mitgliedern versuche die CGFP, die Interessen des öffentlichen Dienstes und die des Landes zu vereinen, stellte Wolff klar. Im Vordergrund ihres Handelns stünde die politische Unabhängigkeit. Der Dialog mit der vorigen CSV-LSAP Regierung, die bis 2013 das Land regierte, sei etwas schwieriger gewesen, räumte Wolff ein. Das damalige schwarzrote Bündnis habe einen Sozialabbau im öffentlichen Dienst betreiben wollen.

## „Ich mag die Idee nicht, einer Partei beizutreten“

Im Gespräch mit „Paperjam“ machte der CGFP-Nationalpräsident keinen Hehl daraus, dass er nichts von einer weiteren Öffnung des Staatsdienstes für Nicht-Luxemburger hält. Laut Gesetz seien schon Bereiche des Staatsdienstes seit 2009 für die EU-Bürger zugänglich. Inzwischen liege der Anteil der ausländischen Staatsbürger zwischen zehn und 13 Prozent, sodass diesbezüglich kein weiterer Handlungsbedarf bestehe.

Eine klare Kampfansage machte Romain Wolff in Bezug auf das öffentliche Statut. Solange er als CGFP-Nationalpräsident Verantwortung trage, laute die Devise: „Fasst dieses Statut nicht an!“ Mit der Infragestellung desselben würde die Politik einen großen Fehler begehen, so Wolff, der es jedoch für unwahrscheinlich hält, dass dieser Fall je eintreten wird. 2002 fasste Romain Wolff den Entschluss, die Enregistrement-Verwaltung zu verlassen, um sich in den Dienst der CGFP zu stellen. Die Umsetzung der Gesetze, mit denen er zuvor als Beamter konfrontiert war, habe sich als schwierig erwiesen. Die entsprechenden Texte seien nämlich so ausgerichtet gewesen, dass sich vor allem Wohlhabende dadurch Steuervorteile verschaffen konnten.

Angesprochen auf seine künftigen Ambitionen, versicherte Romain Wolff, er könne sich nicht mit dem Gedanken anfreunden, den Sprung in die Politik zu wagen: „Ich mag die Idee nicht, einer Partei beizutreten und nur die Meinung dieser Partei zu vertreten.“

Max Lemmer



Welcome back home



Depuis 15 ans, nous avons planifié et réalisé plus de 1.500 projets de rénovation, d'agencement et d'agrandissement, en collaboration avec nos entreprises partenaires luxembourgeoises.

Aujourd'hui, Coordination-Rénovation devient Renov.lu ! Le nom change mais, plus que jamais, nous mettons tout en œuvre pour que vous vous sentiez bien chez vous. De la création à l'exécution, nous nous occupons de tout jusqu'à la remise des clés, pour vous dire « Welcome back home » !

[www.renov.lu](http://www.renov.lu)

# Menschen im Dienst der Menschen

## 60. Jahrestagung des dbb beamtenbund und tarifunion in Köln

„100 Jahre Frauenwahlrecht – 70 Jahre Grundgesetz – 30 Jahre Friedliche Revolution: vereint in Einigkeit und Recht und Freiheit?“ – Unter diesem Motto stand die 60. Jahrestagung des dbb beamtenbund und tarifunion, die in diesem Jahr vom 6. bis 8. Januar traditionsgemäß wieder in der schönen Domstadt Köln stattfand. Von Luxemburger Seite nahmen CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff, zugleich Vorsitzender der Europäischen Union Unabhängiger Gewerkschaften (CESI), CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger und der Vorsitzende des CGFP-Kooperationspartners FGFC, Marco Thomé, an der vorzüglich organisierten und mit hochkarätigen Rednern besetzten Jahrestagung teil. Zu den Gastrednerinnen und -rednern zählten u.a. Bundesjustizministerin Katarina Barley, Innenstaatssekretär Stephan Mayer in Vertretung von Bundesinnenminister Horst Seehofer, Armin Laschet, seit Juni 2017 Ministerpräsident des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen, und Henriette Reker, Oberbürgermeisterin der Stadt Köln, Austragungsort der dbb-Jahrestagung.

Mit über 1,4 Millionen Mitgliedern ist der dbb die große deutsche Interessenvertretung für Beamte und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst und im privaten Dienstleistungssektor. Enge Beziehungen bestehen seit jeher zwischen dbb und CGFP, nicht zuletzt auf CESI-Ebene. Sowohl die CGFP als auch der dbb gelten als Gründungsmitglieder der Europäischen Union Unabhängiger Gewerkschaften und arbeiten somit bereits seit langen Jahren eng zusammen.

### Gelebte Demokratie

„Einigkeit und Recht und Freiheit“, so der dbb-Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach in seiner Begrüßungsansprache, stehe für den unverrückbaren Wertekonsens der Bundesrepublik Deutschland, für den allen voran die 4,6 Millionen im öffentlichen Dienst Beschäftigten Tag für Tag, Nacht für Nacht, jahrein, jahraus einstünden. Sie verteidigten den Werte- und Normkanon, den sich Land und Menschen „im Rahmen demokratischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse für unser Zusammenleben“ gegeben hätten.

Am funktionierenden Rechts- und Sozialstaat, ja, an den stabilen Bedingungen für eine gute Konjunktur, hätten die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes einen ganz erheblichen Anteil. Und wer ihre Leistungen in irgendeiner Weise in Abrede stelle, der habe den Sinn und die Bedeutung des öffentlichen Dienstes nicht einmal ansatzweise verstanden. Und Silberbach weiter: „Der öffentliche Dienst ist gelebte Demokratie. Er sorgt verlässlich dafür, dass Gesetz und Recht gelten. Er bildet, er passt auf, gibt Sicherheit, verwaltet, hält die Dinge in Ordnung, er kümmert sich um unzählige Angelegenheiten.“ Demnach hätten sich die im öffentlichen Dienst beschäftigten Frauen und Männer der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet



Angesichts des schwindenden Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in staatliche Institutionen forderte der dbb-Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach massive Investitionen in den öffentlichen Dienst



NRW-Ministerpräsident Armin Laschet – hier zusammen mit CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff und -Generalsekretär Steve Heiliger – sprach sich für bessere Bezahlstrukturen im öffentlichen Dienst aus

Foto: ©PhotoFiegl



Bundesjustizministerin Katarina Barley – hier im Gespräch mit CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger – skizzierte in ihrem Vortrag die Möglichkeiten und Gefahren der Digitalisierung für die Gesellschaft

Foto: ©PhotoFiegl



Die Luxemburger Teilnehmer an der 60. Jahrestagung des dbb beamtenbund und tarifunion in Köln: CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff, FGFC-Präsident Marco Thomé und CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger (v.r.n.l.)

### Was ist richtig, was ist falsch?

Bundesjustizministerin Katarina Barley skizzierte in ihrem Vortrag „Demokratie in der digitalen Welt“ die Möglichkeiten und Gefahren der Digitalisierung für die Gesellschaft. Ein Fazit: Fälschungen würden sich kaum noch von der Realität unterscheiden. Bei der rasanten Veränderung, die die Digitalisierung mit sich bringe, sei gerade die Dynamik, die soziale Netzwerke mit sich bringen, besorgniserregend, so die Bundesministerin mit Blick auf die Rolle der neuen Medien bei gesellschaftlichen Debatten. Die durch Algorithmen künstlich erzeugten „Filter Bubbles“ sorgten dafür, dass es immer schwieriger werde zu unterscheiden: Was ist richtig, was ist falsch? Menschen, die hauptsächlich mit diesen Falschinformationen konfrontiert würden, seien zunehmend schwerer für andere Informationsquellen zugänglich.

Dennoch, so Barley, gelte es, auch die positiven Effekte der Digitalisierung zu betonen. Durch die Möglichkeiten, die im Zuge des technologischen Wandels entstünden, lasse sich etwa die Expertise der Bürger viel leichter und besser einholen. Als Beispiel nannte Barley die Bauplanung, bei der durch Bürgerbeteiligungen viel schneller auf Fehleinschätzungen hingewiesen werden könne.

### Im Wettbewerb um hochqualifizierte Fachkräfte

Für NRW-Ministerpräsident Armin Laschet brauche ein guter öffentlicher Dienst bessere Bezahlstrukturen. Im Wettbewerb um hochqualifizierte Fachkräfte könne der öffentliche Dienst nur mithalten, wenn er auch gute Einkommen biete. „Wenn wir die besten Köpfe für den öffentlichen Dienst haben wollen, müssen wir bessere Voraussetzungen schaffen“, sagte Laschet in Köln.

Mit Sorge blickte der Landesvater von Nordrhein-Westfalen auf die europaskeptische bis europafeindliche Meinungsmache im Vorfeld der im Mai anstehenden Europawahlen: „Sollten sich Populisten vom rechten und linken Rand sowie chaotische Splitterparteien in Europa immer weiter ausbreiten, kann die Gesamtfinanzierung für die kommenden sechs Jahre für die neue europäische Kommission schwierig werden.“

Laschet beendete seine Ausführungen mit einem klaren Bekenntnis zum Berufsbeamtentum. Gleich, welche politischen Farben die Spitze eines Ministeriums trage, die Sacharbeit gehe stets vor. „Deshalb stehe ich leidenschaftlich zur Tradition des Berufsbeamtentums“.

s.h.



**CGFP**

Visitez notre site Internet:  
[www.cgfp.lu](http://www.cgfp.lu)

30 Jahre ASTRA

# Zielstrebigkeit im Kampf um Luxemburgs Zukunft

## Ob Satelliten oder ICT, ob Banken oder Fonds: Am Anfang aller Erfolge standen immer staatliche Anstrengungen

Am 1. Februar dieses Jahres jährt sich zum 30. Mal die Inbetriebnahme des Satelliten ASTRA 1A im Jahre 1989. Dem vorausgegangen waren lange und heftige Anfeindungen ausländischer Rivalen und Gegner, vor allem ein „Satellitenkrieg“ mit Frankreich, aber auch schwere innenpolitische Auseinandersetzungen, über welche die Zeit den Mantel der Vergessenheit geworfen hat.

Als dieses Abenteuer begann, sah es durchaus nicht nach einem schnellen Erfolg aus. Und wie auch in anderen Wirtschaftsbereichen, wo Luxemburg zur Weltspitze vordringen konnte, bot sich hier nicht spontan eine echte Chance, bei der man nur hätte zugreifen müssen.

Nichts fiel uns in den Schoß und nichts wurde uns geschenkt. Vielmehr war es ein verwegener Husarenstreich, mit dem unser souveräner Staat scheinbar unüberwindliche Hindernisse umgehen konnte, um Anteil an der Nutzung des Weltraums zu nehmen. Die Anstrengungen der damaligen Postverwaltung, 1983 für Luxemburg bei der Internationalen Fernmeldeunion in Genf rechtzeitig die erforderlichen Übertragungsfrequenzen für eine Reihe von Orbitalpositionen sicherzustellen, waren dabei nur der erste aber nicht der wichtigste Beitrag des Regierungsapparates.

Die Investitionen in Höhe von zehn Milliarden Luxemburger Franken (250 Millionen Euro), für die der Staat als Initiator des Projektes erhebliche finanzielle und politische Risiken einging, machte sich jedoch sofort bezahlt. Gleich nach der Inbetriebnahme war das Unternehmen rentabel. Der Staat ist mit einem Kapitalanteil von 21 % nach wie vor Hauptaktionär des Betreibers SES und hat in den letzten zwölf Jahren 971 Millionen Euro allein an Dividenden kassiert.

Diese Initiative hat also nicht bloß einen Prestigeerfolg gebracht. Immerhin trägt der Weltraumsektor bereits seit Jahren mehr zu unserem Bruttoinlandsprodukt bei als z.B. die Landwirtschaft. Auch wenn wir in unserem Alltagsleben nichts davon merken, sollte man dies nicht einfach als selbstverständlich ansehen, denn es ist durchaus kein Produkt des Zufalls.

### Mit Mut und Anstrengungen zum Erfolg

Am 11. Dezember 1988 hatte der damalige Erbgroßherzog Henri auf dem Weltraumbahnhof Kourou in Französisch-Guyana den ersten Luxemburger Erdtrabant als „de neie Feierwon“ bezeichnet, in Anlehnung an den Namen, den unser Nationaldichter Michel Lenz der 1859 in Betrieb genommenen Eisenbahn gegeben hatte.

Ohne diesen ersten historischen „Feierwon“ wäre Luxemburgs Industrialisierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht möglich gewesen. Ähnlich verhielt es sich mit dem von Betzdorf aus gesteuerten neuen „Feierwon“, der im Weltraum entscheidend mithelfen sollte, unserem Land nach und nach einen führenden Rang im neuen lukrativen Dienstleistungs- und Hightechzeitalter zu sichern. Dieser Plan wurde später in der Tat verwirklicht.

Wenn das Land heute den Ehrgeiz hegt, eine maßgebliche Rolle in der künftigen Weltraumwirtschaft zu spielen, dann schöpft es dabei seine internationale Glaubwürdigkeit aus den bereits erzielten kommerziellen Erfolgen. Und die begannen mit ASTRA 1A.

Ein derartiges Jubiläum eignet sich demnach für einen sinnvollen Rückblick, indem man versucht, aus den historischen Ereignissen und den gewonnenen Erfahrungen nachhaltige Lehren zu ziehen. Dabei müssen neben dem Satellitensektor auch die anderen Bereiche der Luxemburger Erfolgsgeschichte gewürdigt werden.

Luxemburg widerstand damals trotz dem ganz massiven politischen Druck einiger Nachbarn und wagte es nach den Sternen zu greifen, indem es sich der modernen Weltraumtechnologie bediente, um in Europa und später weltweit Dienste zur Fernsehübertragung kommerziell anzubieten. Das Angebot wurde anschließend auf alle denkbaren Bereiche der Telekommunikation erweitert.

Die Erwartungen wurden schnell und spektakulär übertroffen, als die Kapazitäten von ASTRA 1A binnen eines Jahres zu 100 % ausgelastet waren. Die „Société Européenne des Satellites“ (SES) wurde schon im Februar 1989 mit der Inbetriebnahme des Systems sofort rentabel. Seither blieb das Unternehmen ununterbrochen erfolgreich; es ist intern und extern gewachsen und wurde im Zuge der Globalisierung zur unbestrittenen Nummer Eins seiner Branche. Heute bedient die SES Kunden in 130 Staaten, darunter 30 Länder mit staatlichen Kunden.

35.780 km über dem Äquator betreibt die SES 55 riesige geostationäre Satelliten. Auf einer mittleren Erdumlaufbahn in einer Höhe von 7.800 km operieren heute 16 und in etlichen Monaten 20 kleinere sogenannte MEO-Satelliten der O3b-Flotte. Derzeit sind sieben weitere MEOs der mPOWER-Klasse im Bau. Sie werden ab 2021/22 in Betrieb genommen.

Besonders hervorzuheben ist jedoch, dass sich die SES unlängst zusätzliche Frequenzrechte sichern konnte, um andere MEO-Umlaufbahnen zu nutzen,

die sich nicht im Bereich des Äquators befinden, unter anderem solche, die über dem Nordpol und dem Südpol verlaufen.

### Robuster Zukunftstrumpf

Vor allem aber ist das stabile Unternehmen fest in Luxemburg verankert geblieben. Es ist ein Fixstern in unserer Wirtschaftslandschaft und ein Joker für alle künftigen Weltraumpläne. Ursprünglich befanden sich 18,2 % der SES in öffentlicher Hand. Heute sind der Staat, die BCEE und die SNCI mit 21 % am Kapital beteiligt. Zusammen besitzen sie 33,3 % der Stimmrechte.

Es hätte auch anders verlaufen können, denn die vom Erfolg gekrönte Initiative war ein riskanter Plan mit äußerst unsicherem Ausgang. Letzterer hatte hohe Investitionen für die langen Vorbereitungsarbeiten erforderlich gemacht: der Bau eines Satelliten sowie dessen Raketentransport in das All und eine Versicherungsprämie, die damals nicht weniger als 20 % des Gesamtwertes betrug.

Dabei trugen die mehrheitlich privaten Aktionäre 50 % des Gesamtrisikos. Der Rest wurde mit Bankkrediten finanziert, für die der Staat eine Vollbürgschaft von fast 125 Millionen Euro (fünf Milliarden Franken) übernahm.

Die Regierung war somit nicht nur der Initiator des Vorhabens, um in Luxemburg einen neuen Wirtschaftsbereich zu erschließen. Sie ließ den Staat als Verbote das finanzielle Hauptrisiko tragen. Politiker wie Pierre Werner und Jacques Santer zögerten nicht, regelrecht ihren Kopf als Regierungschef hinzuhalten, weil sie langfristig dachten und so zum Wohl des Landes nachdachten.

Diese Tatsache sollte man, jetzt wo Luxemburgs Weltraumengagement deutlich ausgeweitet werden soll, nicht aus den Augen verlieren: Ohne Anstrengungen keine Erfolge, ohne Fleiß keinen Preis. Eine nachhaltige Positionierung Luxemburgs in dauerhaft zukunfts-trächtige Sektoren – ob dies nun die Biomedizin, das Internet der Dinge, die Cybersicherheit, die Digitalwirtschaft, die künstliche Intelligenz, die autonome Mobilität oder eben das Weltall ist – wird sich nicht einfach per Zufall ergeben. Erforderlich sind kostspielige Anstrengungen sowie eine mutige aber auch kluge und durchdachte Zukunftsstrategie.

### Strategischer Schachzug

Heben wir hervor, dass Luxemburgs historischer Ehrgeiz in puncto Satelliten rein volkswirtschaftlich bedingt war und somit in Kontrast zu den Weltraumambitionen der Amerikaner und Russen stand, die zwei Jahrzehnte zuvor einen Wettlauf Richtung Weltall und Mond begonnen hatten. Während des Kalten

Krieges hatten beide Großmächte miteinander rivalisiert, zum einen aufgrund ihres nationalen Prestigedenkens, zum anderen aus Technikbegeisterung heraus. Beide wollten sich damit einen technologischen Vorsprung in industrieller und militärischer Hinsicht verschaffen.

Auch die hohen Investitionen der europäischen Großmächte in die Weltraumtechnologie verfolgten eine politische Strategie, die ausschließlich von der Forschung und der Industrie getrieben war. Im totalen Gegensatz dazu beruhte der Luxemburger Ansatz ausschließlich auf der Anwenderseite. Der damalige Staatsminister Pierre Werner war überzeugt, das Land solle mit der grenzüberschreitenden RTL-Rundfunktradition diese neue Technologie unbedingt nutzen, um in Erwartung eines ansteigenden Freizeit- und Medienkonsums europaweit mit kommerziellem Fernsehen nachhaltig Geld zu verdienen.

Die Idee, die Wirtschaft unseres Landes zu diversifizieren, wurde praktisch aus der Not heraus geboren, weil unsere Wirtschaft plötzlich in schwere Turbulenzen geraten war, nachdem 1975 die Stahlindustrie mit über 25.000 direkt Beschäftigten ruckartig kollabiert war. Erzgruben, Hochöfen und Stahlwerke hatten dem Land während 100 Jahren Arbeit und Wohlstand gebracht, doch gleichzeitig waren wir dabei extrem von der Schwerindustrie abhängig geworden. Dieser Wirtschaftszweig machte 90 % unserer Exporte aus und schuf 30 % des Mehrwerts der gesamten Luxemburger Ökonomie. 16 % aller Erwerbstätigen waren dort beschäftigt.

Der Einbruch kam zudem äußerst überraschend und erwies sich infolge der weltweiten enormen Produktionsüberkapazitäten als dauerhaft. Da keine Hoffnungen auf ein Comeback der Stahlindustrie gesetzt werden konnten, wurden schnell in Luxemburg Sozialmaßnahmen mit hohem Aufwand beschlossen. Gleichzeitig begann das Land, seine Industrie zu diversifizieren. Dies geschah mithilfe amerikanischer, skandinavischer und asiatischer Investoren. Der Staat führte weltweit Prospektionsreisen durch, subventionierte neue Unternehmen, schuf Infrastrukturen und finanzierte Gewerbezone.

Vor allem aber erkannte Luxemburg schneller als seine Nachbarn, dass im weltweiten Wettbewerb mit den Niedriglohnregionen die wirtschaftliche Zukunft Europas langfristig eher im Dienstleistungssektor liegen würde. Es war somit von strategischer Bedeutung, den raschen Einstieg in grenzüberschreitende Dienstleistungen zu schaffen und deren Ausbau zu fördern.



Rund 50 der mehr als 70 SES-Satelliten werden von der Bodenstation in Betzdorf aus gesteuert. Ganz links auf unserem Panoramabild sieht man in der Ferne das große Rechenzentrum von EBRC (Post-Group), das die Datenbanken der EU-Institutionen und der Nato verwaltet. (Foto: Pierrette Zimmer-Wengler)

### Vielfältige Initiativen

Eine der zahlreichen gestarteten Initiativen bestand darin, das europaweite Fernsehen ohne Grenzen als ein „Made in Luxemburg“-Produkt zu etablieren. In der ursprünglichen Form ließ sich diese Idee nicht verwirklichen, weil die ausschlaggebenden Fernsehformate national blieben. Stattdessen schaffte es die SES, sich schlagartig eine europaweite Machtposition für die weltraumgestützte TV-Ausstrahlung „Direct-to-Home“ zu verschaffen, um anschließend die unterschiedlichsten Kommunikationsdienste hinzuzugewinnen.

Bereits deutlich früher in den 70er Jahren war das paneuropäische Geschäft der Banken und Versicherungen in Schwung gekommen. 20 Jahre später folgten die erfolgreichen Investmentfonds. (Lesen Sie dazu den untenste-

henden Artikel über die Entwicklung des Finanzplatzes.) Erst ab der Jahrtausendwende folgte das Internetgeschäft, mit Investitionen in Rechenzentren, Breitbandverbindungen und vieles mehr.

Was für den Einsatz von Satelliten (Beschaffung durch den Staat von grenzübergreifenden Übertragungsrchten, also von Frequenzbändern für Orbitalpositionen) sowie für die Finanzaktivitäten gilt (solide Gesetzgebung und eine flexible Aufsicht als Voraussetzung für den Zugang zum großen europäischen Markt), das trifft auch auf die meisten anderen Bereiche mit hohem Wertschöpfungspotenzial zu, in denen sich das Land nach und nach erfolgreich positionieren konnte.

Ohne „Incubators“ (Brutkästen für Jungunternehmen) und „Accelerators“ (Institutionen zur Beschleunigung von Tätigkeiten), könnten Hunderte Start-



Die Förderung von Mineralien auf Asteroiden liegt noch Jahrzehnte entfernt, aber der Mondrover von ispace ist bald einsatzbereit.

## Der Finanzplatz als Wohlstandsquelle, gefördert und getragen durch Staat und Verwaltung

Es war schon ein glücklicher Umstand, dass Anfang der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts deutsche und andere europäische Banken die Chance erkannt hatten, unser Land als günstige Drehscheibe für ihre grenzüberschreitenden Geschäfte zu nutzen, außerhalb der Reichweite ihrer jeweiligen nationalen Zentralbank und deren Richtlinien sowie Einschränkungen.

Simultan mit der Eurodollar-Metropole London entstand damals der Euro-DM-Finanzplatz Luxemburg. Der erste sogenannte Eurobond in Dollar – dieser Begriff steht für Wertpapieremissionen, genauer gesagt für die Ausgabe von Schuldverschreibungen in einer Fremdwährung – wurde 1963 in London gebündelt und in Luxemburg an der Börse notiert; Herausgeber war der italienische Autobahnbetreiber Autostrada.

Die erste gänzlich auf eine ausländische Kundschaft ausgerichtete Bank ließ sich 1967 nieder. Dabei handelte es sich um eine Tochtergesellschaft der Dresdner Bank. Richtig in Fahrt kam die Expansion des Finanzplatzes 1972-1973. Die politisch Verantwortlichen des Landes erkannten das gesamte Potenzial dieser einmaligen Entwicklung sofort und nutzten sie mit großem Erfolg.

Luxemburg konnte sich damals glücklich schätzen, dass die USA und die Bundesrepublik Deutschland mit monetären Restriktionen (Interest Equalization Tax von 1963 und Bardepotgesetz von 1972) die erforderlichen Voraussetzungen für die Entstehung und das Gedeihen der sogenannten Euromärkte und des Bankenplatzes Luxemburg geschaffen hatten.

Doch so ersichtlich die ursprünglichen Gründe für ausländische Kreditinstitute auch erschienen, sich mit Tochterbanken und Filialen in Luxemburg niederzulassen, war diese Entwicklung zum Teil nur von kurzer Dauer: Bereits 1974 wurde die amerikanische Ausgleichsteuer auf Wertpapieren wieder aufgehoben und die Bardepotpflicht lief 1974-1977 aus. Unser Finanzplatz ließ sich dennoch nicht in Rauch auf.

Die neuen Akteure, die sich inzwischen in Luxemburg sehr wohl fühlten, entdeckten ständig neue Verdienstmöglichkeiten, die durch die erforderlichen Maßnahmen des Gesetzgebers und der Aufsichtsbehörde gefördert oder gar erst ermöglicht wurden. Trotz der sich ständig verändernden internationalen Marktbedingungen und trotz unzähliger Herausforderungen sowie manchmal extremer Anfeindungen aus dem Ausland wuchs der Finanzplatz während 50 Jahren unaufhörlich. Und dies, obschon die Pessimisten bereits in den Gründerjahren ständig genörgelt hatten, das internationale Bankgeschäft sei auf Sand gebaut und werde von der ersten Sturmflut weggeschwemmt.

Doch aus dem zarten Pflänzchen wurde ein solides Gewächs. Der anfangs schmalspurige und rein europäische Bankenplatz mutierte mit der Zeit zu einer globalen und diversifizierten Finanzmetropole. Die bestehenden Aktivitäten mussten dafür ständig angepasst und regelrecht neu erfunden werden. Mit dem Hinzufügen zusätzlicher Ertragsfelder kam die Dynamik der eingewanderten Fachleute voll zum Tragen, weil die staatlichen Akteure das günstige Umfeld beharrlich absicherten, erweiterten und verbesserten, wobei man nie die erforderliche Solidität der zugelassenen Institute und ihrer Geschäftsmodelle aus den Augen verlor.

Die entsprechenden Anstrengungen dauern weiterhin an. So wurde allein das Gesetz vom 5. April 1993 betreffend den Finanzsektor in den letzten 25 Jahren 50 Mal abgeändert. Die sich wiederholenden internationalen Banken- und Finanzkrisen konnten den Erfolg nicht schmälern, weil man von Anfang an nicht auf maximales Wachstum, sondern auf dauerhafte Qualität und nachhaltige Vielfalt gesetzt hatte.

Im Rahmen dieser Diversifizierungsstrategie landete Luxemburg in der zweiten Hälfte der 80er Jahre – Jacques Santer war zu jenem Zeitpunkt Finanzminister – in puncto Investmentfonds mit dem Europapass einen meisterhaften Coup. Die diesbezüglichen neuen EU-Regeln wurden schnell in das nationale Recht umgesetzt.

Damals wurde das neue grenzüberschreitende Finanzprodukt bereits seit Jahren weltweit mit höchster Ungeduld erwartet und so lancierten die wichtigsten Bankengruppen ihre Fonds sofort von Luxemburg aus. Als die konkurrierenden Partnerländer sich noch mit der komplexen Umsetzung abmühten, hatte sich Luxemburg bereits als führender Fondsplatz in Europa etabliert. Seitdem gelang es, den gewonnenen Vorsprung während mehr als drei Jahrzehnten zu verteidigen.

Unsere Fondsindustrie beschäftigt heute rund 15.000 Menschen, was fast einem Drittel der Belegschaft des gesamten Finanzplatzes entspricht. Die „Taxe d'abonnement“ spült jährlich über eine Milliarde Euro in die Staatskassen. Um den Spitzenplatz in Europa zu verteidigen, müssen natürlich ständig Anstrengungen unternommen werden.

80 % der in Hongkong, Tokyo oder Santiago de Chile verkauften Fonds sind in Luxemburg domiziliert. Dies beruht auf unablässigem Bemühen und nicht zuletzt auf Investitionen, auch staatlicherseits.

Dabei wurden unzählige weltweite Innovationen im Fondsbereich in Luxemburg von den hiesigen Branchenprofis ausgedacht, bevor sie gesetzgeberisch und reglementarisch vom Parlament und von den Behörden umgesetzt wurden. Alles bleibt in Bewegung: die Strukturen, die Funktionsweisen, die strategischen Ausrichtungen der Fonds sowie die Zusammenarbeit der vielen Akteure aus der Fondsindustrie.

Da aber die internationale Konkurrenz meistens schnell nachzieht, vor allem in Irland aber auch anderswo, muss Luxemburg regelmäßig Neuerungen einführen, um den jüngsten Erfordernissen, Wünschen und Marktendenzen gerecht zu werden. Selbst die gerade angesagten vorübergehenden Trends, die sich in allen erdenklichen Marktsegmenten und Kundenkreisen abzeichnen, müssen dabei berücksichtigt werden.

Vor allem ist man zunehmend darauf bedacht, das in Luxemburg angehäufte Know-how und die geschaffenen Strukturen verstärkt zu nutzen, um die Tätigkeiten in benachbarte Finanzbereiche der Wertpapiere und der Notierungen auszuweiten.

Dank einer regelmäßigen Anpassung der Rahmenbedingungen erweitert und diversifiziert sich die bestehende Produktpalette. Die ständigen Neuerungen schaffen viele Nischen, mit allen erdenklichen Techniken und Instrumenten von Finanzstrukturierungen und Vermögensverwaltung: Risikokapital und Privat Equity, Immobilienfonds und Verbriefungen, Special Purpose Vehicles, Asset Management, Family Offices, Microfinance, Wohltätigkeitsverwaltung, etc. Gleichzeitig wird versucht, den vielfältigen Wünschen und Ansprüchen der internationalen Kundschaft Rechnung zu tragen, ob nachhaltig, ökologisch, ethisch oder Scharia-konform.

Sowohl bei den Fonds als auch im Banken- und Versicherungswesen stellen die zunehmend strengeren EU-Regulierungen seit Jahren einen wachsenden Kostenfaktor dar, der zwar das Geschäft deutlich hemmt, gleichzeitig aber auch zu einer internationalen Konzentrationswelle führt, die sich meistens zugunsten des jeweils führenden Standortes auswirkt, also oft zugunsten Luxemburgs: Dabei erweisen sich einerseits die europaweit anerkannte Kompetenz unserer Aufsichtsbehörde und andererseits die hiesige hohe Konzentration an spezialisierten privaten Dienstleistern als zwei wichtige, zuweilen entscheidende Standortvorteile.

Als die EU-Kommission vor etlichen Jahren die Notwendigkeit erkannte, auch die sogenannten „alternativen“ Fonds, die nicht für den kleinen Sparer bestimmt sind, über eine Aufsicht ihrer Verwalter zu regulieren, da hatten die Luxemburger Spezialfonds dieses Tätigkeitsfeld schon eine Weile besetzt und damit schon die erforderlichen Verwaltungsmethoden und -normen geschaffen. So behielten wir in diesem schnell wachsenden Bereich die Nase vorne.

Davon abgesehen ist uns der Finanzplatz nicht rein zufällig in den Schoss gefallen, denn bereits im Vorfeld hatte man sich hierzulande darum bemüht, günstige Voraussetzungen für ein freundliches Umfeld zu schaffen. Erinnerung sei an die Anstrengungen Ende der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts mit der Schaffung einer internationalen Börse und einer attraktiven Holding-Gesetzgebung. Erwähnt sei auch die mutige, aber Mitte des 19. Jahrhunderts gescheiterte Initiative zur Errichtung einer supranationalen Notenbank in Luxemburg.

Halten wir zusammenfassend fest, dass für den Finanzplatz das Gleiche gilt wie für andere führende Sektoren: Luxemburgs tief greifender, schneller und erfolgreicher Wandel von einem der weltweit größten Stahlhersteller zu einem international führenden Anbieter grenzüberschreitender Dienstleistungen geschah nicht beiläufig oder zufällig, oder weil die Wohlhabenden dieses Landes aus Altruismus oder aus patriotischen Gefühlen heraus hohe Risiken eingegangen wären.

Vielmehr war es der luxemburgische Staat, der diesen Wandel eingeleitet und energisch durchgezogen hatte, dies unter der Führung einiger Politiker mit Zukunftsvisionen und dank des engagierten Mitwirkens von vielen pflichtbewussten und fleißigen Beamten, im Zusammenspiel mit interessierten ausländischen Investoren und Unternehmern. Letztere, ob Banker oder sonstige Geschäftsleute, fanden in Luxemburg ein günstiges Umfeld und einen proaktiven Verwaltungsapparat vor, immer dann, wenn in ihren Herkunftsländern die innovativen Geschäftsideen im Gestrüpp der Bürokratie stecken blieben.



Beim europäischen elektronischen Zahlungsverkehr spielt der Finanzplatz Luxemburg als Europazentrale der Internetgiganten aus den USA (PayPal Europe und Amazon Payments Europe) und aus Japan (Rakuten Europe Bank) und China (Alipay Europe) eine führende Rolle.

## Luxemburg sichert sich Marktanteile im weltweiten Digitalgeschäft

Wissen Sie, was ein Einhorn ist? Nein, hier ist nicht das mythologische Tier gemeint. In der modernen Wirtschaft ist ein Einhorn – Unicorn auf Englisch, Licorne auf Französisch – ein Start-up-Unternehmen, dem es gelingt, binnen nur weniger Jahre einen Firmenwert von mindestens einer Milliarde Dollar zu erschaffen. In Europa hat es deren bisher kaum zwei Dutzend gegeben, eines davon ist das Luxemburger Internetunternehmen Skype.

Bei der kostenlosen Internettelefonie (im Fachjargon „Voice-Over-IP“) ist Skype weltweit führend. Seit seiner Gründung befindet sich sein Hauptsitz in Luxemburg. Skype wurde aber nur deshalb im Großherzogtum gegründet, weil die nationale Kredit- und Investitionsgesellschaft SNCI (indirekt via den Luxemburger Risikofonds Mangrove) im Juli 2003 ein Investor der ersten Stunde war. Bei den beiden Firmengründern handelte es sich um einen Schweden und einen Dänen. Die erforderlichen Algorithmen wurden von estländischen Programmierern rund um einen finnischen See geschaffen.

Im Dezember 2003 hatte Skype vier Millionen Nutzer, Ende 2004 waren es bereits 47 Millionen. Deswegen wurde das Unternehmen im September 2005 für 3,1 Milliarden Dollar zu 100 % von der amerikanischen Onlineauktionsplattform eBay erworben. 2016 erwarb Microsoft das Unternehmen. Der Kaufpreis betrug 8,5 Milliarden Dollar. Das weltweite Hauptquartier blieb in Luxemburg.

Schnell stellte sich heraus, dass die Beteiligung der prinzipiell nicht gewinnorientierten SNCI an Skype eine Goldgrube war. Die Erfolgsgeschichte offenbarte der Öffentlichkeit eine staatliche Strategie, die es ermöglichte, unsere Wirtschaft erfolgreich zu erneuern und das Land gut in Stellung zu bringen: Man nimmt Geld in die Hand, um Risiken einzugehen und erfolversprechende, aber wagemutige Pioniere nach Luxemburg zu locken, die auf der Suche nach frischem Kapital sind.

Und wenn nun die SNCI, wie unlängst bekannt wurde, mit ihrer Beteiligung an der im Weltraum tätigen amerikanischen Start-up Planetary Resources einen Flop in Höhe von zwölf Millionen Euro landet, dann ist das wahrlich kein ernsthafter Grund aus allen Wolken zu fallen. Es ist bloß eine Retourkutsche im spekulativen Bereich des Risikokapitals. Dort sind Fehlstarts mindestens so häufig wie ausgesprochene Erfolge.

Ansonsten ist die SNCI – deren Beteiligungen jedes Mal eine ausdrückliche ministerielle Genehmigung erfordern – lediglich ein Instrument von dem die Regierung Gebrauch macht. Aus gegebenem Anlass sei hier daran erinnert, dass sich die SNCI in den 80er Jahren auf Anweisung des Staatsministers an der SES beteiligte, obwohl die damalige Geschäftsführung unter dem Impuls von Präsident R. Kirsch und Vizepräsidenten A. Simon Widerstand geleistet hatte.

Die im SNCI-Verwaltungsrat vertretenen Gewerkschaften OGBL und FEP kämpften damals unter dem Druck ihrer kurzfristigen RTL-Betriebssektionen öffentlich gegen das Astra-Projekt. Nicht so die CGFP, die im SNCI-Verwaltungsrat durch ihren Generalsekretär Joseph Daleiden vertreten war. Sie war die einzige Gewerkschaft in Luxemburg, die auch öffentlich die Weltraumpläne der damaligen Staatsminister Werner und Santer verteidigte. Es handele sich um eine aufwendige, aber durchaus sinnvolle Zukunftsstrategie, hieß es seitens der CGFP.

Zurück zur heutigen Sachlage: Angesichts seiner Weltraumbegeisterung und seiner Oberflächlichkeit hat sich der aktuelle Wirtschaftsminister offensichtlich durch seine ungestüme Dynamik fehlleiten lassen, indem er – vor allem auch mittels seiner Rhetorik – in erster Linie auf die Ausbeutung von Asteroiden setzte, die zwar spektakulär und faszinierend wirkt, aber in so weiter Ferne liegt, dass sie für Privatunternehmen finanziell sehr problematisch bleibt.

Derzeit ist es gewiss sinnvoller, auf die neuen Leo-Satelliten und die schon mittelfristig anstehende Nutzung des Mondes zu setzen. Dann wäre es auch durchaus dienlich, wenn das Parlament korrekt informiert werden würde und die Kommunikation über die Medien von Besonnenheit und Achtsamkeit geprägt wäre, dies umso mehr, da laute Propaganda keine echte Wirkungsdauer hat.

Wenn beispielsweise behauptet wird, das von Asteroiden herbeigeschaffte Wasser könne im Weltall den Brennstoff liefern, um die Tanks der SES-Satelliten aufzufüllen, dann wird dabei übersehen, dass die bestehenden SES-Satelliten erstens keine Einfüllstutzen an ihren Tanks haben und zweitens in der Regel Puder, statt flüssigen Brennstoff benutzen. Hinzu kommt, dass die künftigen Satelliten über keinen Tank mehr verfügen werden, weil sie nur noch mit Strom gespeist werden.

In sämtlichen Dossiers ist es nie hilfreich, auf falsche Argumente zurückzugreifen, etwa aus einem Ministerzahler einen Steuergiganten zu machen, besonders in einem Land, in dem traditionsgemäß von amtlicher Seite aus nicht über die Abgaben eines individuellen Steuerzahlers kommuniziert wird.

Als das Google-Datenzentrum viel zu früh angekündigt wurde, merkte offensichtlich niemand, wie maßlos übertrieben die entsprechende Meldung war. Nach ihrer Errichtung wird die Serverplattform mit Sicherheit nicht wie behauptet über eine Fläche von einer Million Quadratmetern verfügen. Im Endeffekt werden es voraussichtlich eine Million Quadratfuß oder nur Hunderttausend Quadratmeter sein.

Der eigentliche Skandal bei dieser 900-prozentigen Übertreibung besteht jedoch darin, dass das Ganze weder von der Presse noch von der Opposition im Parlament aufgedeckt wurde. Zur Enthüllung braucht niemand ein IT-Experte zu sein. Es reicht ein wenig zu „googeln“. In gewissen Kreisen ist jedoch Twittern zur Förderung des Images beliebter, als eine Recherche in die Wege zu leiten.

Eine wenig professionelle Handhabung der Dossiers ist unter Umständen nicht so harmlos wie es aussieht. Wenn man weiß, dass Google bei der Errichtung seines ersten europäischen Datenzentrums seine Identität bis zum Tag der Eröffnung geheim hielt, um Kontroversen und Proteste zu vermeiden, dann kann man sich sehr wohl ausmalen, dass der potenzielle amerikanische Investor die übereilige ministerielle Ankündigung in Luxemburg durchaus nicht lustig fand. Ein derartiger Fehltritt kann eventuell ausreichen, um ein Vorhaben zu kippen.

Natürlich möchte niemand anonyme Investoren in diesem Land haben. Zum gegebenen Zeitpunkt sind alle administrativen Prozeduren offen und transparent einzuhalten. Doch ohne vertrauliche Verhandlungen in der Anfangsphase können keine Deals abgeschlossen werden. Die nationalen Interessen sollten deshalb stets der politischen Propaganda übergeordnet bleiben.

Wie dem auch sei, die Bemühungen um lukrative ICT-Tätigkeiten in Luxemburg anzusiedeln, also Unternehmen aus dem Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie heranzuziehen, begann in den Gründerjahren der SES. Um diese Branche zu betreuen, wurde der heutige „Service des Médias et des Communications“ ins Leben gerufen. Diese öffentliche Verwaltung, die dem Staatsministerium untersteht, richtete damals in der Nähe des SES-Sitzes in Betzdorf eine Gewerbezone ein, die diesem Geschäftsbereich vorbehalten blieb. Vor über einem Dutzend Jahren hat sich dort, ganz unabhängig von den SES-Aktivitäten, eine erfolgreiche „Satellitenfabrik“ angesiedelt.

Im Rahmen des Astra-Projekts konnte Luxemburg viele Kontakte in den Kreisen der Hightechindustrie und der Wagnisfinanzierer knüpfen, was zu manchen Firmengründungen und zur Schaffung zahlreicher Arbeitsplätze in Luxemburg geführt hat. Wir konnten uns sehr früh gut aufstellen, mussten dann allerdings eine Weile abwarten, bevor die Entwicklung der Märkte und die Technik uns den entscheidenden Durchbruch ermöglichten.

Als nämlich zur Jahrtausendwende der Internethandel ins Haus stand und die europäischen Behörden verhindern mussten, dass elektronische Produkte und Dienstleistungen aus Übersee ohne Umsatzsteuer in den gemeinsamen Binnenmarkt importiert werden, entschieden sich die EU-Organen für eher unerwartete Mehrwertsteuerregelungen, welche die US-Internetunternehmen dazu verleiteten, Luxemburg als Eingangstor zum gemeinsamen europäischen Markt („digital gateway to Europe“) zu nutzen.

In diesem Fall brauchte unser Land nicht einmal seine Rahmenbedingungen anzupassen, denn die Tradition der niedrigsten Mehrwertsteuersätze in Europa wurde zu einer unwiderstehlichen Attraktivität. Bei den elektronischen Verkäufen und Dienstleistungen sollten für die gesamte EU-interne Kundschaft die TVA-Sätze aus dem Land des Verkäufers angewendet werden. Und dabei blieb es vor allem den Firmen aus Drittländern freigestellt, in welchem Mitgliedsland sie sich steuerlich niederließen.

In Luxemburg hielt man damals eine Weile den Atem an, und erst als die offensichtlich ahnungslosen EU-Entscheidungsträger ihren folgenreichen Beschluss offiziell gefasst hatten, wagte es die Presse, den Premierminister über die zu erwartenden Folgen zu befragen. Er gab zu, dass unsere Vertretungen in den USA bereits seit Monaten u.a. mit Amazon in Kontakt standen, und dass deshalb die Gründung diverser Luxemburger Filialen unmittelbar bevorstehe.

Ansonsten wiegelte Jean-Claude Juncker ab: Abgesehen von einem leichten Zuwachs bei der Mehrwertsteuer würden nur ein paar Dutzend Arbeitsplätze entstehen. (Waren das noch Zeiten, als die Regierung

sich nicht genötigt sah, Investitionsentscheidungen von US-Giganten bereits Jahre zuvor anzukündigen, und dabei auch noch maßlos zu übertreiben!) Heute wissen wir, wie positiv sich das Ganze entwickelt hat: Derzeit beschäftigt allein Amazon etwa 2.500 Führungskräfte in Luxemburg. Beinahe 500 weitere Stellen sind noch nicht besetzt.

Die erwähnte europäische TVA-Regelung dauerte jedoch bekanntlich nicht lange an. Bevor sie abgeschafft wurde, hatte sie allerdings Einnahmen in Milliardenhöhe in die Staatskasse gespült. Wichtig war vor allem, dass durch diese Episode eine Reihe überseeischer elektronischer „Global Player“ die Vorteile Luxemburgs als zentralen Handelsplatz in Europa zu schätzen begannen.

Vor allem erhielten die zuständigen Luxemburger Dienststellen eine Chance, unseren ICT-Standort für die Zeit nach dem Wegfall des TVA-Vorteils anzupreisen. Die verbleibende Zeit wurde genutzt, um Luxemburgs Stärken auszubauen. Das Land investierte in hochwertige Datenzentren mit beeindruckenden Speicherkapazitäten sowie in superschnelle Breitbandleitungen zu primären Knotenpunkten des Internets in Europa.

Bei den sogenannten „Colocation Data Centers“, den großen Rechenzentren die einer Vielzahl von externen Kunden zur Verfügung stehen, hat Luxemburg heute in der höchsten Sicherheitsstufe („Tier IV“) in Europa einen Marktanteil von 25 %. Bei diesen Hardware-Ausgaben in Milliardenhöhe war es erneut die öffentliche Hand, die über die staatseigenen Strukturen und Unternehmen Post-Teralink, Post-EBRC und LuxConnect eine Vorreiterrolle übernehmen musste.

Die mächtigen Rechner- und Speicherleistungen decken auch den Bedarf des Bankenplatzes ab. Sie haben somit die Outsourcing-Strategie der Finanzinstitute ermöglicht, die durch Rationalisierung und Kosteneinsparung die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes sicherstellt.

Unser Finanzplatz ist ja vor allem eine riesige Rechenmaschine und ein enormer Datenbunker geworden, der ständig eine Flut von Finanztransaktionen verwaltet und täglich die Kurse von Zigttausenden Wertpapieren und fast ebenso vielen Investmentfonds errechnet, festhält und verbreitet.

Zur Anreicherung aller Datenverarbeitungstätigkeiten hat die Regierung es geschafft, dass alle Datenbanken der EU-Institutionen und der NATO in das EBRC-Rechenzentrum von Betzdorf nach Luxemburg zu verlegen. Schließlich wurde durch einen Staatsvertrag mit Estland weltweit die erste „elektronische Botschaft“ („Electronic Embassy“) ins Leben gerufen. Dabei handelt es sich im Sinne des Völkerrechtes um ein „extraterritoriales“ Digitalzentrum.

Diese neuartige ausländische Botschaft bewahrt Kopien aller wichtigen Verwaltungsdaten Estlands auf und hält sie auf dem letzten Stand. Ein nächster Schritt werden massive Investitionen sein, um das Land am geplanten gigantischen europäischen Supercomputer teilhaben zu lassen, dessen Verwaltungssitz sich inzwischen bereits in Luxemburg befindet.

Halten wir hier vor allem fest, dass Luxemburg ohne seine herausragenden Infrastrukturen, wie die erwähnten Datenzentren, kaum Unternehmen aus anderen Kontinenten hätte ins Land locken können. Ohne die bereits vorhandene Kundschaft hätte es auch kein privates Unternehmen gewagt, Investitionen dieses Ausmaßes zu tätigen.

Mögliche Blockierungen können nie durch die Mechanismen der rein privaten Marktwirtschaft gelöst werden, sondern bedürfen „nolens volens“ immer, wenn man Fortschritte erzielen will, einer substanziellen staatlichen Intervention. Hier wie auch in anderen Bereichen wird klar: Nur der Staat kann als Macher unsere wirtschaftliche Zukunft absichern.



*In der digitalen Metropole Luxemburg sind der Hauptsitz von Skype und die Europazentrale von Amazon angesiedelt.*

# Buntes Luxemburger Weltraumkaleidoskop

Hier nur eine kleine Auswahl der inzwischen mehr als 40 Mitglieder des Luxembourg Space Cluster

## OldSpace: die erprobten Player



Der absolute Spitzenreiter im Bereich der Satellitenkommunikation verfügt heute über rund 70 GEO- und MEO-Satelliten. Der weltweite Marktführer beschäftigt 530 Personen in Betzdorf.



Die internationale Nummer Zwei betreibt derzeit 55 Satelliten. 2013 verlegte das Unternehmen seinen formalen Firmensitz und seine Finanzabteilung nach Luxemburg. Dort sind Dutzende Beschäftigte tätig.



Mit 13 Satelliten wird die weltweit Nummer 5 der Weltraumkommunikation im Zuge des Brexit noch vor April 2019 seine „Business-Unit“ von London nach Luxemburg verlegen.



Der Hersteller von Satellitenkomponenten und -systemen sowie Kleinsatelliten ist bereits seit zwölf Jahren in Betzdorf ansässig. LUXSPACE beschäftigt derzeit 70 Mitarbeiter.



Genau wie LUXSPACE gehört auch Blue Horizon zum OHB-Konzern. Der drittgrößte Satellitenhersteller in Europa plant mit mehreren Mitarbeitern u.a. Gartenbau auf dem Mond.

## Die lokale Forschungsgemeinschaft zählt inzwischen mehr als 100 Mitarbeiter im Weltraumbereich



Universität du Luxembourg  
Geophysics Laboratory  
RUES / Research Unit in Engineering Science  
SnT / Interdiscipl. Center for Security, Reliability & Trust



Das in den USA (Kalifornien), Schottland, Singapur und Luxemburg tätige Unternehmen liefert den Meteorologen anhand von Minisatelliten große Mengen an Daten über den Schiffs- und Flugverkehr. Die Satelliten werden in Eigenproduktion hergestellt. (Spire baut derzeit jede Woche einen Satelliten). Der Firmengründer zog 2018 aus dem Silicon Valley nach Luxemburg und möchte dort 250 Arbeitsstellen schaffen. Das „Luxembourg Future Fund“ ist am Kapital dieser Gesellschaft beteiligt.



20 Mitarbeiter in Japan und zehn weitere in Luxemburg möchten die Pioniere der privaten Raumfahrt zum Mond mit zweckmäßigen Geländefahrzeugen ausrüsten.



Oberstes Ziel dieses Unternehmens ist die Erdbeobachtung per Satellit. Bei den Sicherheitsbehörden soll in Kürze eine internationale Kundschaft aufgebaut werden. Nach der Inbetriebnahme des ersten Satelliten 2019 soll in den kommenden Jahren eine Flotte folgen.



Das Joint Venture zwischen der SES und der luxemburgischen Regierung betreibt mittels militärischer Frequenzen einen Satelliten für die NATO, der sich u.a. auch für Armeen und die Katastrophenhilfe eignet.



Luxembourg Institute of Science and Technology  
ERIN / Environmental Research and Innovation deptm.  
ITIS / Innovative Services department  
MRT / Materials Research and Technology department

Fortsetzung von Seite 23

ups nicht in Luxemburg gedeihen. Diese Einrichtungen werden den innovativen Unternehmen mit der Unterstützung des Staates zur Verfügung gestellt. Und die florierende private ICT-Community verdankt ihr Entstehen und ihre Entwicklungsmöglichkeiten an erster Stelle den staatlich geschaffenen Infrastrukturen.

Auch die Frachtgesellschaft Cargolux, das Logistikzentrum LuxairCARGO und der Flughafen Findel können nur weiter wachsen, weil der Staat sein weltweites Portfolio an Landrechten unablässig ausbaut und verbessert. Und für viele unserer Exporteure von Waren und Dienstleistungen ist es von hoher Wichtigkeit, dass Luxemburg weltweit eines der dichtesten Netze von Doppelbesteuerungsabkommen gesponnen hat und dieses weiter ausbaut und anpasst. Diese Aufzählung ließe sich ohne Weiteres fortsetzen.

### Innovation als Tradition

Die langfristige Absicherung der wirtschaftlichen Zukunft unseres Landes fußt auf einer ebenso tief greifenden wie permanenten Umstrukturierung. Dies ist jedoch nur möglich, weil unser Staatsapparat bereits seit Jahrzehnten weltweit zu den leistungsfähigsten zählt. Ansonsten hätte sich Luxemburg nicht als einer der attraktivsten Standorte für internationale Unternehmen profilieren können, mit einem Wachstum, das doppelt so hoch ist wie der europäische Durchschnitt. In den letzten beiden Jahrzehnten wurden jährlich 10.000 zusätzliche Jobs geschaffen.

Immer wieder loben die im Finanzsektor tätigen ausländische Firmenchefs die hervorragende staatliche Unterstützung ihrer Aktivitäten. Gleiches gilt auch für die anderen Bereiche, in denen die aktive und kluge Rolle des Staates ein entscheidender Faktor für die laufenden Fortschritte darstellt. Um was es dabei geht, soll hier etwas ausführlicher beschrieben werden.

Der unvermeidbare Niedergang traditioneller Wirtschaftsfelder und die nur moderate Entwicklung gewisser Sektoren können gesamtwirtschaftlich nur ausgeglichen werden, wenn man es schafft, regelmäßig zusätzliche Pioniere als Unternehmer und Investoren nach Luxemburg zu locken.

In den Amtsstuben der Ministerien und Verwaltungen ist es jedoch nicht leicht, zielführende Kontakte zur Welt der neuen Hightech-Start-ups im Ausland

zu knüpfen. Die Luxemburger Anstrengungen in den Bereichen Forschung und Universität stecken noch in den Kinderschuhen, sodass langfristig weitere Verbesserungen erforderlich sind. In dieser Hinsicht muss sich der Staat also schon einiges einfallen lassen.

Dabei stechen zwei besonders erfolgreiche Beispiele hervor: einerseits die SNCI-Beteiligung an der Gründung der Internetfirma Skype und andererseits die Ansiedlung und die Verankerung des US-amerikanischen Onlineversandhändlers Amazon in Luxemburg. Lesen Sie dazu den Artikel auf Seite 24.

Luxemburgs Strategie beruht auf der ständigen Suche nach zusätzlichen künftigen Erwerbsquellen. Ausschlaggebend sind dabei nicht gelegentliche Zufallstreffer, sondern systematische Anstrengungen, die nicht zuletzt auf erprobten Strukturen wie einst dem „Board of Economic Development“ und dem heutigen „Haut Comité de la Place Financière“ fußen.

Die staatlichen Späher müssen neue sektorale oder punktuelle Gelegenheiten ausfindig machen und die notwendigen geschäftlichen Kontakte im Ausland knüpfen. Danach gilt es auf nationaler Ebene alle Anstrengungen zu unternehmen, damit sämtliche Voraussetzungen geschaffen werden, um Luxemburg einen lukrativen Einstieg zu ermöglichen, am besten bevor noch andere Länder eine neue verheißungsvolle Chance wittern, und noch versuchen dazwischen zu funken.

### Die Zukunft entscheidet sich heute

Deshalb ist es wichtig, die sogenannten globalen Megatrends frühzeitig zu erkennen und zu verstehen. Langfristige Wirtschafts-, Technik- und Gesellschaftsperspektiven, von denen zu erwarten ist, dass sie die Zukunft international prägen werden, dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse müssen dann zielstrebig genutzt werden. Luxemburg muss seine vorhandenen Trümpfe auspielen, zum Beispiel indem man Kontakte mit den überseeischen Vorreitern und den künftigen Marktführern knüpft, um das Land als Standpunkt für deren künftige Europazentralen schmackhaft zu machen.

Des Weiteren gilt es, alle positiven oder negativen Folgen abzuschätzen, die sich für das Land aus den absehbaren regulatorischen und steuerlichen

Veränderungen ergeben können, vor allem auf EU-Ebene. Hier sind unsere diplomatischen Vertretungen gefordert. Was die europäischen Regulierungen betrifft, spielt vor allem unsere ständige EU-Vertretung eine wichtige Rolle. Bei den technologischen Umbrüchen dagegen sind unsere Beamten in den USA, vor allem das Konsulat in Kalifornien, entscheidend.

Die Gelegenheiten, die sich ergeben, erfordern nicht nur eine professionelle Handhabung, sondern vor allem handfeste Argumente. Hilfreich sind dabei die günstige geografische Lage, die Mehrsprachigkeit, ein multikultureller Arbeitsmarkt, die politische Stabilität, der soziale Frieden, die gesunden Staatsfinanzen, ein ständig verbesserter gesetzlicher Rahmen sowie ein proaktiver Gesetzgeber, eine absolut verlässliche Justiz und eben einer der weltweit besten Staatsapparate.

Entscheidend ist dabei oft, dass Luxemburg ein souveräner Staat ist und eigenmächtig auch im innereuropäischen Wettbewerb seine Prioritäten setzen kann. Und bei Unterredungen mit Akteuren in Ländern aus anderen Kontinenten erweist sich die Anwesenheit von Mitgliedern der großherzoglichen Familie immer wieder als nützlich.

Neben dem rein institutionellen Rahmen, den der Staat mit hohem Aufwand gut in Schuss hält, kommt es aber auch auf die materiellen Infrastrukturen an, die der öffentliche Sektor mit entsprechenden finanziellen Anstrengungen bereitstellt. Eine wesentliche Aufgabe des Staates ist es, moderne, verlässliche, leistungsstarke und preisgünstige Infrastrukturen zu gewährleisten. Nicht fehlen dürfen auch erstklassige Grunddienstleistungen. Davon hängt nicht nur die Lebensqualität der Einwohner ab, sondern auch die internationale Attraktivität des Wirtschaftsstandortes.

Derartige Dienste und Strukturen beschränken sich heute eben nicht mehr auf einen leistungsstarken Postversand sowie auf solide Straßen und Brücken. Bei kritischen wirtschaftlichen Dossiers ist es oft von entscheidender Bedeutung, dass der Luxemburger Staat über die Verwaltung hinaus den gesamten öffentlichen Sektor (u.a. Post, Telekom, und Staatsbanken) in seiner Hand hält. Somit kontrolliert der Staat zahlreiche Bereiche (die strategischen Netzinfrastrukturen, die Energiezufuhr, die Kommunikation, die Verkehrswege, das Flugwesen...).

### Handlungsfähigkeit optimieren

In vielen anderen Staaten ist dies wegen der sich negativ auswirkenden Privatisierung weitaus weniger gut geregelt. Privatunternehmen stellen dort immer rein betriebswirtschaftliche Rechnungen auf und treffen dementsprechende Entscheidungen. Dieses Recht steht ihnen selbstverständlich zu. Meistens überwiegt dabei der kurzfristige Ertrag. Strategische und langfristige Überlegungen sind zweitrangig, schließlich brauchen sich Privatbetriebe nicht um das Allgemeinwohl zu scheren.

Auch wenn der volkswirtschaftliche Nutzen noch so offensichtlich ist, wird eine Investition, die sich für ein Unternehmen nicht auszahlt, nicht in Erwägung gezogen. Staatlicherseits ist heute jede aktive Industriepolitik bekanntlich durch das europäische Verbot von Subventionen gehemmt. Dafür gibt es natürlich äußerst sinnvolle Gründe, doch die eingeschränkten politischen Möglichkeiten sind aus der Sicht eines Kleinstaates ein gravierender Nachteil, den wir mit der erforderlichen Schläue und durch den Erhalt sowie durch die Nutzung der notwendigen staatlichen Instrumente wettmachen müssen.

Noch sind in der EU Beihilfen im Forschungsbereich erlaubt, doch gerade hier hat Luxemburg, wie bereits hervorgehoben, weiterhin schwere Mängel aufzuweisen. Die Zukunft der Wissensgesellschaft gehört jedoch den menschlichen Kompetenzen, so dass wir weiterhin auf einen massiven „Brain Drain“ (Abwanderung von Arbeitskräften) angewiesen sind.

Wie schon erwähnt, sind zudem ein gut funktionierender öffentlicher Dienst sowie leistungsstarke öffentliche Infrastrukturen nötig. So baut Google z.B. kein Datenzentrum, ohne sich vorher genau über die Stromzufuhr und deren Kosten informiert zu haben.

Entscheidend für die Zukunft unseres Landes sind eine leistungsfähige und breit aufgestellte Verwaltung, die über ausreichend motivierte Staatsdiener verfügt sowie das Aufrechterhalten eines attraktiven Arbeitsmarktes. Der angeblich schlanke, in Wirklichkeit aber schwache Staat, den die kapitalistischen Lobbyisten sich herbeiwünschen, würde in Luxemburg schnell einen fatalen wirtschaftlichen Niedergang bewirken.

Paul Zimmer



**FRÜHLINGSANGEBOTE**  
15/02/2019 - 30/03/2019

**2. LAMPE  
LED  
GRATIS**

**+ 2.  
FIXSCREEN  
zu 50%**

Entdecken Sie die bioklimatische Pergola in unserem Showroom.

METALICA EST  
AMBASSADEUR  
RENSON AU  
LUXEMBOURG



**SHOWROOM**

MONTAG BIS FREITAG: 9-19 UHR | SAMSTAG: 9-16.30 UHR

181, rue de Luxembourg L-4222 ESCH/ALZETTE  
Tél. +352 55 21 56 | Fax: +352 55 74 14 | info@metalica.lu | www.metalica.lu



BEAUCOUP VOUS PROPOSENT DES CUISINES, CHEZ EFFETI NOUS VOUS FERONS CELA



**CUISINE  
IMPRONTA**



**Effeti**  
117, route d'Arlon - L-8009 Strassen  
(ancien local **Miele** die Küche)

Tél.: 26 11 92 16  
info@effeti.lu  
[www.effeti.lu](http://www.effeti.lu)

# Incapacité de travail de courte durée de l'agent de l'Etat: droits et obligations

En cas d'absence pour cause maladie ou d'accident de travail, l'agent de l'Etat doit informer son chef d'administration le premier jour de l'évènement, avant le début de son temps de présence obligatoire. Cette information peut se faire par tout moyen approprié, à savoir par téléphone, par e-mail ou par personne interposée. Cependant, une information écrite est préférable pour des raisons de preuve.

Qu'en est-il du certificat d'incapacité de travail, communément appelé certificat médical ? De nombreux agents de l'Etat, qu'ils soient chef d'administration ou subordonnés, ont des doutes quant à sa portée. Nous allons vous exposer ici les éléments essentiels à connaître.

## Obligation de présenter un certificat médical

Précisons tout d'abord que toute absence du service doit être justifiée. Bien que la loi n'exige pas la production du certificat d'incapacité de travail pour les trois premiers jours consécutifs d'absence pour raisons de santé, il peut s'avérer utile d'en présenter un afin de pouvoir justifier, le cas échéant, une absence pour cause de maladie.

A partir du quatrième jour d'absence, l'agent doit obligatoirement présenter un certificat d'incapacité de travail, qui devra contenir les mentions suivantes:

- la durée de l'incapacité de travail;
- le lieu du traitement (domicile ou autre lieu situé au Luxembourg, voire à l'étranger);
- l'indication si les sorties sont médicalement contre-indiquées ou non.

Ce certificat devra parvenir au chef d'administration au plus tard dans les deux jours après sa délivrance. Il n'est pas nécessaire d'en remettre la copie à la Caisse de maladie des fonctionnaires et employés publics (CMFEP).

En cas de prolongation de l'incapacité de travail au-delà de la durée prévue dans le premier certificat médical, l'agent doit informer son chef d'administration le premier jour ouvré de la prolongation. Il doit aussi fournir un nouveau certificat d'incapacité de travail au plus tard le jour ouvré suivant l'expiration du certificat précédent.

Si l'agent n'informe pas le chef d'administration de son absence, respectivement s'il ne la justifie pas par un certificat d'incapacité de travail, elle est considérée comme étant non autorisée. La conséquence en est une diminution de la rémunération de l'agent au prorata de la durée de cette absence (1/30<sup>e</sup> par journée d'absence non autorisée entière ou entamée), sans oublier d'éventuelles sanctions disciplinaires.



## Sorties pendant le congé pour raisons de santé

En principe, pendant la durée de son incapacité de travail, l'agent n'est pas autorisé à s'éloigner de son domicile (ou, le cas échéant, du lieu de son séjour médical), même si le certificat d'incapacité de travail indique le contraire.

Certaines sorties indispensables sont néanmoins permises, selon un régime de sorties composé de plusieurs phases.

A partir du premier jour de l'incapacité de travail, l'agent a seulement le droit de s'éloigner de son domicile ou du lieu de son séjour médical dans les cas suivants:

- les convocations auprès du médecin de contrôle;
- l'obtention de soins, d'actes diagnostiques, de médicaments ou de dispositifs médicaux (l'agent devra justifier l'objet de ses sorties, si son chef d'administration ou son délégué en fait la demande);
- la prise d'un repas.

A partir du sixième jour d'incapacité de travail continue et couverte par le certificat médical, l'agent est autorisé à sortir entre 10h00 – 12h00 et entre 14h00 – 18h00.

Attention! Il est important de vérifier sur le certificat médical si ces sorties sont permises ou non et s'il n'y a pas de sorties médicalement contre-indiquées (consulter la case du certificat «Sortie médicalement contre-indiquée»). En effet, l'agent doit se conformer aux mentions notées par son médecin. Dans le

cas contraire, il s'expose à des sanctions disciplinaires.

Il va sans dire que la personne portée incapable de travailler ne peut pas:

- pratiquer des activités sportives, sauf celles médicalement indiquées;
- s'adonner à des activités incompatibles avec son état de santé;
- fréquenter des bars et restaurants, sauf pour la prise nécessaire d'un repas;
- partir à l'étranger pour un séjour d'agrément.

En règle générale, il est conseillé à l'agent de ne sortir que dans l'intérêt de son rétablissement.

Enfin, précisons que l'agent a le devoir de reprendre son service dès que son état de santé lui permet d'accomplir ses tâches de manière satisfaisante, même si le certificat d'incapacité de travail est encore en cours de validité.

## Contrôle et sanctions

L'agent s'expose à des sanctions disciplinaires s'il est prouvé qu'il:

- a simulé une incapacité de travail ou fait prolonger son congé pour raisons de santé alors qu'il était rétabli;
- n'a pas repris son service dès que son état de santé le lui permettait;
- a enfreint aux prescriptions de sortie décrites plus haut;
- s'est soustrait à un contrôle médical ordonné par son chef d'administration ou son délégué.

Dans ce contexte, le chef d'administration a le droit d'exiger que l'agent se soumette à un examen par le médecin de contrôle même pour les congés de maladie d'une durée minimale. Tout refus de l'agent constitue un refus d'ordre et équivaut à une absence de service sans autorisation, et donc à une absence non rémunérée.

NB: Les restrictions de sortie exposées dans cet article ne s'appliquent pas aux agents de l'Etat se trouvant en congé de maternité, congé d'accueil, congé d'accompagnement ou en congé pour raisons familiales, ni aux agents bénéficiant d'une dispense de travail pour femmes enceintes ou allaitantes.

## Références légales

Loi modifiée du 16 avril 1979 fixant le statut général des fonctionnaires de l'Etat

RGD modifié du 3 février 2012 fixant le régime des congés des fonctionnaires et employés de l'Etat

Loi modifiée du 19 décembre 2008 portant création de l'Administration des Services médicaux du Secteur public

RGD modifié du 5 mars 2004 concernant la santé et la sécurité du travail et le contrôle médical dans la fonction publique

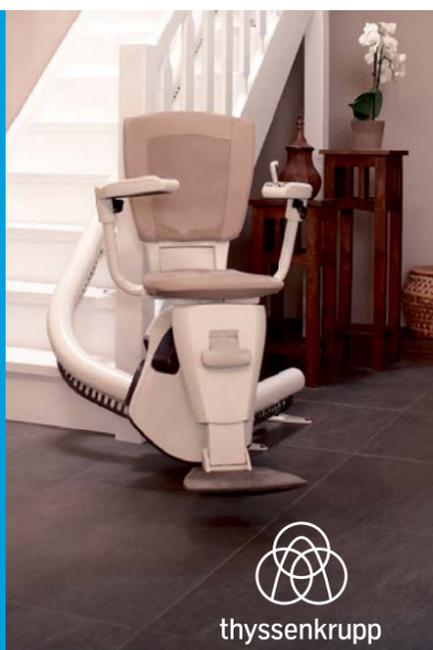
**Les règles applicables à l'incapacité de travail de longue durée seront traitées dans l'un de nos prochains numéros.**

Ihre Treppe  
leicht hinauf  
und leicht  
hinunter.

Entdecken Sie den Treppenlift und den Hauslift von thyssenkrupp.

Kostenloses Preisangebot und Beratung unter 40 08 96.

luxembourg@thyssenkrupp.com  
www.thyssenkruppascenseurs.lu



thyssenkrupp

L'union fait  
la force!



CGFP

# Avez-vous changé d'adresse?



Alors n'oubliez pas de nous le faire savoir en renvoyant le talon-réponse ci-dessous à la

**CGFP**

**488, route de Longwy**

**L-1940 Luxembourg**

ou en utilisant le formulaire électronique sous:  
[www.cgfp.lu/Changement-adresse.html](http://www.cgfp.lu/Changement-adresse.html)



## Ancienne adresse

## Nouvelle adresse

Nom: .....

.....

Prénom: .....

.....

No et rue: .....

.....

Code postal: .....

.....

Localité: .....

.....

email: .....

Viandes fraîches  
Gibier - Volaille  
Charcuteries  
Salaisons



# AWIETOR

## VIANDES EN GROS

www.wietor.lu

**19A, rue de Haller**  
**L-6312 Beaufort**  
**Tél : 83 64 85-1**  
**Fax : 86 90 87**  
**e-mail : wietor@internet.lu**






## Cours de formation et d'appui scolaires



Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire et secondaire technique luxembourgeois

Inscription et informations (**Attention: nouvelles heures d'ouverture!**)

mardi: de 9h30 à 11h30 et de de 14h30 à 16h30

mercredi: de 14h30 à 16h30

jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

Tél.: 26 77 77 77    afas@cgfp.lu  
http://www.cgfp.lu/cgfp\_services



**Association de Formation et d'Appui scolaires a.s.b.l.**



Vos projets ont de l'avenir



Charlotte,  
future  
présidente d'association



Louis,  
futur  
artisan boulanger

**BGL BNP PARIBAS**  
**S'ENGAGE POUR CONCRÉTISER VOS PROJETS**  
**AU LUXEMBOURG**

Répondons à vos besoins dans l'une de nos agences,  
par téléphone au 42 42-2000 ou sur bgl.lu



La banque d'un monde qui change

bgl.lu

BGL BNP PARIBAS S.A. (50, avenue JF Kennedy, L-2951 Luxembourg, R.C.S. Luxembourg : B6481) Communication Marketing Juillet 2014



## Werden Sie noch heute Mitglied!



Die CGFP bietet unter anderem eine wirksame Berufsvertretung, kostenlose juristische Beratungen in Beamtenrechtsfragen, kostenlose Auskünfte und Unterstützung in Gehalts-, Pensions-, Krankenkassen- und Steuerangelegenheiten sowie ein umfassendes Dienstleistungsangebot wie z.B. CGFP-Bausparen, CGFP-Versicherungen, Krankenzusatzversicherung und Zusatzpensionsversicherung.

**CONFÉDÉRATION GÉNÉRALE DE LA FONCTION PUBLIQUE**  
Boîte postale 210  
L-2012 LUXEMBOURG

.....  
CGFP

### Déclaration d'adhésion

Je soussigné(e) déclare par la présente que j'adhère à la Confédération Générale de la Fonction Publique CGFP.

J'autorise le Bureau Exécutif de la CGFP à prélever sur mon compte-courant le montant de la cotisation annuelle.

Nom et prénom: .....

Domicile: ..... Code postal no .....

Rue: ..... no .....

Administration/Service: .....

Fonction: ..... Date de naissance: .....

CCP ou  
compte bancaire no: IBAN LU

....., le .....

.....  
(signature)

REMARQUE: La cotisation annuelle, qui est actuellement fixée à 55,00€ (retraités/veuves: 35,00€), comprend l'abonnement au périodique «fonction publique» et donne droit à toutes les prestations de la CGFP.



# LUX VOYAGES

## Armenien & Georgien

### Klöster und Kultur im Kaukasus

12-Tage-Studienreise

Studiosus



Armenien und Georgien, das sind 3000 Jahre Geschichte und eine Landschaft voller faszinierender Kontraste. Diese Studienreise mit Tiefgang führt Sie zu den Kulturschätzen zwischen Ararat und Kaukasus – von den frühchristlichen Klöstern Armeniens zu den stolzen Wehrkirchen Georgiens. In einer kleinen Gruppe erwartet Sie während dieser eindrucksvollen Kaukasusreise eine Vielfalt von Eindrücken: eine wilde zerklüftete Bergwelt mit grandiosen Aussichten, zahlreiche eindrucksvolle UNESCO-Weltkulturerbestätten, den mehr als 1000 Jahre alten Codex Etschmiadsin aus der Handschriftensammlung des Matenadaran, die fruchtbare Region Kachetien mit ihrer 7000 Jahre alten kaukasischen Weinkultur, herrlich deftige Speisen in traditionellen Restaurants, die landestypische sowie stimmungsvolle Musik und sehr gastfreundliche, herzliche Einheimische.

#### Reisepreis ab 2.495€ / Person im DZ, inklusive

- Bahnreise (1. Klasse) zum Abflugsort und zurück
- Linienflug (Eco) mit LOT Polish Airlines: Frankfurt-Eriwan / Tiflis-Frankfurt
- Transfers, Ausflüge und Rundreise in landesüblichen Reisebussen
- 11 Übernachtungen in guten und sehr guten Hotels (DZ mit Bad oder Dusche und WC)
- Frühstücksbuffet, 1 Mittagessen auf einem Weingut, 3 Mittag- und 4 Abendessen in landestypischen Restaurants, 2 Abendessen im Hotel
- Eintrittsgelder, Jeepfahrt in Kasbegi und Weinprobe laut Programm
- Speziell qualifizierte, ortsansässige Studiosus-Reiseleitung
- Infopaket und Reiseliteratur

Es sind 15 Termine zwischen dem 05.05.2019 und dem 30.09.2019 vorgesehen.

Gerne beraten wir Sie und stellen Ihnen die ausführliche Reisebeschreibung dieser und einer Vielfalt anderer Kaukasus-Reisen vor. Wenden Sie sich einfach an Lux Voyages, Ihre CGFP-Reiseagentur.



**LUX VOYAGES** s.à r.l.

25-A, boulevard Royal

L-2449 Luxembourg

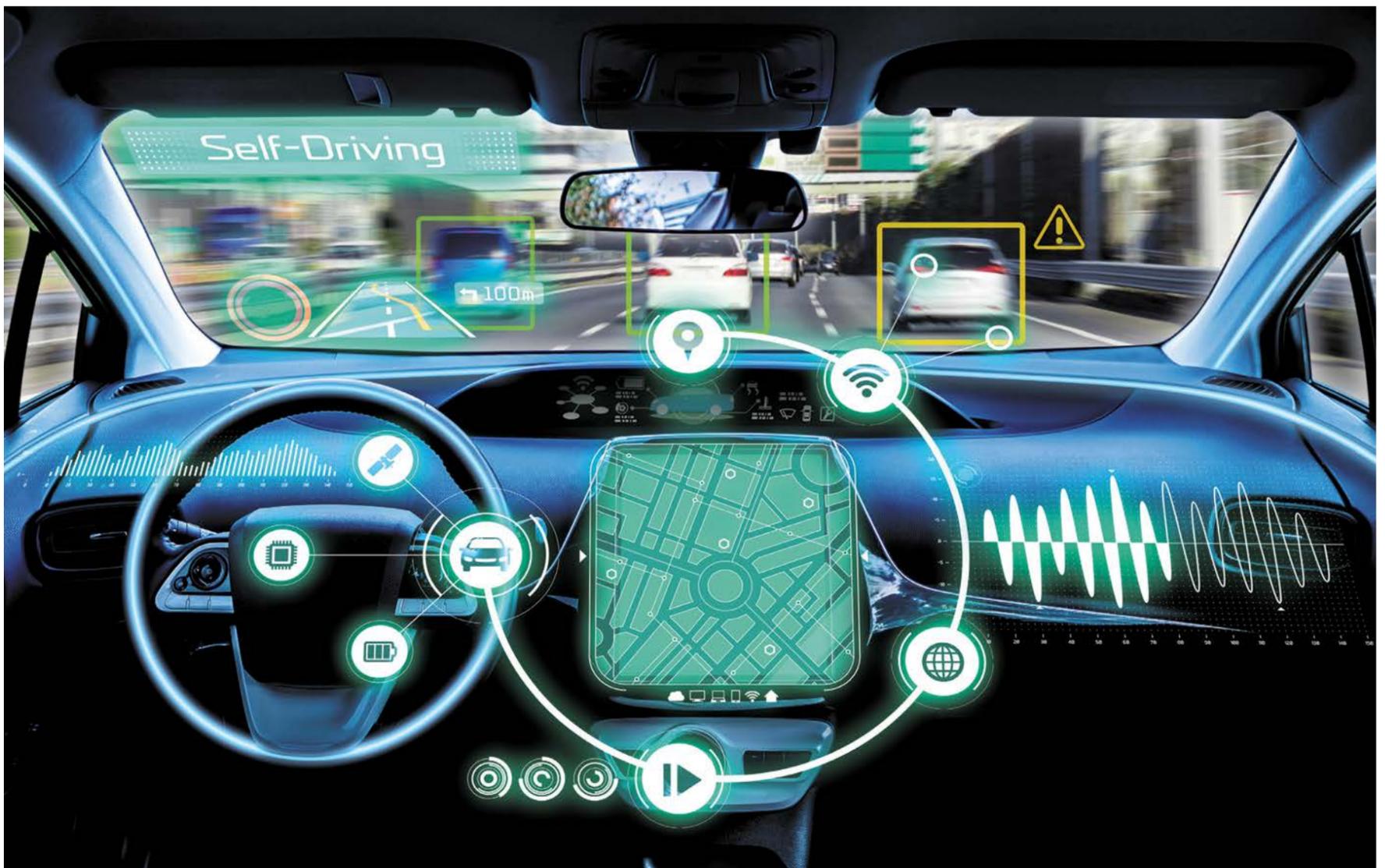
Tel.: 47 00 47 - 1

info@luxvoyages.lu



# fonction publique SPÉCIAL **AUTO**

## Autonom unterwegs: Das Auto signalisiert seine Absichten



Wenn Autos plötzlich keinen Fahrer mehr haben und stattdessen allein von unsichtbaren digitalen Befehlen gesteuert ihre Wege suchen, hat das für viele Zeitgenossen etwas Unheimliches. Vertrauensbildende Maßnahmen, wie der Augenkontakt zum Fahrer – der ist in diesem Szenario nur noch Passagier – entfallen, und die Frage, hat mich die Technik registriert, wenn ich jetzt die Straße überquere, erzeugen Ängste und Verunsicherung.

Wie lässt sich also der digitale Wandel so vermitteln, dass die Menschen dieser neuen Technik vertrauen und sie nicht als Bedrohung, sondern als Chance begreifen? Ein allgemein sichtbarer Teil dieser Entwicklung wird das autonome Fahren sein, mit dem sich die Technikgeschichte irgendwie wiederholt. Denn als die ersten pferdelosen Kutschen auftauchten, waren die Menschen wahrscheinlich ebenfalls äußerst verunsichert und hatten zunächst wenig Vertrauen in die neue Technik. Damals brauchten sie allerdings nicht ihr gewohntes Verhalten zu ändern. Statt mit dem Kutscher nahm man den Blickkontakt mit dem Fahrer auf, um herauszufinden, was dieser vorhatte.

Beim autonom fahrenden Wagen ist das nun anders: Das Fahrzeug ist ziemlich egoistisch und entsprechend gefühlslos, wenn es seinen Weg sucht. Zwar reagiert es auf seine Umgebung, doch die vermag eben nicht auf Antrieb einzuordnen, ob und wie das Fahrzeug reagiert. Um eine

**DEMANDEZ  
VOTRE CARTE  
CARBURANT**

[www.q8lux.lu](http://www.q8lux.lu)



✓ Carte gratuite  
✓ -2 cents au litre  
accessible à tous

**GECCAR**

[info@q8lux.lu](mailto:info@q8lux.lu)

RÉSEAU Q8 LUXEMBOURG



volkswagen.lu

Durant le Festival, choisissez la  
**Golf Variant GTD « prix net »** super équipée.

**Prix net : 27.500 €**

Soit un avantage de **11.048 €**  
 Offre PrivateLease. **142 € /mois\***



#### Golf Variant GTD 2.0 TDI 184 ch DSG 7.

Voici la bonne affaire à saisir sans tarder : la Golf Variant GTD 2.0 TDI avec 184 ch DSG 7 vous attend au prix net exceptionnel de 27.500 € TTC. Profitez de son équipement de série très complet :

- 4 jantes en alliage léger « Curitiba » 7,5 J x 17, pneus de 225/45 R17
- Peinture métallisée ou nacrée
- Climatisation automatique « Climatronic »
- Système navigation & infotainment « Discover Media »
- Aide au stationnement avant/arrière
- Interface téléphone + prise USB
- Volant sport multifonction (3 branches) en cuir avec décor alu
- Rétroviseurs extérieurs à réglage électrique, rabattables et dégivrants
- Vitres arrière et lunette arrière surteintées à 65%
- Régulateur automatique de distance ACC avec Front Assist
- Système de freinage « multicollision »
- Eclairage LED pour feux de croisement et de route, feux arrière LED en rouge foncé
- Sièges sport
- Keyless
- ...

**Demain démarre aujourd'hui.**



**Volkswagen**

Consommation moyenne : 4,6 l/100 km. Émissions CO<sub>2</sub> : 120 g/km. Valeurs déterminées suivant la méthode de mesure légalement obligatoire.

Vous trouverez de plus amples informations sur les différences entre les normes WLTP et NEDC sur [www.volkswagen.lu/fr/service-and-accessories/wltp.html](http://www.volkswagen.lu/fr/service-and-accessories/wltp.html) ou auprès de votre conseiller de vente Volkswagen.

\*Exemple : durée de 48 mois, 15.000 km/an, acompte de 25%. Photo non contractuelle. Vous trouvez plus d'infos ainsi que la liste de tous les concessionnaires sur [www.volkswagen.lu](http://www.volkswagen.lu)

neue Vertrauensbasis zwischen Maschine und Mensch herzustellen, hat Mercedes-Benz jetzt auf dem „Future Insight“-Workshop in Berlin das Konzept des kooperativen Fahrzeugs vorgestellt, mit dem eine neue Verständigung zwischen dem autonomen Wagen und seiner Umgebung hergestellt wird und so ein „informiertes Vertrauen“ entsteht. „Menschen müssen schnell und zuverlässig einschätzen können, was ein autonomes Fahrzeug als nächstes tun wird. Das Fahrzeug muss daher in einer Art und Weise über seine Absichten informieren, die der Mensch unmittelbar und intuitiv erfassen kann“, heißt es vom Daimler Konzern.

Als Basis für das kooperative Fahrzeug wählten die Zukunftsforscher eine S-Klasse und statteten die Limousine mit einer 360-Grad-Lichtsignalisation aus, die irgendwie an eine Lichtorgel aus der Diskothek erinnert.

Türkisfarbene Leuchtbänder auf dem Dach, im Kühlergrill und an den Außenspiegeln informieren Passanten und den restlichen Verkehr, dass man autonom unterwegs ist. Die Leuchten auf dem Dach zeigen an, dass die Limousine abbremst (langsameres Blinken) und ein Überqueren der Straße möglich ist. Außerdem verfolgen die Leuchtdioden die Bewegungen der Menschen und zei-

gen ihnen so an, dass sie wahrgenommen werden.

Mit diesen Signalen simuliert das Fahrzeug den bisher üblichen Blickkontakt, wie er zwischen Fahrer und Fußgänger ablaufen würde. Mit einem schnellen Blinken wiederum zeigt die Limousine den anderen Verkehrsteilnehmern, dass sie bald weiterfahren wird. Die geparkte S-Klasse als kooperatives Fahrzeug zeigt auch vor dem Start, dass sie bereit ist. Auch dafür wurde ein eigenes Lichtsignal entwickelt,

und außerdem heben sich zunächst das Heck und dann die Front. Damit soll an ein Lebewesen erinnert werden, dass aufwacht und sich räkelt.

Farbe und Ausmaß der optischen Signale wurden in verschiedenen Studien festgelegt. Tests ergaben, dass sich Fußgänger sicher fühlen, wenn der Wagen über eine 360-Grad-Signalisierung verfügt. Vor allem in Situationen, in denen die Menschen Blickkontakt mit dem Fahrer aufgenommen haben,

wünschen diese sich ein optisches Signal. Außerdem wollen sie sehen, dass das Auto im autonomen Modus unterwegs ist.

Die Tests ergaben auch, dass sich Türkis am besten als Signalfarbe eignet, weil es sich deutlich von den anderen optischen Signalen im Verkehr abhebt. Allerdings werden diese optischen Signale und vor allem deren Integration in die Karosserie die Designer vor eine gewaltige Herausforderung stellen.



## Ratgeber: Vorsichtig durch den Winter

Jeden Winter verursacht das Glätteis zahlreiche Unfälle. Für Autofahrer beginnt die Umstellung auf die frostigen Tage mit der rechtzeitigen Montage von Winterreifen. Dafür gelten, neben der alten Faustregel von „O bis O“, also Winterbereifung von Oktober bis Ostern, zahlreiche Regeln. Seit einigen Jahren sind die bekannten Matsch- und Schnee-Reifen (M+S-Reifen) bei winterli-

chen Wetterverhältnissen obligatorisch.

Eis- und Reifglätte sowie Schnee und Schneematsch erfordern wegen der Rutschgefahr eine besonders vorsichtige und vorausschauende Fahrweise. Dazu gehört insbesondere die deutliche Verlängerung des Bremsweges auf glattem Untergrund einzukalkulieren, die Fahrt-

geschwindigkeit entsprechend anzupassen und den Abstand zum vorausfahrenden Fahrzeug größer als normal zu halten. Grundsätzlich sollte man das Bremsen so weit wie möglich vermeiden. Bei einem modernen Fahrzeug mit ABS darf der Fuß auf dem Bremspedal bleiben, wenn das Auto ins Rutschen kommt, denn die Technik hält das Fahrzeug lenk- und kontrollierbar. Ansonsten

heißt es, vorsichtig mit der Bremse zu „stottern“ und bei einem Auto mit Schaltgetriebe die Kupplung zu treten. Zu vermeiden sind grundsätzlich bei Glätte heftige, abrupte Lenkbewegungen. Experten raten nicht umsonst immer wieder zu einem Fahrsicherheitstraining, bei dem man unter anderem auch übt, wie man sich auf glatten Straßen richtig verhält.



# ŠKODA. FOR WHATEVER DRIVES YOU.

Découvrez nos offres Festival 2019.



**ŠKODA**  
SIMPLY CLEVER

Roulez en **KODIAQ RS**  
à p.d. **46.588 €**

**AVANTAGE MAXIMAL**  
cumulé jusqu'à **5.716 €**

Extension de garantie à 4 ans  
**OFFERTE**



## LE NOUVEAU ŠKODA KODIAQ RS.

Le premier SUV hautes performances de ŠKODA accentue ses ambitions dynamiques par de nombreux accents noirs. La calandre imposante, les barres de toit, les cadres de fenêtres et les rétroviseurs extérieurs sont peints d'un noir brillant. L'arrière se distingue par deux sorties d'échappement visibles sous le pare-chocs et un réflecteur s'étendant sur toute la largeur du véhicule. Le ŠKODA KODIAQ RS est le premier véhicule de l'histoire de ŠKODA à être équipé de série de jantes de 20". Les jantes Xtreme en alliage léger rendent bien visibles les étriers de frein rouges.

Vous trouvez plus d'infos ainsi que la liste de tous les concessionnaires sur [www.skoda.lu](http://www.skoda.lu)

[skoda.lu](http://skoda.lu)

Consommation : à p.d. 6,4 l/100 km | Emissions : à p.d. 164 g CO<sub>2</sub>/km\*



\* Valeurs déterminées suivant la méthode de mesure légalement obligatoire. Vous trouverez de plus amples informations sur les différences entre les normes WLTP et NEDC sur [www.skoda.lu/ma-skoda/wltp](http://www.skoda.lu/ma-skoda/wltp) ou auprès de votre conseiller de vente ŠKODA.



Was ist, wenn es trotz aller Vorsicht zu einem Unfall durch Glätte kommt? Was kann ein Kraftfahrer dann von seiner Versicherung erwarten? Grundsätzlich haftet bei einem Unfall infolge Glatteis der Halter des Fahrzeugs, betonen Experten. Allerdings kann auch

der Fahrer, der bei dem Unfall am Steuer saß, mit in Anspruch genommen werden. Die juristische Begründung lautet: Wer auf glatter Fahrbahn ins Rutschen gerät, ist daran vermutlich auch selbst schuld – es sei denn, das Gegenteil lässt sich nachweisen. Die bei einem

Unfall entstandenen Schäden – sowohl an Gegenständen wie auch Personen – reguliert ganz normal die Kfz-Haftpflichtversicherung des Verursachers.

Schäden am eigenen Auto bezahlt eine Kaskoversicherung – auch bei

selbst verschuldeten Glätteunfällen. Mitunter versuchen jedoch einige Versicherer, ihre Leistung mit Hinweis auf eine nicht angepasste Fahrweise des Fahrzeuglenkers zu kürzen oder ganz zu verweigern. In solchen Fällen kann ein Unfallprotokoll der Polizei hilfreich sein.

DEMANDE  
DE PRÊT SUR  
**WWW.RAIFFEISEN.LU**  
DEPUIS R-NET,  
CCP CONNECT OU  
EN AGENCE

il est temps  
de s'émerveiller

**TAUX SPÉCIAL PRÊT AUTO**  
PAS DE FRAIS DE DOSSIER + CONDITIONS PRÉFÉRENTIELLES  
POUR LES MEMBRES RAIFFEISEN

 **Raiffeisen**  
Naturellement ma banque

Banque Raiffeisen, société coopérative.  
Propositions valables sous réserve d'acceptation du dossier.





## Mit BHW zuverlässig in die eigenen vier Wände

Wohneigentum ist alles: Baufinanzierung, Vermögensaufbau, Anlageoptimierung, solide Altersvorsorge. Sprechen Sie mit einem BHW-Berater darüber. **Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651.**

Die CGFP ist der BHW Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst.

BHW Bausparkasse  
Niederlassung Luxemburg  
16, rue Erasme  
L-1468 Luxembourg Kirchberg  
[www.bhw.lu](http://www.bhw.lu)

**BHW**   
Gemeinsam für Ihr Zuhause